

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 1—3

Abgeschlossen am 30. April 1947

Inhaltsverzeichnis

Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1946	1	Arbeitslage	21
Allgemeiner Überblick	1	<i>Bevölkerung und Arbeitskräftepotential</i>	21
<i>Außerordentliche Minderung des Volksvermögens und Volkseinkommens</i>	1	<i>Stand und Entwicklung der Beschäftigten</i>	22
<i>Überwiegend ungünstige Auswirkung der Besetzung Zwischen Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsfreiheit</i>	4	<i>Die Struktur der Beschäftigten</i>	23
<i>Wirtschaftliche Strukturänderungen</i>	5	<i>Die Lage auf dem Arbeitsmarkt</i>	25
<i>Streben nach einem neuen wirtschaftlichen Gleichgewicht</i>	6	<i>Problem der Arbeitskräfteleerung</i>	26
Währung	7	Energiewirtschaft	26
<i>Auswirkungen des Geldüberhanges</i>	7	<i>Die Leistungen der wichtigsten Energieträger</i>	26
Staatshaushalt	8	<i>Die Energieversorgung</i>	27
Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten	9	Gewerbliche Produktion	29
<i>Die Entwicklung der Preise</i>	10	<i>Unorganische Industriestruktur</i>	29
<i>Die Entwicklung der Löhne</i>	10	<i>Die Produktion im Jahre 1946</i>	30
<i>Lebenshaltungskosten</i>	11	Verkehr	32
Ernährung	12	<i>Eisenbahnverkehr</i>	33
<i>Konsumentwicklung und Verbrauchszusammensetzung</i>	14	<i>Straßenverkehr</i>	34
Landwirtschaft	16	<i>Stadtverkehr</i>	35
<i>Ernteergebnisse</i>	18	Außenhandel	35
<i>Viehbestand und Produktion tierischer Erzeugnisse</i>	18	<i>Der kommerzielle Außenhandel</i>	35
<i>Hauptprobleme der Landwirtschaft</i>	19	<i>Außenhandelsbilanz</i>	37
		<i>Preisniveauunterschiede im Außenhandel</i>	38
		Ausblick auf das Jahr 1947	39
		Vorschau auf die österreichische Ernährungswirtschaft im Jahre 1947	41

Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1946

Allgemeiner Überblick

Außerordentliche Minderung des Volksvermögens und Volkseinkommens

Die Substanzverluste, die der österreichischen Wirtschaft durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen zugefügt wurden, haben das österreichische *Volksvermögen* stark vermindert. Da die erlittenen Schäden in den einzelnen Wirtschaftszweigen nach verschiedenen Methoden ermittelt wurden, ist es schwierig, auf Grund der einzelnen Schätzungen die Höhe der gesamten wirtschaftlichen Einbußen genau festzustellen. Nach vorsichtiger Prüfung der vorliegenden Zahlen kann jedoch angenommen werden, daß der Substanzwert des österreichischen Volksvermögens, der im Jahre 1937 auf rund 38 Mrd. S geschätzt wurde, im Jahre 1946 kaum mehr als zwei Drittel des Vorkriegswertes betragen haben dürfte.

In *Industrie* und *Gewerbe* entstanden, abgesehen von dem Substanzverzehr durch die Entblößung von Warenvorräten und durch die Unterlassung von Ersatzinvestitionen in allen nicht kriegswichtigen Bereichen, vor allem durch Bombenschäden und Abtransport von Maschinen, Rohstoffen und Fertigwaren, schwere Verluste. Starke Einbußen hat das *Fremdenverkehrsgewerbe* besonders durch die Zerstörung und Ausplünderung zahlreicher Hotels erlitten. In der *Landwirtschaft* verursachte der Raubbau an der Bodenkraft sowie die Verminderung an lebendem und totem Inventar großen Schaden. Die Überschlägerungen in der *Forstwirtschaft* während des Krieges werden auf 10 Mill. fm geschätzt und belasten die österreichische Volkswirtschaft auf Jahre hinaus. Im *Verkehr* wurden das gesamte Betriebsnetz der Eisenbahnen, aber auch sonstige Betriebsanlagen schwer beschädigt. Der größte Teil des rollenden Materials und des Kraftwagenparks sind nach Vorkriegsbegriffen nur mehr als Altmaterial zu bewerten. Weiters wurden durch die Bombenangriffe und unmittelbaren Kampfhandlungen zehntausende *Wohnhäuser* sowie *öffentliche Gebäude* und *Betriebsstätten* zerstört. Durch den

Raub des gesamten *Gold- und Devisenbesitzes* bereits im Jahre 1938 wurde die österreichische Volkswirtschaft ebenfalls schwer geschädigt.

Die obige Bewertung des Substanzverlustes zum Kostenwert gibt jedoch nur ein unvollkommenes Bild von der Höhe des tatsächlich erlittenen Schadens, da im reinen Kostenwert die qualitativen Veränderungen in der Zusammensetzung und eine allfällige Unverwertbarkeit der verbliebenen Substanz nicht berücksichtigt werden können. Für das Volkseinkommen und für den Lebensstandard der Bevölkerung ist letzten Endes aber nicht der Kostenwert, sondern der *Ertragswert* entscheidend. Gemessen an diesem ist das österreichische Volksvermögen ohne Zweifel auf bedeutend weniger als auf zwei Drittel vermindert worden. Der zur Zeit oft erhebliche Unterschied zwischen dem Kosten- und Ertragswert in der österreichischen Volkswirtschaft ergibt sich vor allem daraus, daß durch die Bombardierungen und Beschlagnahmungen einzelner wichtiger Anlagen und Maschinen vielfach der innere Funktionszusammenhang der Wirtschaft gestört wurde, wodurch der Kostenwert der verbliebenen Produktionsmittel erheblich höher ist als ihr Ertragswert. Andererseits können gegenwärtig oft schon durch kleinere Reparaturen und durch die Schließung von Produktionslücken mit verhältnismäßig geringen Aufwänden außerordentliche Erträge erzielt werden.

Bei der Bewertung des Volksvermögens im Jahre 1946 wurde nicht außeracht gelassen, daß während des Krieges eine Reihe von Investitionen, insbesondere in der Schwerindustrie, in der chemischen Industrie und in der Energiewirtschaft vorgenommen wurde. Dieser Zuwachs an wirtschaftlichen Objekten kommt jedoch, soweit er nicht durch Bombenschäden und Abmontierungen wieder verloren ging, nur zu einem geringen Teil der österreichischen Wirtschaft zugute. Die meisten Investitionen dienten der Rüstungswirtschaft und waren auf den deutschen Wirtschaftsraum zugeschnitten. Sie können daher in der österreichischen Friedenswirtschaft nur beschränkt verwendet werden und sind in vielen Fällen eher eine Belastung als ein Gewinn.

Zu den materiellen Substanzverlusten kommt der *Ausfall an Arbeitskräften* durch die hohen menschlichen Kriegsverluste. Durch den Tod von ungefähr 400.000 Männern der wirtschaftlich leistungsfähigsten Jahrgänge wurde der Altersaufbau des österreichischen Volkes, der bereits vor dem Kriege sehr ungünstig war, noch mehr verschlechtert. Weiters bedeutet die große Zahl der Kriegs-

beschädigten (ungefähr 170.000 Personen) und die Verminderung der Leistungsfähigkeit der verfügbaren Arbeitskräfte durch Überalterung und mangelnde Berufsschulung eine außerordentliche Schwächung des arbeitsmäßigen Leistungspotentials der österreichischen Volkswirtschaft. Schließlich gingen auch durch die übermäßig lange Zurückhaltung hunderttausender österreichischer Kriegsgefangener im Jahre 1946 wertvolle Arbeitsstunden für den Wiederaufbau verloren.

Stärker noch als das Volksvermögen wurde im Jahre 1946 das reale *Volkseinkommen* geschmälert. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Größe des realen Volkseinkommens, außer durch die Schwächung des volkswirtschaftlichen Leistungspotentials (materielle Substanzeinbußen und Verluste an Arbeitskräften) auch noch durch eine Reihe zusätzlicher, quantitativ schwer abschätzbarer Faktoren, wie ungeordnete Währungsverhältnisse, indirekte Auswirkungen der Besatzung und unsichere Rechtsverhältnisse, ungünstig beeinflusst wurde. Wenn es auch nicht möglich ist, auf Grund der vorhandenen Unterlagen das Volkseinkommen für das Jahr 1946 genau und einwandfrei zu berechnen, so ergeben sich doch aus dem Vergleich zwischen den realen Leistungen in den Jahren 1946 und 1937, der zumindest für die wichtigsten Wirtschaftsgebiete vorgenommen werden kann, Anhaltspunkte über die Veränderung des realen Volkseinkommens gegenüber der Vorkriegszeit¹⁾. Dieses Verfahren ist allerdings nur sehr grob und vermittelt nur einige größenmäßige Vorstellungen. Immerhin bietet die Schätzung doch einige wertvolle Erkenntnisse, so daß der Versuch, auch wenn einzelne Annahmen nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, gerechtfertigt erscheint.

Während die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1946 um 39% stieg und am Ende des Jahres (mit 1,827.000 krankenversicherten Beschäftigten) erheblich größer war als im Jahre 1937 (1,333.000), kamen die Leistungen in fast allen Wirtschaftszweigen bei weitem nicht an die Ergebnisse der Vorkriegszeit heran und reichten nicht aus, der öster-

¹⁾ Das Volkseinkommen kann für 1946 nicht durch Summierung der Nominaleinkommen der einzelnen Einkommensbezieher gewonnen werden, da mangels einer Einkommensstatistik die Einkommen der Unselbständigen nur ungefähr und die der Selbständigen überhaupt nicht erfaßbar sind. Außerdem hat das nominelle Volkseinkommen nur dann reale Bedeutung, wenn es zu einem einheitlichen Preisniveau realisiert wurde und mit Hilfe eines Preisindex mit dem Volkseinkommen eines vergangenen Zeitabschnittes verglichen werden kann. Dies ist jedoch nicht der Fall, da im Jahre 1946 mehrere Preisniveaus nebeneinander mit verschiedenen Entwicklungstendenzen bestanden.

reichischen Bevölkerung ein bescheidenes Existenzminimum zu sichern. In den Sommermonaten des Jahres 1946 stiegen zwar, insbesondere in einzelnen Industriezweigen, die Leistungen an und näherten sich im Herbst sogar der friedensmäßigen Produktion. Dieser erfreuliche Aufschwung war jedoch nur von kurzer Dauer und wurde durch die Verschärfung der Energielage im Winter wieder unterbrochen.

Die *landwirtschaftliche* Produktion, auf die vor dem Kriege etwa 25% des Volkseinkommens entfiel, erreichte im gewogenen Durchschnitt nur rund 48% des Jahres 1937¹⁾, und zwar die Getreideernte 47%, die Hackfruchternte 42%, die Feldfutterernte 48%, die Milcherzeugung 54% und die Fleischproduktion 44%. Überdurchschnittlich dagegen war die Weinernte (123%).

Die *industriell-gewerbliche* Produktion einschließlich des Bergbaues betrug im ganzen nur etwa ein Drittel der Vorkriegszeit. Dieser starke Leistungsrückgang fällt besonders ins Gewicht, da diese Gruppe mit 40 bis 50% den größten Anteil am österreichischen Volkseinkommen hatte. Verhältnismäßig gut waren im Bergbau die Salzerzeugung (98%) sowie die Förderung von Braunkohle (74%) und Steinkohle (47%). Die äußerst stark gestiegene Erdölförderung (schätzungsweise 800.000 t gegenüber 33.000 t im Jahre 1937) kam nur zu einem kleinen Teil der österreichischen Wirtschaft zugute. In der Industrie sind im allgemeinen die Leistungen in den konsumnäheren Produktionsstufen stärker gegenüber 1937 zurückgeblieben als in der industriellen Urerzeugung und in den Schlüsselindustrien. Dies deutet darauf hin, daß vielfach eine bedeutende neue Realkapitalbildung stattgefunden hat. Andererseits bestand auch im Jahre 1946 in den meisten Industrien keine Möglichkeit, Ersatzinvestitionen durchzuführen und vielfach wurden alte Lagerbestände aufgebraucht. Dieser Substanzverzehr wurde aber, im Ganzen gesehen, nicht nur in der Industrie, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen durch die Wiederaufbauarbeiten vermutlich überkompensiert. (Viele Betriebe beschäftigten einen großen Teil ihrer Arbeiterschaft lange Zeit überwiegend mit Aufräumungs- und Wiederinstandsetzungsarbeiten.) Wesentlich für das industrielle Leistungsniveau war, daß gerade in den wichtigsten Industriezweigen — wie in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der Textilindustrie, die vor dem Kriege zu-

sammen etwa 45% der Industriebeschäftigten umfaßten, — nur ein Bruchteil der Vorkriegsleistungen erreicht wurde. Die mäßigen Ergebnisse in der Eisenerzeugung (Roheisen 15%, Rohstahl und Walzwerkwaren je 29%, Stahlformguß 29%) bildeten für die weiterverarbeitenden Industrien einen schwierigen Engpaß. Die Textilindustrie erreichte rund ein Drittel der Produktion von 1937 (Baumwollspinnerei 39%, Wollspinnerei und Baumwollweberei je 35%, Wollweberei 24%). Dabei wurde das in der Textilindustrie erzielte Sozialprodukt mehr geschmälert, als in den ausgewiesenen Produktionsergebnissen zum Ausdruck kommt, weil ein großer Teil der ausgeführten Arbeiten im gesamtwirtschaftlich verhältnismäßig weniger ergiebigen Lohnarbeitsverhältnis verrichtet wurde. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie nützte ihre Kapazität durchschnittlich nur zu 30 bis 40% und die Holzindustrie zu 40 bis 50% aus. Die Baustoffherstellung (u. a. Mauerziegel 24%, Dachziegel 32%, Zement 86%) und die Papierindustrie (Holzschliff 29%, Zellulose 13%, Papier 41%, Pappe 33%) litten besonders unter dem Mangel an Kohle. In der chemischen Industrie war die Erzeugung von Kalkstickstoff (517%) sowie von Soda, Ätznatron und Kalziumkarbid (129%) relativ hoch, während die wichtige Schwefelsäureproduktion und die Gummierzeugung stark hinter der Vorkriegszeit zurückblieben.

Die Leistungen im Handwerk waren insbesondere in den arbeitsintensiven Zweigen, die vom Rohmaterial- und Hilfsstoffmangel weniger betroffen wurden, im allgemeinen höher als in der Industrie, dürften jedoch kaum mehr als 40 bis 50% der Vorkriegszeit betragen haben, zumal sich die Zahl der zünftigen Handwerker teilweise stark vermindert hat. Im ganzen bestand der Beitrag des Handwerks zum Volkseinkommen mehr in der Ausführung werterhaltender und werterhöhender Reparaturarbeiten als in Neuanfertigungen.

Die erzielten *Verkehrsleistungen* (bei den Staatseisenbahnen 80% Nutzlasttonnenkilometer und im öffentlichen Postkraftwagenverkehr 90% Betriebskilometer des Jahres 1937) befriedigten nur teilweise die Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft.

Der *Handel* litt unter der geringen inländischen Produktion. Außerdem wurde in vielen Fällen der Zwischenhandel ausgeschaltet, so daß der Leistungsrückgang im Binnenhandel mit mindestens 70% angenommen werden muß. Das Außenhandelsvolumen, das im kommerziellen Handelsverkehr abgewickelt wurde, betrug unter Berücksichtigung der erfolgten Preissteigerungen sogar nur 8% des Jahres 1937.

¹⁾ Berechnet nach den offiziellen Angaben über Ernterträge, Milchleistungen und Schlachtungen; die Gewichtung erfolgte nach den Preisrelationen im Jahre 1937.

Gegenüber der Vorkriegszeit stark zugenommen haben lediglich die persönlichen Dienstleistungen sowie die Leistungen der öffentlichen Körperschaften und insbesondere des Staates. Der Anteil dieser beiden Gruppen am Volkseinkommen ist jedoch nur gering (etwa 10%) und vermag den starken Rückgang in den übrigen Wirtschaftszweigen nur zu einem kleinen Teil zu kompensieren.

Wie tief die Produktionsfähigkeit der Wirtschaft und mit ihr der Lebensstandard des österreichischen Volkes im Jahre 1946 gesunken war, geht daraus hervor, daß auch im Vergleichsjahr 1937 nur mit einer 70%igen Kapazitätsausnutzung gearbeitet wurde und ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen bestand.

Unter der Annahme, daß die landwirtschaftliche Erzeugung im Jahre 1946 rund 50% und die gewerbliche Produktion rund 35% von 1937 betragen haben und von den übrigen Realeinkommen vermutlich nur verschiedene Dienstleistungen sowie die Leistungen des Staates erheblich höher waren, dürfte das aus den eigenen Wirtschaftskräften stammende Volkseinkommen im Jahre 1946, bei entsprechender Gewichtung der einzelnen Posten und Einrechnung einer Sicherheitsmarge für nicht erfaßte Leistungen¹⁾, ungefähr 50% des Realeinkommens von 1937 erreicht haben. In Schilling-Werten 1937 ausgedrückt, ergibt sich damit ein Betrag von 3.000 Mill. S gegenüber 6.000 Mill. S im Jahre 1937.

Zu dieser Summe kommen noch der Wert der Güter und Dienstleistungen, die die Besatzungsmächte sowie sonstige internationale Hilfsorganisationen im Jahre 1946 dem österreichischen Volk zur Verfügung stellten. Umgerechnet in Schilling-Werten 1937 betragen

die alliierten Hilfssendungen . . .	rund 140 Mill. S
die Lieferungen der UNRRA . . .	235 „ „
die von der UNRRA vergüteten alliierten Beiträge weitere . . .	100 „ „
die aus der Ruhr bezogene Kohle . . .	50 „ „
verschiedene internationale Lebensmittel-Hilfssendungen	30 „ „
das zur Verfügung gestellte Demobilisierungsgut	6 „ „

Rundet man diesen Betrag unter Berücksichtigung der weiteren, durch die alliierten Besatzungsmächte gebotenen Realleistungen, wie Brückenbauten, Beistellung von Transportmitteln, Sprit u. a. Produktionsmitteln, auf 600 Mill. S auf, dann erhöht sich das österreichische Volkseinkommen im Jahre 1946 auf rund 3.600 Mill. S.

Von diesem Betrag ist jedoch, um die wirkliche Größe des dem österreichischen Volke im Jahre 1946 zur Verfügung gestandenen Sozialproduktes zu ermitteln, der Gegenwert der von den Besatzungsmächten mit Hilfe des

Besatzungsgeldes erworbenen Güter und Leistungen abziehen. Wenn angenommen wird, daß von der Besatzungsgeldsumme von 2,8 Mrd. S (Wert 1946) nur 1,8 Mrd. S ausgegeben wurden und die Einkäufe der Besatzungsmächte im großen Durchschnitt zu ungefähr gegenüber 1937 doppelten Preisen getätigt wurden, dann ergibt sich ein Betrag von 900 Mill. S (Wert 1937), der von 3.600 Mill. S abgezogen werden muß.

Weitere Entnahmen der Besatzungstruppen aus dem österreichischen Sozialprodukt über die finanziellen Besatzungskosten hinaus sind quantitativ nicht erheblich und können bei einer rohen Schätzung vernachlässigt werden. Soweit Waren aus den von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Betrieben ohne Gegenleistung exportiert wurden, mußten die im Inland anfallenden Kosten, insbesondere die Arbeitslöhne aus den Besatzungsgeldern, die bereits in der Schätzung berücksichtigt wurden, bezahlt werden.

Nach diesen Überlegungen und groben Schätzungen läßt sich das österreichische Volkseinkommen im Jahre 1946, ausgedrückt in Schilling-Werten 1937, ungefähr mit 2.700 Mill. S oder 45% des Sozialproduktes von 1937 beziffern.

Überwiegend ungünstige Auswirkung der Besatzung

Die Besetzung Österreichs durch die vier Besatzungsmächte war im Jahre 1946 (am Jahresende befanden sich noch rund 120.000 Mann Besatzungstruppen auf österreichischem Boden gegenüber rund 700.000 Mann zu Jahresbeginn) mit verschiedenen Vor- und Nachteilen verbunden, wobei jedoch die gesamtwirtschaftlich ungünstigen Wirkungen zweifellos weitaus überwogen.

Die Besatzungsmächte haben vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1946 durch die Bereitstellung von Lebensmitteln der österreichischen Bevölkerung über die schwierigsten Versorgungsperioden hinweggeholfen. Die *Lebensmittellieferungen* der Alliierten betragen bis zum Beginn der UNRRA-Lieferungen (Jänner bis März 1946) rund 35 Mill. Dollar. Ähnlich wichtig waren die *Kohlenlieferungen* aus Deutschland im Werte von etwa 16 Mill. Dollar (1 t Steinkohle bewertet zu 10 Dollar), die durch den österreichischen Stromexport nur teilweise kompensiert wurden. Ohne diese Lebensmittel- und Kohlenlieferungen wäre die österreichische Bevölkerung einer Hungerkatastrophe preisgegeben und die österreichische Industrie weitgehend zum Stillstand verurteilt gewesen. Allerdings kann hier eingewendet werden, daß ein unbesetztes, über seine eigenen Hilfsquellen frei verfügendes Österreich vermutlich ohne größere Schwierigkeiten in der Lage gewesen wäre, die zu seiner Existenzsicherung notwendigen Lebensmittel- und Kohlenimporte durch ausländische Kredite bzw. durch erhöhte eigene Exporte zumindest in gleichem Um-

¹⁾ Es muß vor allem berücksichtigt werden, daß die offiziellen Produktionsangaben vielfach zu niedrig sind. Außerdem kommt in den Produktionsleistungen ein Teil der neuen Realkapitalbildung, wie Aufstockung der Viehbestände, Wert der Aufräumungs- und Ingangsetzungsarbeiten in den Betrieben, abzüglich der Vorleistungen anderer Betriebe, nicht zum Ausdruck.

fange zu finanzieren. Neben der Lieferung von Lebensmitteln und Kohle haben die alliierten Mächte aber auch durch die Überlassung von deutschem Heeresgut, Beistellung von Transportmitteln für Wiederaufbauarbeiten, Rohstofflieferungen, Überlassung von Medikamenten und Kleiderspenden dem österreichischen Volk wertvollste Hilfe geleistet.

Andererseits ergab sich jedoch aus der Besetzung des Landes für die österreichische Wirtschaft eine Reihe schwerster Nachteile und Hemmungen. Der Betrag, den Österreich seit dem Schillinggesetz (Dezember 1945) bis Ende Dezember 1946 an *Besatzungskosten* bezahlte (2.792 Mill. S), hätte ausgereicht, das gesamte österreichische Sozialprodukt im Jahre 1946 zu den offiziellen Preisen zu kaufen. Wenn auch ein Teil der Besatzungskosten nicht ausgegeben wurde, so steht doch noch nicht fest, ob die Alliierten diese Kaufkraftsummen nicht später geltend machen werden. Neben den reinen Finanzkosten wurde der österreichischen Wirtschaft weiters ein im einzelnen nicht feststellbarer Teil des österreichischen Sozialproduktes ohne Bezahlung, durch Beschlagnahme und durch den Export aus den von den Besatzungsmächten besetzten Betrieben, ohne Gegenleistung entzogen.

Fast ebenso schwer wie die direkten Belastungen waren die *indirekten* Auswirkungen der Besetzung, durch die der Wiederaufbau entscheidend verzögert und eine optimale Ausnutzung der verfügbaren Produktivkräfte verhindert wurde. Diese indirekten Wirkungen ergaben sich ganz allgemein aus der eingeschränkten Souveränität der österreichischen Regierung.

Die hohen Besatzungskosten sowie die großen Guthaben der Alliierten an inländischen Zahlungsmitteln waren zumindest bis Ende 1946 das stärkste *Hindernis für eine Neuordnung der Währung*. Dadurch aber blieb die österreichische Wirtschaft den ungünstigen Einflüssen einer übermäßigen Geldmenge mit allen damit für die Produktion und den Wiederaufbau nachteiligen Folgen ausgesetzt (siehe Abschnitt Währung). Der Geldüberhang wirkte sich um so stärker aus, als die Bewirtschaftung, Preis- und Lohnkontrolle — teilweise ebenfalls durch die Besetzung bedingt — nicht wirksam genug waren, das Preis- und Lohnniveau gegen die Einflüsse eines überdimensionierten Geldvolumens abzuschirmen.

Als eines der schwierigsten Hindernisse für die wirtschaftliche Gesundung Österreichs im Jahre 1946 erwies sich die mit der Besetzung in unmittelbarem Zusammenhang stehende *Aufteilung Österreichs in vier Zonen*, in denen jede einzelne Besatzungsmacht

ihre eigene Wirtschaftspolitik verfolgte. Seit dem Kontrollabkommen vom Juni 1946 wurden zwar schrittweise die bedrückendsten Hemmnisse im inner-österreichischen Personen- und Güterverkehr gelockert, aber nicht beseitigt.

Das Warenverkehrsgesetz, das die gesetzliche Grundlage für eine bundeseinheitliche Bewirtschaftung bilden sollte, wurde in Ostösterreich von der Besatzungsmacht nicht anerkannt. Damit mußte die Bewirtschaftung notwendigerweise lückenhaft bleiben, da ein erheblicher Teil der österreichischen Wirtschaft nicht der österreichischen Gesetzgebung untersteht, sondern exterritoriale Rechte beansprucht. Im Laufe des Jahres wurden unter den Begriff „deutsches Eigentum“ fallende Betriebe in Ostösterreich bis zu einem gewissen Grad aus dem Zusammenhang der übrigen Wirtschaft herausgelöst und verfolgten eine eigene Preis- und Lohnpolitik. Selbst soweit die Erzeugnisse dieser praktisch exterritorialen Betriebe auf dem österreichischen Markt abgesetzt wurden, bewirkte die autonome Wirtschaftspolitik dieser Betriebe eine Schmälerung des österreichischen Sozialproduktes, da die verfügbaren Produktivkräfte nicht optimal nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten eingesetzt werden konnten.

Darüber hinaus lähmte die allgemeine *Rechtsunsicherheit* die Entwicklung der Wirtschaft. Vielfach wurden in den einzelnen Besatzungszonen durch die Besatzungstruppen Verfügungen erlassen, die mit den Anordnungen österreichischer Stellen im Widerspruch standen. Die Furcht vor Beschlagnahmen und neuen diskriminierenden Verordnungen hemmte die Investitions- und Arbeitsfreudigkeit. Unter diesen Umständen waren die Bemühungen um die Erlangung von ausländischen Aufbau- und Überbrückungskrediten wenig erfolgreich und selbst die Anknüpfung von Handelsbeziehungen wurde äußerst erschwert, da die österreichische Regierung keine Sicherheit für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen bieten konnte.

Zwischen Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsfreiheit

Im Laufe des Jahres 1946 wurde die Wirtschaftsgesetzgebung weiter ausgebaut und eine Reihe staatlicher oder vom Staat kontrollierter Lenkungsorgane geschaffen. Wenn die weitreichenden Fernwirkungen berücksichtigt werden, die jeder einzelne Eingriff in das Wirtschaftsleben auslöst, so hätten die bis Ende des Jahres geschaffenen legislativen und organisatorischen Handhaben der Wirtschaftspolitik ausreichen müssen, den gesamten Wirtschafts-

ablauf — Produktion, Verteilung und Verbrauch — weitgehend durch staatliche Lenkungsmaßnahmen zu beeinflussen. Preise und Löhne wurden durch die Preisbildungsbehörden bzw. durch die Zentrallohnkommission geregelt, den Wirtschaftsverbänden war die Sicherstellung der Ernährung übertragen, für die Bewirtschaftung auf dem Gebiet der gewerblichen Produktion wurden Bewirtschaftungsstellen errichtet, die Kreditlenkungscommission sollte eine zweckmäßige Verteilung der Kredite ermöglichen, der Verbrauch der Konsumenten war durch Lebensmittelkarten und durch Bezugscheinpflicht für Mangelwaren der gewerblichen Produktion reglementiert und für den Außenhandel boten die Devisenbewirtschaftung der Nationalbank sowie das Warenverkehrsbüro ausreichende Lenkungsmöglichkeiten. Praktisch haben jedoch diese Lenkungsinstrumente nur teilweise und in den einzelnen Besatzungszonen in verschiedenem Ausmaß funktioniert. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig: Das Inkrafttreten vieler Gesetze wurde durch das komplizierte Genehmigungsverfahren durch die alliierten Behörden, das erst nach Abschluß des Kontrollabkommens im Juni 1946 etwas vereinfacht wurde, meist um Monate verzögert. Die praktische Durchführung vieler Gesetze scheiterte oft daran, daß sie von den einzelnen Besatzungsmächten in den von ihnen besetzten Zonen nicht anerkannt wurden bzw., daß die von ihnen verwalteten Betriebe nicht der österreichischen Gesetzgebung unterlagen. Vielfach fehlte aber auch ein geschulter Beamtenapparat, der die geschaffenen Organisationen mit Leben erfüllt hätte.

Eine besondere Schwäche lag in der mangelhaften Koordinierung der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Dadurch entstanden Lücken im System der Wirtschaftslenkung, die auch durch ein freies Spiel der Kräfte nicht ausgefüllt werden konnten, da ein befriedigendes Funktionieren des Marktmechanismus eben durch die direkten Eingriffe in das Wirtschaftsleben sowie durch die besonderen Verhältnisse der Mangellage nicht möglich war. Das Wirtschaftsleben wurde nicht mehr ausschließlich durch die staatliche Wirtschaftspolitik bestimmt, sondern vielfach durch Zufälligkeiten sowie durch das Spiel von Angebot und Nachfrage. So zeigte sich auf vielen Gebieten ein Widerspruch zwischen der tatsächlichen und der auf Grund der wirtschaftlichen Maßnahmen beabsichtigten Wirtschaftsentwicklung. Die Übersicht über das Wirtschaftsgeschehen ging zum Teil verloren und die staatliche Wirtschaftsführung wirkte dadurch häufig produktionshemmend. Da in vielen Fällen die Einhaltung der staatlichen Vorschriften offensicht-

lich unmöglich war, mußte die staatliche Wirtschaftsführung oftmals, zumindest stillschweigend, die Durchbrechung und Umgehung ihrer Anordnungen anerkennen.

Wirtschaftliche Strukturänderungen

Die Wirtschaftsstruktur Österreichs hat sich durch die Eingliederung in das Deutsche Reich und durch die mittelbaren und unmittelbaren Kriegsfolgen stark verändert. Obwohl noch keine ausreichenden statistischen Unterlagen über die gegenwärtigen Bevölkerungs-, Berufs- und Betriebsverhältnisse in Österreich vorliegen, so deuten doch verschiedene Einzelbeobachtungen auf stärkere strukturelle Verschiebungen hin. Eine *Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichtes* von den industriell stärker erschlossenen Ostgebieten in die bisher weniger entwickelten westlichen Bundesländer hatte bereits im Kriege eingesetzt. Der Umstand, daß der Osten Österreichs von den unmittelbaren Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen stärker betroffen wurde als der Westen, begünstigt weiters das Abwandern von Industrien nach dem Westen. Wenn auch mit der Vereinheitlichung des österreichischen Wirtschaftsgebietes Ostösterreich den relativen Vorsprung des Westens zum Teil wieder aufholen wird und sich eine Reihe von standortmäßig ungünstig gelagerten Neugründungen im gesamtösterreichischen Wirtschaftsraum als Fehlinvestitionen erweisen wird, so wird doch eine stärkere Verlagerung der Industrie nach dem Westen für die zukünftige Struktur der österreichischen Wirtschaft charakteristisch bleiben.

Ein Vergleich der anwesenden Bevölkerung im Jahre 1939 (auf Grund der Volkszählung im Mai) und im Jahre 1946 (auf Grund der ausgegebenen Lebensmittelkarten Ende Dezember) zeigt in den östlichen Bundesländern (Wien, Niederösterreich und Burgenland) insgesamt ein Minus von 238.000 Personen und in den westlichen und südlichen Bundesländern (Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg) insgesamt ein Plus von 527.000 Personen. Auch die Verschiebungen in der Betriebsgrößenordnung und in der berufsmäßigen Zusammensetzung der Arbeiterschaft sind vielfach strukturbedingt. So war z. B. in Oberösterreich im Jahre 1946 die Zahl der Betriebe mit 100 bis 1.000 Beschäftigten um rund 52% und der Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten um rund 250% größer als im Jahre 1937, während sich die Zahl aller in der Industrie beschäftigten Personen gegenüber 1937 verdoppelte. Eine Beschäftigterhebung im Lande Salzburg (November 1945) wiederum ergab, daß einzelne

Industriezweige, die vor dem Kriege unbedeutend waren, im Jahre 1945 die Zahl ihrer Betriebe und Beschäftigten vervielfacht hatten (z. B. das Ledergerbergewerbe, die Musikinstrumenten- und Spielwarenherstellung, die feinmechanische und die optische Industrie).

Streben nach einem neuen wirtschaftlichen Gleichgewicht

Die österreichische Wirtschaft steht vor der Aufgabe, sich den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen und sich wieder in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einzuschalten. Dieser Anpassungsprozeß wird längere Zeit in Anspruch nehmen und erfordert weitreichende Umstellungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens.

Im Geldwesen muß ein neues monetäres Gleichgewicht und ein neuer Innen- und Außenwert der Währung gefunden werden. Damit im Zusammenhang steht das Problem der Stabilisierung des Preis- und Lohnniveaus und der Anpassung der Preis- und Kostenstruktur an die Verhältnisse auf dem Weltmarkt. Die österreichische Industrie ist zum Teil überaltert und unorganisch aufgebaut. Überdimensionierte Industriekapazitäten, die für die österreichische Friedenswirtschaft nur eine Belastung darstellen würden, müssen abgebaut und dafür neue, zweckentsprechende produktive Kombinationen gebildet werden. Die Beschäftigtenstruktur ist unausgeglichen und größere Berufsumschichtungen werden nicht nur zwischen Arbeitern und Angestellten, sondern auch zwischen verschiedenen Arbeiterkategorien notwendig sein. Die heimischen Wasserkräfte bieten die Möglichkeit einer weitgehenden Umstellung der Energiewirtschaft auf heimische Energiequellen. Im Außenhandel ist schließlich die Frage des Grades der Wirtschaftsverflechtung mit dem Ausland und der künftigen Außenhandelsorientierung zu klären.

Wenn in dieser Hinsicht im Jahre 1946 außer planenden Vorarbeiten nur geringe Fortschritte erzielt wurden, so liegt dies vor allem daran, daß die Souveränität der österreichischen Regierung durch die Besetzung stark eingeschränkt war und die labilen Wirtschaftsverhältnisse des In- und Auslandes eine einwandfreie Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten Österreichs noch nicht gestatteten. Eine Anlehnung an die Verhältnisse im Jahre 1937 ist nur beschränkt möglich, da sich in der Zwischenzeit sowohl in der inländischen Wirtschaftsstruktur als auch in der Weltwirtschaft starke Veränderungen ergeben haben, die sich zumindest zum Teil als dauerhaft erweisen werden. Außerdem war auch die innere Wirtschaftsstruktur

Österreichs und seine Außenhandelsverflechtung in der Vorkriegszeit unorganisch und daher gegen die depressiven Einflüsse der Dreißigerjahre besonders empfindlich. Wenn trotzdem im Folgenden bei der Einzeldarstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen immer wieder Vergleiche mit der Vorkriegszeit und insbesondere mit dem Jahre 1937 angestellt werden, so geschieht dies deshalb, weil einerseits zur Zeit keine anderen zahlenmäßigen Unterlagen verfügbar sind, und andererseits ersichtlich wird, welche strukturellen Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten sind und wie weit die wirtschaftlichen Leistungen des Jahres 1946 selbst hinter den Leistungen der stark unterbeschäftigten Wirtschaft des Jahres 1937 noch zurückgeblieben sind.

Währung

Mit dem Umtausch der Reichsmarknoten in Schilling wurde im Dezember 1945 die österreichische Währung von der deutschen losgelöst und gleichzeitig das verfügbare Geldvolumen stark reduziert. Gegenüber einem Zahlungsmittelumlauf von rund 8 Mrd. RM und 1 Mrd. Alliiertes Militärschillinge¹⁾ vor dem Schillinggesetz betrug der Notenumlauf anfangs 1946 einschließlich der den Besatzungstruppen beim Notenumtausch zur Verfügung gestellten Zahlungsmittel (1,5 Mrd. S) nur 3.265,4 Mill. S.

Obwohl damit der *Notenumlauf* auf fast ein Drittel reduziert wurde, war er jedoch im Vergleich zum Preisniveau und zum realen Umsatzvolumen noch immer überdimensioniert. Das „normale“ Verhältnis zwischen Notenumlauf und Volkseinkommen war vor dem Jahre 1938 ziemlich konstant 1:6. Da das reale Volkseinkommen um die Jahreswende 1945/46 kaum 50% des Volkseinkommens im Jahre 1937 (siehe S. 4) erreichte und die Preise zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen das Preisniveau des Jahres 1937 noch nicht überschritten hatten, hätte selbst unter Einrechnung einer Sicherungsmarge für die verminderte Umlaufgeschwindigkeit ein Notenumlauf von höchstens 1 Mrd. S ausgereicht, um das reale Umsatzvolumen zu den Stoppreisen zu bewältigen. Darüber hinaus war aber auch das freie *Giralgeldvolumen* weitaus größer als im Jahre 1937.

¹⁾ Bis zum Schillinggesetz wurden bei der Österreichischen Nationalbank 8 Mrd. RM und 1 Mrd. Alliiertes Militärschillinge eingeliefert. Wie groß der Zahlungsmittelumlauf tatsächlich vor dem Schillinggesetz war, läßt sich nicht genau feststellen, da nicht sämtliche Alliiertes Militärschillinge abgeliefert wurden und ein Teil der in Österreich zirkulierenden Reichsmarknoten über die Grenze nach Deutschland abströmte.

Die freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank betragen 3.897 Mill. S gegenüber 312 Mill. S im Jahre 1937, die freien Spareinlagen 3.718 Mill. S¹⁾ gegenüber 2.348 Mill. S und die freien Scheckeinlagen 2.923 Mill. S¹⁾ gegenüber schätzungsweise 1 Mrd. S im Jahre 1937. Das gesamte Geldvolumen, wie es durch das Schillinggesetz geschaffen wurde, war daher überdimensioniert und die Liquidität der Wirtschaft im Vergleich zu der durch den Krieg und die Mangellage der Nachkriegszeit verstärkten Verbrauchsneigung der Bevölkerung und der Investitionsabsichten der Unternehmer zu groß, als daß ein monetäres Gleichgewicht hätte hergestellt werden können. Der Versuch einer tatsächlichen Währungsordnung hätte viel stärkere Eingriffe in das Wirtschaftsleben und vor allem eine weitgehende Beseitigung der liquiden Horte entsprechend dem gesunkenen Liquiditätsbedürfnis der Wirtschaft erfordert. Außerdem wäre aber auch eine grundlegende Regelung des Verhältnisses zwischen offiziellen Löhnen und Preisen notwendig gewesen²⁾).

Das Schillinggesetz war daher nur ein Schritt zur Ordnung der Währung. Im Laufe des Jahres 1946 erwies sich jedoch in erster Linie infolge der hohen Besatzungskosten, die aus den laufenden Staatseinnahmen nicht gedeckt werden konnten, eine endgültige Währungsordnung als unmöglich und die Wirtschaft war auch im Jahre 1946 noch den Einflüssen einer übermäßigen Geldmenge ausgesetzt. Charakteristisch für die monetäre Entwicklung im Jahre 1946 ist, daß durch das Auflösen von liquiden Horten eine Reihe von inflationistischen Tendenzen ausgelöst wurde, daß aber trotz vieler Durchbrechungen die Preis- und Lohnkontrolle noch so weit funktionierte, eine chaotische Aufwärtsentwicklung der offiziellen Preise und Löhne weitgehend zu verhindern. So wurde einerseits durch die Finanzierung der Besatzungskosten durch die Notenbank³⁾, durch das Auflösen von Spargut-

haben und liquider Horte der Betriebe sowie durch das Budgetdefizit von rund 1/2 Mrd. S der Geldstrom vermehrt, während andererseits durch das Ansammeln von Schleichhandelsgewinnen in liquider Form und vor allem durch die Erlöse aus dem Verkauf der UNRRA-Waren, die im Jahre 1946 nicht verausgabt wurden, der Einkommensstrom unterbrochen und Geld der aktiven Zirkulation entzogen wurde.

Die Umschichtung der liquiden Mittel von den Sparern und von den Betrieben zu den Schleichhändlern und zum Teil zu der Landbevölkerung hat vor allem die Lage der Kreditinstitute verschlechtert, deren Liquidität im Laufe des Jahres ständig abnahm. Zahlungsschwierigkeiten traten jedoch dadurch nicht ein, da die Notenbank gesperrte Nationalbank-Giroguthaben freigab. Immerhin wurden die Kreditinstitute durch die Abnahme der Liquiditätsreserven zu einer vorsichtigen Kreditgewährung veranlaßt. Bis Ende 1946 wurde der Notenumlauf teils durch die Notenausgabe für Besatzungskosten, von denen allerdings ein Teil nicht beansprucht wurde, und teils durch das Entsparen der Konsumenten auf 5.656 Mill. S erhöht und die gesamte verfügbare Geldmenge (einschließlich der freien Spar- und Scheckeinlagen und der Liquiditätsreserven der Banken) war Ende Dezember 1946 mit 16,2 Mrd. S fast viermal so hoch wie im Jahre 1937.

Die Währungslage Ende 1946

	Ø 1937 Mill. Schilling	Dez. 1946 Mill. Schilling
Notenumlauf	849	5.656
davon für Besatzungskosten	—	2.792
Giroverbindlichkeiten		
der Nationalbank	312	6.914
davon gesperrt	—	4.015
Spareinlagen	2.348	9.603
davon gesperrt	—	6.247
Scheckeinlagen	1.006 ¹⁾	6.384
davon gesperrt	—	2.136
gesamtes Geldvolumen	4.509	28.557
davon gesperrt	—	12.398

¹⁾ Schätzung.

Auswirkungen des Geldüberhanges

Der Geldüberhang hätte nur dann keinen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaft ausgeübt, wenn der gesamte Wirtschaftsablauf bis ins einzelne von der staatlichen Wirtschaftsführung ge-

Ausweitung des Geldvolumens vermieden, aber trotzdem die inflationistischen Wirkungen des Besatzungsgeldes nicht neutralisiert, da durch die Schatzscheinemission nur stillliegende Geldhorte erfaßt wurden. (Siehe Monatsberichte Nr. 9—12, 1946, S. 173.)

¹⁾ Stand Ende März 1946; genaue Angaben für Ende Dezember liegen nicht vor.

²⁾ Ein typisches Beispiel einer Währungsordnung bei einem stark verminderten Sozialprodukt bietet die ungarische Währungsstabilisierung. Da das reale Volkseinkommen gegenüber der Vorkriegszeit auf die Hälfte gesunken war, wurden die Preise im Durchschnitt auf das 3fache, die Löhne aber nur auf das 1 1/2fache der Vorkriegszeit erhöht, während der Notenumlauf erst nach und nach bis auf den Vorkriegsstand erweitert wurde.

³⁾ Von den bis Ende 1946 ausgegebenen Besatzungskosten von 2.792 Mill. S wurden 812 Mill. S durch Ausgabe von Schatzscheinen bedeckt, die von den Kreditinstituten übernommen wurden. Dadurch wurde zwar eine

lenkt und kontrolliert worden wäre. Eine derartige weite Kontrolle, die nicht nur eine Lenkung der sachlichen Produktionsmittel, sondern auch eine straffe Lenkung der Arbeitskräfte und des Konsums erfordern würde, war aber weder beabsichtigt noch unter den Verhältnissen der Nachkriegszeit durchführbar. Durch die realen Kontrollen des Wirtschaftslebens konnte zwar eine Inflation verhindert werden, aber es war nicht möglich, die übrigen wirtschaftsschädlichen Auswirkungen eines Geldüberhangs ganz zu paralysieren.

Durch die Auflösung von liquiden Horten konnte der große aufgestaute Nachholungsbedarf der Nachkriegszeit sowohl in der Produktions- als auch in der Konsumsphäre als effektive Nachfrage auf dem Markt in Erscheinung treten, so daß die Unternehmer praktisch alles, was sie erzeugten, auch tatsächlich absetzen konnten und das Schwergewicht ihrer Bemühungen und Dispositionen auf die Bezugsseite verlegten. Da auch die Preiskontrolle nur unvollkommen funktionierte, bestand für die Unternehmer kein besonderer Zwang, rationell zu erzeugen und die Kosten zu senken. Durch die Kostenverteuerung büßte die österreichische Industrie vielfach ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland ein. Dieser Sachverhalt konnte zunächst unsichtbar bleiben, weil der zu niedrig bemessene Schillingkurs wie eine indirekte Exportsubventionierung wirkte. Gegen Ende des Jahres jedoch war dieser künstlich geschaffene Vorsprung teilweise bereits verloren gegangen und einzelne Exportzweige erreichten schon das Weltmarktpreinsniveau, obwohl die Importpreise, insbesondere für Lebensmittel, noch weit über den genehmigten Inlandspreisen lagen (siehe Abschnitt Außenhandel). Der ausgesprochene „sellers-market“ veranlaßte die Unternehmer zu äußerst optimistischen Zukunftshoffnungen, die nur zu einem Bruchteil realisiert werden können. Damit wurden Fehlinvestitionen und die Bindung von sachlichen Produktionsmitteln und Arbeitskräften in Produktionszweigen begünstigt, wo sie nicht voll ausgenützt werden konnten. Die Rechenhaftigkeit der Wirtschaft ging immer mehr verloren und das Denken in Wertgrößen wurde zunehmend durch ein ingenieurhaftes Denken in objektiven Bedarfsziffern, Rohstoffmengen und Arbeitskräften ersetzt, das, auf einzelne Produktionszweige angewendet, den Zusammenhang alles wirtschaftlichen Geschehens nicht erfassen konnte und zu falschen Vorstellungen über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten führte.

Auch auf die Leistungen der Arbeiterschaft wirkte sich der Geldüberhang ungünstig aus. Es

bestand kein Anreiz zur Mehrarbeit, da ein zusätzlicher Verdienst nur zu unverhältnismäßig höheren Preisen realisiert werden konnte und der Zwang zu rationeller Arbeit fehlte, da der Arbeitsplatz infolge der großen Nachfrage nach Arbeitskräften auch bei geringerer Leistung gesichert erschien.

Weiters entstand durch die ungeordneten Währungsverhältnisse eine starke Tendenz zur Flucht in die Sachwerte, die noch durch die Aufwärtsentwicklung der offiziellen Löhne und Preise verstärkt wurde. Die Tendenz zur Warenhortung zeigte sich besonders deutlich in der Landwirtschaft bei der äußerst zögernden Weinablieferung und der Aufstockung des Viehbestandes und in der Forstwirtschaft, wo die geringen Schlägerungen im abgelaufenen Jahr nicht nur auf den Mangel an Holzarbeitern zurückzuführen waren, sondern auch auf das Bestreben der Waldbesitzer, ihr im Waldbestand wertsicher investiertes Kapital zu erhalten.

Staatshaushalt

Der Einfluß des Staatshaushaltes auf das Wirtschaftsleben ist in einer Mangelwirtschaft besonders groß, da gerade in Notzeiten dem Staat zusätzliche Aufgaben übertragen und zusätzliche Belastungen auferlegt werden. Es besteht dann die Gefahr, daß die vermehrten Ausgaben des Staates aus den ordentlichen Einnahmen, die infolge des verringerten Sozialproduktes stark zurückgehen, nicht gedeckt werden können und durch ein übermäßiges Budgetdefizit inflationistische Tendenzen ausgelöst werden. Um so bemerkenswerter ist es, daß trotz dieser Gefahren der Bundesvoranschlag für das Jahr 1946 in der laufenden Gebarung ausgeglichen werden konnte und nur die außerordentlichen Aufwendungen durch die laufenden Einnahmen nicht gedeckt wurden.

Bundesvoranschlag 1946

	Einnahmen	Ausgaben	Überschuß (+) bzw. Defizit (-)
	in Mill. Schilling		
Laufende Gebarung	2.530'2	2.526'0	+ 4'2
Außerordentliche Aufwendungen und Investitionen	—	584'2	— 584'2
Insgesamt	2.530'2	3.110'2	— 580'0

Die *Budgetsumme* der laufenden Gebarung war etwa so hoch veranschlagt wie im Jahre 1938. Diese hohen Einnahmen waren bei einem stark verminderten Volkseinkommen nur durch eine rigorose

Besteuerung zu erreichen. Tatsächlich wurden nicht nur die während des Krieges eingeführten außerordentlichen Kriegssteuern beibehalten, sondern vor allem durch die Einhebung eines Wiederaufbauzuschlages für Tabakwaren, der allein eine halbe Mrd. S einbringen sollte, der Bevölkerung zusätzliche Belastungen auferlegt. Die außerordentlichen Aufwendungen, deren Deckung nicht aus den laufenden Einnahmen vorgesehen war, umfaßten in erster Linie Ausgaben, die sich aus den besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der Nachkriegszeit ergaben, wie Aufwendungen für die Beseitigung von Kriegsschäden, den Unterhalt der „Displaced Persons“, für Leistungen an die Besatzungstruppen, für Familienunterhalt, Heimkehrerfürsorge und anderes mehr. Nicht im Budget enthalten waren die direkten Besatzungskosten, deren Deckung aus den laufenden Staatseinnahmen unmöglich war.

Der *Rechnungsabschluß* für das Jahr 1946 wurde bisher noch nicht bekanntgegeben. Wie jedoch aus den Gebarungsergebnissen bis Ende 1946 hervorgeht, wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 1946 3.001,5 Mill. S ausgegeben und 2.467,2 Mill. S eingenommen. Die Gebarungsergebnisse zeigen somit größtmäßig eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Voranschlag, obwohl die im Laufe des Jahres 1946 eingetretenen Lohn- und Preiserhöhungen auch den Staatshaushalt beeinflussten. Allerdings wichen die Gebarungsergebnisse in einzelnen Kapiteln stark vom Voranschlag ab und das günstige Gesamtergebnis konnte nur dadurch erzielt werden, daß bei den Ausgaben eine Reihe von Einsparungen möglich war und dadurch die erhöhten Personalaufwendungen kompensiert werden konnten. So wurde z. B. die vorgesehene Ausgabensumme von 150 Mill. S für den Anleihendienst der österreichischen Vorkriegsanleihen im Jahr 1946 nicht verausgabt und eine Reihe von Wiederaufbauarbeiten mußte infolge Arbeitskräfte- und Materialmangels unterbleiben.

Die Erträge der *öffentlichen Abgaben* im Jahr 1946 waren hauptsächlich infolge der Erhöhung des Preis- und Lohnniveaus um 11% größer als veranschlagt. Die Lohnsteuer brachte trotz der Lohnsteuerermäßigungen im November 1946 205% und die Vermögenssteuer 156% des Voranschlages ein, während bei der Einkommensteuer nur 86%, bei den Verbrauchssteuern infolge der verspäteten Ausgabe der Tabakwaren bloß 95% der veranschlagten Erträge erzielt wurden und die Umsatzsteuer nur infolge der starken Preiserhöhungen die veranschlagte Höhe erreichte.

Öffentliche Abgaben im Jahre 1946

	Voranschlag in Mill. Schilling	Erfolg	Erfolg in % des Vor- schlages
<i>Direkte Steuern</i> insges.	620,1	809,2	130,5
darunter:			
veranlagte Einkommen- steuer	300,0	258,8	86,3
Lohnsteuer	170,0	348,9	205,2
Körperschaftsteuer	50,0	57,7	115,4
Vermögenssteuer und Aufbringungsumlage	30,0	46,9	156,3
Gewerbesteuer	70,0	89,6	128,0
<i>Umsatzsteuer</i>	200,0	199,8	99,9
<i>Zölle</i>	10,0	9,7	97,0
<i>Verbrauchssteuern</i>	584,6	554,3	94,8
<i>Gebühren und Verkehrssteuern</i>	70,5	75,5	107,1
<i>Öffentliche Abgaben</i> insg.	1.485,6	1.650,2	111,1

Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten

Die Entwicklung der Preise

Durch die kriegs- und nachkriegsbedingte Verschlechterung der „realen“ Kostenlage der österreichischen Wirtschaft sowie durch eine Reihe anderer Faktoren, wie Wegfall der Reichszuschüsse, überhöhte Auslandspreise usw.¹⁾, entstanden stärkere Preisauftriebstendenzen, die ein Festhalten an den Stoppreisen der Kriegswirtschaft unmöglich machten. Da fast für sämtliche preisgestoppte Waren und Dienstleistungen Ausnahmegenehmigungen erteilt werden mußten, geriet im Laufe des Jahres das gesamte Preis-Lohngefüge in Bewegung. Ende 1946 lagen die offiziellen Großhandelspreise für Nahrungsmittel um rund 76% über den Stoppreisen des Jahres 1944²⁾ (die Erzeugerpreise sind etwas weniger gestiegen, weil die Reichszuschüsse weggefallen sind) und um rund 95% über den Preisen des Jahres 1938 (3 alte = 2 neue S), während die genehmigten Großhandelspreise für Industrierzeugnisse die Stoppreise etwa um 100% und die Preise des Jahres 1938 um 150% überschritten haben. Die offizielle Preisbildung und -kontrolle vollzog sich nach denselben Methoden, die in der Kriegswirtschaft angewendet wurden, d. h. jede einzelne Preiserhöhung bedurfte der Genehmigung der Preisbildungsstellen, mit Ausnahme einiger Warengruppen, für die Kalkulationsvorschriften in Geltung waren. Die Methode der Einzelpreisgenehmigungen konnte jedoch nur solange befriedigend funktionieren, als sich die Preiserhöhungen auf Einzelfälle erstreckten, sie war aber nicht in der Lage, den Anforderungen an die offizielle Preisbildung bei einer heftigen

¹⁾ Siehe insbesondere Monatsberichte Nr. 1—2, 1945.

²⁾ Nach dem Großhandelsindex für Nahrungs- und Genußmittel des statistischen Zentralamtes.

Preisdynamik, von der sämtliche Preise ergriffen wurden, zu entsprechen. Praktisch hat sich die Preisdynamik, begünstigt durch eine mangelhafte Preiskontrolle, weitgehend selbständig gemacht. Die Preisvorschriften wurden vielfach mehr oder weniger durchbrochen, so daß mehrere voneinander stark abweichende Preisniveaus entstanden. Die unorganische Preisstruktur wurde noch dadurch verschärft, daß bei einigen Waren, wie z. B. bei Kohle, die offiziellen Preise an die Weltmarktpreise angeglichen wurden, während auf anderen Gebieten die offiziellen Preise nur geringfügig das Stoppreisniveau überschritten haben.

Die Entwicklung der Löhne

Die ersten Lohnerhöhungen setzten im April 1946 ein. In zwei aufeinanderfolgenden Lohnerhöhungswellen, die zum Teil ineinander übergriffen, stiegen die Löhne in Wien bis Ende Dezember 1946 im gewogenen Durchschnitt um rund 59%.

Arbeiter-Nettotariflöhne in Wien
(April 1945 = 100)

	1946	
	April	Dezember
Facharbeiter	113'2	151'5
Hilfsarbeiter	138'3	198'0
Arbeiterinnen	98'8	139'5
Insgesamt	114'7	158'6

Die Löhne durften nur mit Zustimmung der Zentrallohnkommission erhöht werden. Die Aufgabe der Zentrallohnkommission war deshalb besonders schwierig, weil vielfach den Forderungen der Arbeitnehmer von Seiten der Arbeitgeber nur geringer Widerstand entgegengesetzt wurde, wenn sie mit ihren höheren Lohnkosten in höhere Preise ausweichen konnten. Obwohl in einzelnen die Lohnerhöhungen ungleichmäßig erfolgten, gelang es doch, eine übermäßige Differenzierung der Löhne zwischen verschiedenen Berufskategorien zu verhindern. Wären die Löhne der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen gewesen, so wären z. B. die Löhne der in der gewerblichen Produktion beschäftigten Arbeiter bedeutend stärker gestiegen als die Löhne der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeiter, da die öffentlichen Körperschaften nicht im gleichen Ausmaß wie die gewerbliche Produktion in der Lage waren, höhere Lohnkosten durch höhere Preise auszugleichen.

Gerade in einer Mangelwirtschaft ist es wichtig, daß die Einkommen nicht allzusehr differenziert werden, um auch den untersten Einkommensschich-

ten das Existenzminimum zu gewährleisten. Tatsächlich zeigt sich in der Lohnpolitik der Zentrallohnkommission deutlich die Tendenz, die Einkommen der unteren Einkommensschichten relativ stärker zu erhöhen. Die Löhne für Hilfsarbeiter stiegen z. B. vom April 1945 bis Ende Dezember 1946 um 98%, die der Facharbeiter dagegen nur um rund 52%. Auch die einheitliche Erhöhung der Gehälter der Industriearbeiter um 70 S bedeutete für die unteren Gehaltsstufen prozentuell eine bedeutend stärkere Erhöhung als für die höher bezahlten Angestellten. Allerdings bleibt die Nivellierung der Nominaleinkommen zwischen verschiedenen Berufen nur bei nicht konkurrierenden Beschäftigtengruppen ohne Auswirkung auf die Leistung, und wie später (siehe Seite 26) ausgeführt wird, kann auf bestimmte Einkommensdifferenzierungen im Interesse einer raschen Leistungssteigerung bei besonders wichtigen Mangelberufen nicht verzichtet werden. Daneben darf nicht vergessen werden, daß die Differenzierung der Nominaleinkommen kaum etwas über die tatsächliche Höhe des Realeinkommens aussagt, da die Preise auf den verschiedenen Märkten stark differenziert waren und „gute Beziehungen“ ein höheres Realeinkommen ermöglichen als bedeutend höhere Nominaleinkommen, die nur auf dem schwarzen Markt realisiert werden konnten. Allein durch den schwarzen Markt wurden die Realeinkommen zwischen den Beziehern von niedrigen und hohen Nominaleinkommen stärker nivelliert als durch das relativ stärkere Steigen des Geldeinkommens der unteren Einkommensschichten, weil der Mehrverdienst nur zu einem bedeutend höheren Preisniveau realisiert werden konnte.

Da sich parallel mit den Löhnen die Zahl der Beschäftigten erhöht hat, ist die *Lohnsumme* im Laufe des Jahres stark angewachsen. Allein in Wien erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1946 um rund 54%, so daß die Lohnsumme der Arbeiter Ende 1946 um rund 145% höher lag als zu Beginn des Jahres. Bei den Angestellten war die Steigerung der Gehaltssumme etwas geringer und dürfte schätzungsweise 100 bis 110% betragen haben, da sich der Beschäftigtenstand nur um rund 35% vermehrt hat und insbesondere die Gehälter der besser bezahlten Angestellten weitaus weniger erhöht wurden als die der Arbeiter. Damit dürfte das Gesamteinkommen der Nichtselbständigen in Wien im Jahre 1946 (bei einem Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten von 2:1) um rund 120 bis 130% gestiegen sein. Diese Schätzung wird durch die Erträge der Lohnsummensteuer bestätigt, die sich vom 4. Quartal 1945 bis zum

4. Quartal 1946 um rund 133% erhöht haben. Demgegenüber sind die *Konsumgüterumsätze* wertmäßig im gleichen Zeitraum in Wien nur um rund 100% gestiegen¹⁾, d. h. die Vermehrung des Konsumgüterangebotes zu offiziellen Preisen hat selbst unter Berücksichtigung der Preissteigerungen nicht mit der Erhöhung der Einkommen der Unselbständigen Schritt gehalten. Man müßte also annehmen, daß die auf dem regulären Markt nicht verwertbare Kaufkraft die Nachfrage auf dem schwarzen Markt verstärkt hätte. Tatsächlich jedoch zeigt der schwarze Markt ein Sinken der Preise, das offenbar nicht ausschließlich durch ein erhöhtes Güterangebot erklärt werden kann. Die Lösung dieses Widerspruches dürfte vermutlich darin liegen, daß die aus freien Einkommensteilen resultierende verstärkte Nachfrage bei weitem nicht die Verminderung der Nachfrage aufwog, die sich aus der Auflösung der Geldhorte und insbesondere aus dem Aufzehren der Sparguthaben der kleinen und mittleren Einkommenschichten ergab.

Die Lage auf dem Gebiete der Löhne und Preise war Ende 1946 äußerst unausgeglichen und unübersichtlich. Die im Sommer 1946 begonnene wechselseitige Preis- und Lohndynamik hat sich gegen Jahresende verstärkt und zu bedeutenden Preis- und Einkommensverschiebungen geführt, die eine Stabilisierung äußerst erschweren. Auf der einen Seite deckten die offiziell genehmigten Preise sowohl in der Landwirtschaft als auch in der gewerblichen Produktion in den meisten Betrieben nicht mehr die Erzeugungskosten, so daß viele Unternehmungen nur dadurch aufrecht erhalten werden konnten, daß sie entweder die Preisvorschriften durchbrachen oder einen Teil ihrer Produktion auf dem schwarzen Markt absetzten. Während sich viele Privatunternehmer auf solche, allerdings die allgemeine Wirtschaftsmoral untergrabende Weise behelfen, war dieser Ausweg für die unmittelbar unter staatlicher Kontrolle stehenden Betriebe nicht gangbar, so daß sich in ihren Kassen in bedenklichem Umfange Defizite zeigten. Auf der anderen Seite waren die Lebensmittelrationen und die sonstigen Bedarfsgegenstände, die die Arbeiter zu niedrigen offiziellen Preisen erhielten, so gering, daß damit ihr Existenzminimum nicht gesichert werden konnte. Die Arbeiterschaft begründete daher Lohnforderungen damit, daß jeder auch noch so bescheiden geführte Haushalt unentbehrliche zusätzliche Ausgaben für Nahrungsmittel oder Dienst-

leistungen machen müsse, die nur zu Überpreisen erhältlich wären.

Die Auswirkungen dieses verhängnisvollen Zirkels lassen sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens verfolgen. Der Ablieferungswille der Landwirtschaft sowie die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ging zurück und die realen Kontrollen der Wirtschaft konnten nicht mehr funktionieren, da die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zum Teil offensichtlich unmöglich war. Ebenso wie der Normalverbraucher mit einem Kaloriensatz zwischen 800 bis 1500 Kalorien seit der Befreiung sein physiologisches Existenzminimum nicht decken konnte, war es für viele Kleingewerbetreibende, deren geplünderte Warenbestände infolge der darniederliegenden Produktion nicht wieder aufgefüllt werden konnten, angesichts der geringfügigen Umsätze unmöglich, ihre Waren zu offiziellen Preisen zu verkaufen, weil die Erlöse nicht einmal zur Deckung ihrer Regien ausgereicht hätten. Als logische Folge zeigte sich in zunehmendem Maß das Bestreben, die tatsächlichen wirtschaftlichen Vorgänge zu verschleiern und unter Durchbrechung der wirtschaftspolitischen Anordnungen und Maßnahmen einen Ausweg zu suchen, teils durch „indirekten Export“ zu überhöhten Preisen an die Besatzungsmächte, teils durch Kauf oder Verkauf im Schleichhandel oder durch Schwarzarbeit. Damit ergab sich auch für die Wirtschaftsführung eine schwerwiegende und vor allem moralisch bedenkliche Konsequenz, da sie früher oder später stillschweigend die Umgehung ihrer Gesetze anerkennen mußte.

Lebenshaltungskosten

Repräsentative Berechnungen über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die einen unmittelbaren Vergleich mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit gestatten würden, waren für das Jahr 1946 nicht möglich, da die Voraussetzungen für eine eindeutige Berechnung von Lebenshaltungskostenindizes nicht gegeben waren. Die freie Konsumwahl war durch ein Rationierungssystem ersetzt, Art und Größe des Konsums der Verbraucher war gegenüber der Vorkriegszeit stark verändert und durch das Nebeneinander verschiedener Märkte mit stark differenzierten Preisen war selbst eine eindeutige Preisbestimmung für die einzelnen Verbrauchsmengen unmöglich. Um wenigstens ein einigermaßen zutreffendes Bild über die zeitliche Entwicklungstendenz der für den Konsumenten bedeutungsvollen Preise zu gewinnen, wurde vom ÖIfW eine Reihe verschiedener Berechnungen ange stellt, die zwar auf Annahmen beruhen, die im ein-

¹⁾ Index der Einzelhandelsumsätze des ÖIfW auf Grund der monatlichen Umsätze von repräsentativen Wiener Firmen.

zelen von der Wirklichkeit abweichen, aber doch wertvolle Einsichten vermitteln, solange man sich des beschränkten Erkenntniswertes der Berechnungen bewußt ist.

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema in Wien, in dem die für den friedensmäßigen Konsum typischen Güter zu den offiziellen Preisen zu einem Preisindex zusammengefaßt sind, zeigt vom April 1945 bis Dezember 1946 eine Steigerung von 128·0 (April 1938 = 100) auf 183·7. Die relativ geringe Steigerung gegenüber dem Jahre 1938 ist darauf zurückzuführen, daß der Wohnungsaufwand unverändert geblieben ist und einige Aufwandsgruppen, wie die Aufwendungen für Verkehrsmittel sowie für Beheizung und Beleuchtung, nur geringfügig gestiegen sind. Demgegenüber haben sich die Preise für Bekleidungs- und Haushaltungsgegenstände seit 1938 auf das Dreifache bzw. Zweieinhalbfache erhöht.

Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema

(April 1938 = 100)

Bedarfsgruppen	April 1945	April 1946	Dezember 1946
Nahrungs- und Genußmittel	127·1	143·1	188·6
Wohnung	100·0	100·0	100·0
Beheizung und Beleuchtung	91·2	102·5	123·5
Bekleidung	202·2	218·4	294·1
Haushaltsgegenstände	105·6	199·2	252·6
Reinigung und Körperpflege	130·6	147·9	175·6
Bildung und Unterhaltung	150·6	206·7	206·7
Verkehrsmittel	98·7	98·7	117·5
Insgesamt	128·0	145·2	183·7

Dieser Index beruht nur auf einer fiktiven Lebenshaltung und besagt: Wenn die für den friedensmäßigen Verbrauch typischen Warenmengen zu den offiziellen Preisen unbeschränkt erhältlich gewesen wären, hätten die Konsumenten im Dezember 1946 um 83·7%¹ mehr als im Jahre 1938 ausgeben müssen, um die gleiche Güterkombination wie im Jahre 1938 zu kaufen. Vergleicht man damit die Erhöhung der Löhne in Wien, die bis Ende 1946 gegenüber der Vorkriegszeit im Durchschnitt um rund 100% gestiegen sind, so zeigt sich, daß das durchschnittliche Nominaleinkommen eines Arbeiters ausgereicht hätte, um mehr zu konsumieren als vor dem Krieg, wenn sämtliche Waren zu den offiziellen Preisen unbeschränkt erhältlich gewesen wären. Tatsächlich waren jedoch gerade die wichtigsten Bedarfsgegenstände entweder überhaupt nicht oder nur in völlig unzureichenden rationierten

Mengen zu offiziellen Preisen zu kaufen und der tatsächliche Lebensstandard des Arbeiters war derart tief, daß er sich und seine Familie nicht einmal ausreichend ernähren konnte. Der Lebenshaltungskostenindex auf Grund eines Normalverbrauchsschemas gibt daher lediglich Aufschluß über die zeitliche Entwicklungstendenz der offiziellen Preise bestimmter, für die Lebenshaltung wichtiger Warengruppen.

Neben den rationierten, zu offiziell genehmigten Preisen erhältlichen Waren wurden im Jahre 1946 im legalen Handel bereits Waren angeboten, die vielfach als Ersatz für wichtige Bedarfsgegenstände eine bedeutende Rolle spielten. Die Preise für diese Güter sind jedoch weitaus stärker gestiegen als die Preise für rationierte Waren.

Kleinhandelspreise nicht rationierter Konsumwaren in Wien¹⁾

Warengattung	Stopppreis	Herbst 1946	Frühjahr 1947
		Ø 1938 = 100	
Diverser Hausrat	103	331	340
Kosmetik, Hygiene	65	386	296
Nahrungszusatzzeugnisse	88	386	477
Schreibwaren	87	616	525
Rauchrequisiten	100	1160	715
Lederwaren	90	585	400
Spielwaren	100	525	388

¹⁾ Auf Grund einer Stichprobe des ÖIFW in einschlägigen Wiener Fachgeschäften. Die Einzelpreise wurden entsprechend der Bedeutung der einzelnen Waren für den Konsum gewichtet.

Die Preisentwicklung dieser Waren wurde, obwohl es sich keineswegs um Schleichhandelspreise handelt, dennoch weitgehend von Angebot und Nachfrage bestimmt. Die vermehrte Produktion und die im Laufe des Jahres 1946 durch das Aufzehren der Sparguthaben verminderte Kaufkraft der Konsumenten lösten bei diesen Warengruppen im Gegensatz zu der Masse der offiziellen Preise eine sinkende Preisentwicklung aus.

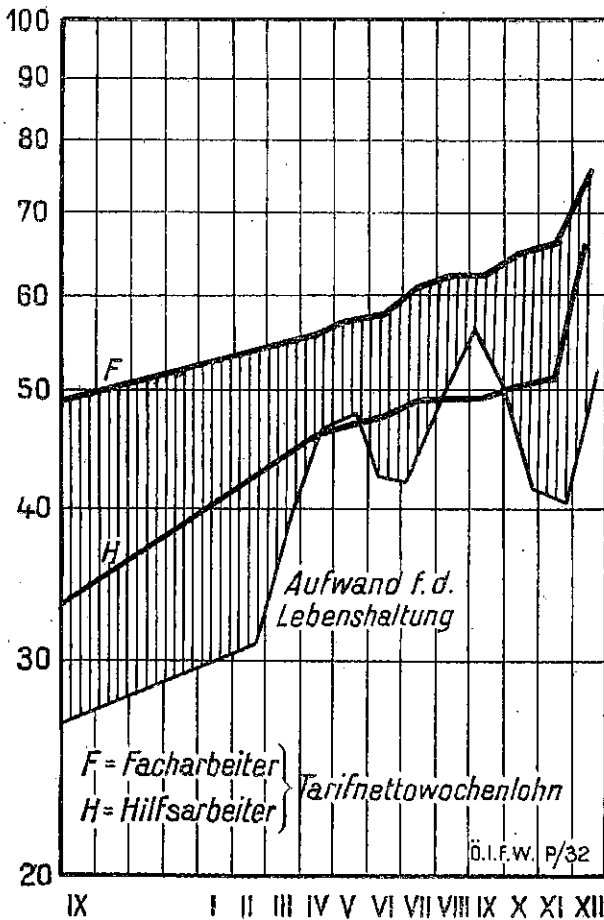
Die tatsächlichen Aufwendungen für die meisten Bedarfsgegenstände waren durch die Rationierung weitgehend starr festgelegt, so daß aus dem Vergleich zwischen dem Aufwand für die rationierten Lebensmittel und für die sonstigen Zuteilungen mit den Nettolöhnen Anhaltspunkte gewonnen werden können, welcher Betrag einem durchschnittlichen Arbeiterhaushalt nach Abzug dieser Aufwendungen übrig blieb, um sonstige notwendige, aber nicht rationierte Bedarfsgegenstände oder zusätzliche Lebensmittel auf dem schwarzen Markt

kaufen zu können. Auf Grund der Ausgaben für rationierte Lebensmittel sowie für die sonstigen Zuteilungen an Bedarfsgegenständen, die durch die Aufwendungen für Wohnungsmiete, Verkehrsmittel, Reinigung und Unterhaltung ergänzt wurden, berechnete das ÖIfW Mindestaufwendungen für die Lebenshaltung.

Im allgemeinen waren die Nettoverdienste der verschiedenen Arbeiterkategorien mehr als ausreichend, diese Minimalaufwände zu bestreiten. Nur in einigen Kartenperioden, in denen verhältnismäßig teure Lebensmittel aufgerufen wurden, überstiegen selbst diese für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern berechneten Minimalaufwände, in denen keine Ausgaben für Bekleidung, Hausrat, Wohnungsinstandhaltung und sonstige kleinere Bedürfnisse des täglichen Lebens enthalten sind, die Nettoverdienste zahlreicher Hilfsarbeiter und sogar einiger Facharbeitergruppen (siehe Abb. 1).

Abb. 1. Entwicklung des Mindestaufwandes für die Lebenshaltung bei einer Arbeiterfamilie mit zwei Kindern und der Nettowochenlöhne in Wien von September 1945 bis Dezember 1946 in Schilling

(Logarithmischer Maßstab)



Ernährung

Österreich zählte im Jahre 1946 zu den Ländern mit dem tiefsten Ernährungsstandard. Die durch die Kriegseinwirkungen stark beeinträchtigte Ernte 1945 und der verminderte Viehbestand haben die heimische Ernährungsbasis wesentlich geschmälert. Eine ausreichende Einfuhr von Lebensmitteln auf kommerzieller Basis war infolge der äußerst angespannten Welternährungslage und der Schwierigkeiten im österreichischen Außenhandel unmöglich. Österreich war daher in der Ernährung hauptsächlich von den Lieferungen der Besatzungsmächte und seit April 1946 von der UNRRA abhängig. Obwohl die von der UNRRA und den Besatzungsmächten Österreich zur Verfügung gestellten Lebensmittel über 90% der Lebensmitteleinfuhren im Jahre 1937 erreichten, deckten die offiziell zugeteilten Lebensmittelrationen bei weitem nicht das physiologische Existenzminimum der Nichtselbstversorger. Die Kalorienzuteilungen für Normalverbraucher betragen in 8¾ von 13 Zuteilungsperioden 1220 Kalorien (50% des physiologischen Bedarfes) und nur am Anfang und am Ende des Jahres wurde die 1550-Kalorien-Basis erreicht (65% des physiologischen Bedarfes). Im gewogenen Jahresdurchschnitt wurden rund 1770 Kalorien je Tag und Nichtselbstversorger ausgegeben. Zur Erfüllung dieser kargen Rationen waren Lebensmittel mit einem Kalorienwert von insgesamt rund 3 Billionen Kalorien notwendig; 60% dieses Kalorienbedarfes wurden durch die UNRRA und die Lieferungen der Besatzungsmächte, 39% aus der eigenen Aufbringung und nur 1% durch die kommerzielle Einfuhr gedeckt.

Deckung des Kalorienbedarfes der Nichtselbstversorger

	Kalorien pro Tag	%
UNRRA und Besatzungsmächte	1.062	60
Eigenaufbringung	690	39
Kommerzielle Einfuhr	18	1
	<hr/> 1.770	<hr/> 100

Selbst diese niedrigen Rationen konnten oft nur unter den größten Schwierigkeiten aufgebracht werden und es ist im Laufe des Jahres 1946 nicht gelungen, auch nur einen bescheidenen Ernährungsvorrat für vier Wochen anzulegen, der eine planmäßige Ausgabe von Lebensmitteln ermöglicht hätte. Gegenüber den vorliegenden unzureichenden Rationen der Nichtselbstversorger waren die etwa 27% der Bevölkerung umfassenden Selbstversorger, die ihren Ernährungsbedarf in annähernd friedensmäßigem Umfange aus der eigenen Erzeugung

decken konnten, in einer ungleich besseren Lage. Die Tatsache, daß nach der schwierigen Ernährungslage im Jahre 1945 (in Wien wurden lange Zeit nur 800 Kalorien pro Tag für den Normalverbraucher ausgegeben) auch die im Jahre 1946 ausgegebenen Rationen nicht ausreichten, um auf die Dauer einen Menschen am Leben zu erhalten und trotzdem eine Hungersnot vermieden werden konnte, lassen den Schluß zu, daß es nahezu sämtlichen Bevölkerungsschichten gelungen ist, über die Rationen hinaus, sich zusätzlich Nahrungsmittel zu verschaffen. Die hauptsächlichsten Quellen für die zusätzliche Versorgung der Bevölkerung der Städte mit Nahrungsmitteln waren vor allem: die internationalen Hilfsaktionen und Liebespaketsendungen aus dem Ausland, Hamsterfahrten auf das Land, Tauschgeschäfte, Schwarzarbeit gegen Lebensmittel und schließlich der schwarze Markt. Die quantitative Bedeutung der zusätzlichen Versorgungsmöglichkeiten läßt sich jedoch nur schwer abschätzen. Die Sterblichkeit und Geburtenziffern in Wien nähern sich zwar wieder ihrer friedensmäßigen Höhe, Gewichtskontrollen zeigen jedoch, daß insbesondere ein großer Prozentsatz der Kinder und der alten Leute stark unterernährt ist¹⁾.

Geburten und Sterblichkeit

	je 1000 Einwohner		1946 in %
	1937	1946	von 1937
Geburten (Lebendgeborene)	12·8	15·2	118·8
Sterblichkeit (ohne Totgeb.)	13·4	14·2 ¹⁾	106·0
Auf 1.000 Lebendgeburten			
Kindersterblichkeit			
(unter 1 Jahr)	91·9	77·0	83·8

¹⁾ Ohne Militärsterblichkeit.

Gewisse Anhaltspunkte über die Ernährungslage bietet ferner der Unterschied zwischen den Preisen des schwarzen Marktes und den offiziellen Preisen. Trotz einer starken Ermäßigung der Preise des schwarzen Marktes im Laufe des Jahres ist der Unterschied noch immer weitaus größer als in allen übrigen Ländern Europas, mit Ausnahme Deutschlands. Andererseits ist bemerkenswert, daß trotz des Mangels an Nahrungsmitteln die sozialen Widerstände gegen einen Berufswechsel so groß waren, daß in der Landwirtschaft ein Bedarf von 50.000 bis 70.000 Arbeitskräften nicht gedeckt werden konnte. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß es auch den unteren Bevölkerungsschichten, allerdings vielfach nur durch Aufzehren der letzten

Spargroschen und Hingabe von dringend benötigten Bekleidungsgegenständen und von Hausrat, gelungen ist, über die Rationen hinaus soviel Lebensmittel zu konsumieren, daß sie zumindest ihre nackte Existenz fristen konnten. Die Menge und Zusammensetzung der Ernährung reichte jedoch zweifellos bei vielen Bevölkerungsschichten nicht aus, um dauernd ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft zu erhalten.

Die zusätzlichen Versorgungsmöglichkeiten bzw. die Nachfrage waren regional sehr verschieden, wie auch aus den unterschiedlichen Preisen des schwarzen Marktes in den einzelnen Bundesländern hervorgeht.

Preise auf dem schwarzen Markt in den Bundesländern

(November 1946; Preise in Wien = 100)

Bundesländer	Mehl (weiß)	Rindfleisch	Butter	Eier
Burgenland . . .	93·3	60·0	140·0	37·5
Oberösterreich . .	76·7	46·0	25·7	31·3
Salzburg	110·0	46·0	51·4	50·0
Steiermark	76·7	40·0	42·9	43·8
Kärnten	83·3	60·0	37·1	37·5
Tirol	93·3	66·0	74·3	75·0
Vorarlberg	66·7	46·0	51·4	37·5

Die Preisunterschiede auf dem schwarzen Markt spiegeln vor allem die unterschiedliche Ernährungslage in den einzelnen Bundesländern wider. Die Preisrelationen werden jedoch auch durch die unterschiedliche Zusammensetzung der offiziellen Rationen in den einzelnen Bundesländern beeinflusst.

Auch zwischen einzelnen Bevölkerungsschichten der Nichtselbstversorger war der Ernährungsstandard sehr verschieden, wobei nicht immer die Unterschiede der Geldeinkommen maßgebend waren. Vor allem zeigen die stark differenzierten Preise des schwarzen Marktes für verschiedene Lebensmittel, daß die kaufkräftigsten Schichten bereits annähernd ihren normalen Ernährungsstandard erreicht haben dürften und ihre Nachfrage in erster Linie auf höherwertige und schmackhaftere Nahrungsmittel erstrecken.

Preis je 1000 Kalorien in S auf dem schwarzen Markt in Wien

	1946	
	Jänner	Dezember
Brot, schwarz	14·33	5·73
Mehl, weiß	17·82	10·23
Schmalz	79·46	20·72
Öl	51·08	19·86
Rindfleisch	62·50	25·63
Zucker	56·25	30·00

¹⁾ Siehe hiezu Monatsberichte Nr. 10—12, 1946, Seiten 205/207.

Konsumententwicklung und Verbrauchszusammensetzung

Die Versorgung der Bevölkerung mit industriellen und gewerblichen Erzeugnissen besserte sich im Laufe des Jahres mit dem Anlaufen der Gewerbe- und Industrieproduktion. Die steuerlich erfaßten Wertumsätze stiegen im Jahre 1946 um 95% und die Einzelhandelsumsätze in Wien um 100%. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen im Jahre 1946 erhöhten sich allerdings die Umsätze nur um rund 50 bis 60%. Trotzdem war jedoch das Angebot, vor allem an unentbehrlichen gewerblichen Erzeugnissen, wie Bekleidung, Schuhen und Hausrat, äußerst ungenügend und vermochte nur einen verschwindend kleinen Teil des während des Krieges aufgestauten Bedarfes zu decken.

Charakteristisch für die gegenwärtige Mangel-lage ist eine starke *Verschiebung in der Zusammensetzung des Konsums* gegenüber der Kriegs- und Vorkriegszeit. Solange das kriegswirtschaftliche Bewirtschaftungssystem und die Preiskontrolle befriedigend funktionierten und die Bevölkerung die zwar knappen, aber im ganzen doch auskömmlich rationierten Nahrungsmittel und lebensnotwendigsten Bedarfsgüter zu gestoppten Preisen erhielt, und solange außerdem der Handel auf dem schwarzen Markt mit schweren Strafen bedroht war, wurden die den Einkommensbezieher verbleibenden Kaufkraftüberschüsse entweder für die Besorgung von minder wichtigen Gütern und Dienstleistungen bzw. für die Befriedigung von Luxusbedürfnissen verwendet oder mangels anderer Verwertungsmöglichkeiten mehr oder minder freiwillig auf Sparkonten gelegt. Nach Beendigung des Krieges setzte anfangs nur zögernd und später in stärkerem Ausmaß eine entgegengesetzte Entwicklung ein. Die absolute Unterversorgung mit den lebensnotwendigsten Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern auf dem legalen Markte in Verbindung mit einer weitgehenden Lockerung der Bewirtschaftung und Preiskontrolle sowie der während des Krieges gepflegten Spardisziplin begünstigten das Aufkommen eines mit einem nur geringen Risiko belasteten schwarzen Marktes. Während die Menschen noch während des Krieges nur einen Bruchteil ihrer Einkommen für die Besorgung von Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Bedarfsgütern verwendeten, stiegen nunmehr die Ausgaben für die unmittelbar lebensnotwendigsten Güter unverhältnismäßig an und nahmen — trotz geringer Bezugsmöglichkeiten — einen immer größeren Raum im Haushaltsbudget der unteren und mittleren Einkommensbezieher ein. Damit vollzog sich nicht nur gegenüber der Kriegszeit, sondern auch gegenüber

der Vorkriegszeit eine starke Verschiebung der Einkommensverwendung. Die Lebensnot zwang breite Schichten der Bevölkerung, den minder wichtigen Konsum stärker einzuschränken und innerhalb des lebensnotwendigen Verbrauches sich möglichst den billigeren und schlechteren Qualitäten zuzuwenden.

Dieser Prozeß der immer stärkeren Hinwendung der Einkommen zu den lebensnotwendigsten Gütern ist in Fluß und wird vorläufig noch durch die derzeitige Preispolitik behindert, die vielfach gerade den lebenswichtigsten Produktionen noch keine kostendeckenden Preise zugesteht. Dadurch ist es möglich, daß minder wichtige Produktionen und sogar Luxusfertigungen einen unverhältnismäßig großen Anteil am Sozialprodukt haben.

Diese Entwicklung läßt sich mehr an Hand verschiedener charakteristischer Symptome verfolgen, als durch konkrete statistische Unterlagen nachweisen. Immerhin gewährt die Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer über die Aufwendungen typischer Arbeiterfamilien in den Jahren 1935, 1945 und 1946 einige wertvolle Aufschlüsse in dieser Richtung. Leider liegen die Ergebnisse nur für das letzte Quartal 1945 und für das erste Quartal 1946 vor.

Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer

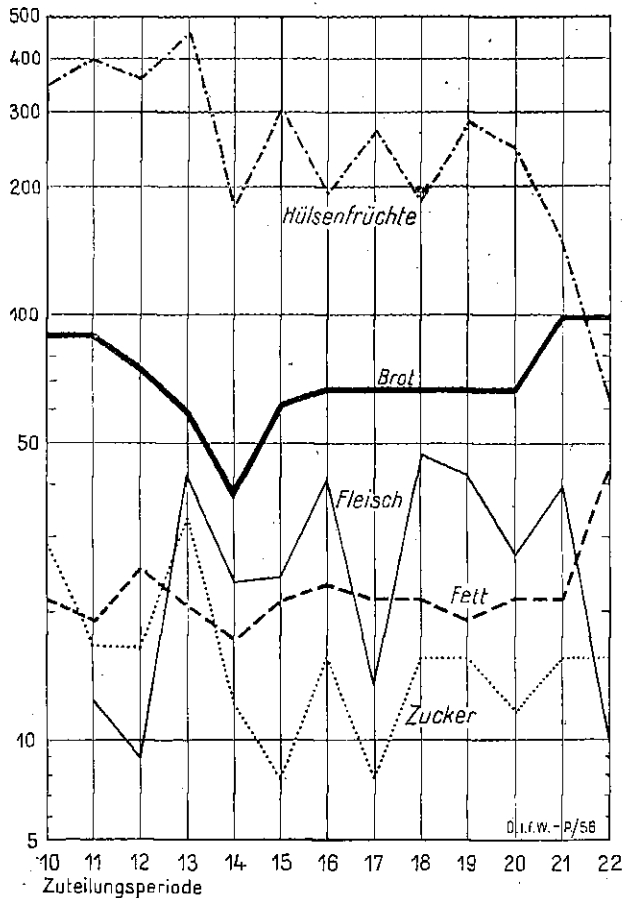
Aufwand je Na VE
(Gesamtaufwand = 100)

	Ø 1935	IV. Quartal 1945 ¹⁾	I. Quartal 1946 ¹⁾
Nahrungsmittel:	40·72	40·25	46·38
a) auf Grund der Zuteilungen		12·85	12·45
b) Kauf auf dem schwarzen Markt	40·72	15·02	22·74
c) Tausch		12·38	11·19
Genußmittel	8·14	11·77	9·38
Wohnungszins, Instandhaltung	8·47	7·43	8·84
Unterhaltung	2·61	10·99	3·79
Bekleidung	8·14	4·95	4·69
Beheizung, Beleuchtung	5·21	3·56	4·33
Verkehr	2·28	2·17	2·71
Übrige Ausgaben	24·43	18·88	19·88
Insgesamt	100·00	100·00	100·00

¹⁾ Gesamtaufwand einschließlich der Käufe auf dem schwarzen Markt und Tauschgeschäfte.

In der Zusammensetzung des rationierten Nahrungsmittelkonsums zeigte sich eine starke Verschiebung zugunsten der billigen Nahrungsmittel wie Brot und Kartoffeln, die allerdings nicht durch

Abb. 2. Nahrungsmittelverbrauch eines Normalverbraucher in Wien im Jahre 1946
(Logarithmischer Maßstab; Ø-Verbrauch einer Vollperson 1935 = 100)



die freie Konsumwahl der Konsumenten, sondern durch die eigenen Erzeugungsmöglichkeiten, durch Zufälligkeiten in der Anlieferung sowie aus dem Bestreben, mit den verfügbaren UNRRA-Beträgen möglichst viel Kalorien zu importieren, hervorgerufen wurde.

Verbrauch wichtigster Nahrungsmittel in Wien

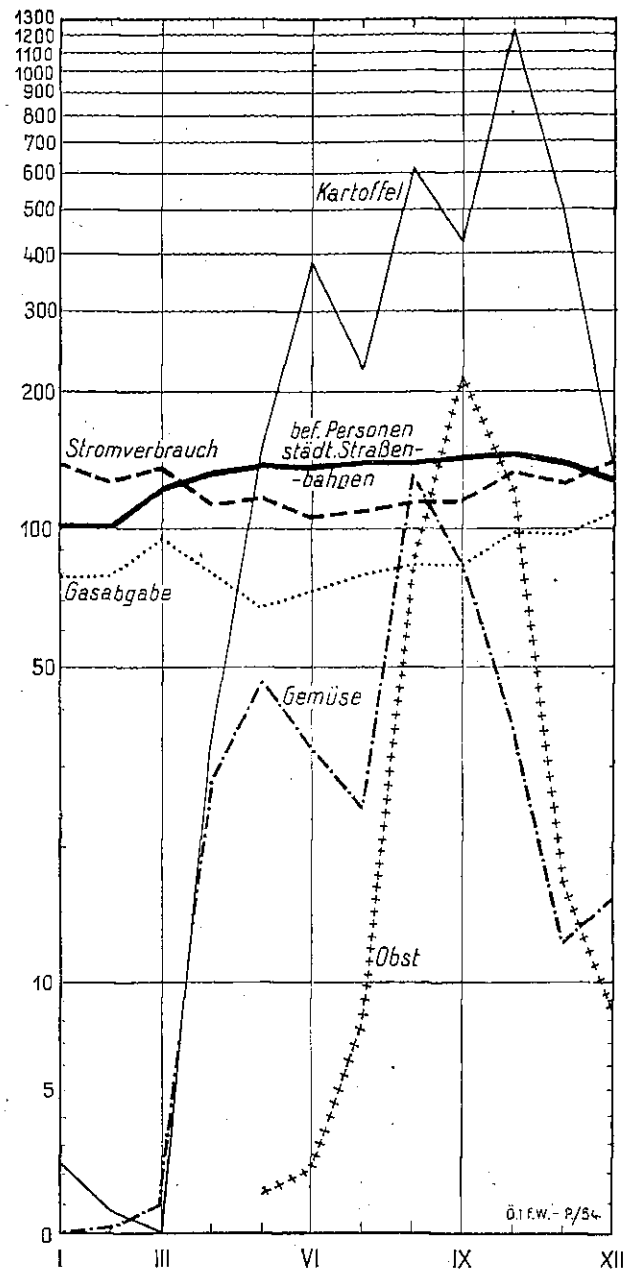
a) Offizielle Zuteilungen
(Vierwochenverbrauch)

	Ø 1937 ¹⁾ Verbrauch in kg je Vollperson	Ø 1946 Normal- verbraucher	1946 in % von 1937 ¹⁾
Brot ²⁾	12·54	9·10	72·6
Fett ³⁾	1·30	0·297	22·8
Fleisch ⁴⁾	2·80	0·71	25·4
Hülsenfrüchte ⁵⁾	0·24	0·633	263·8
Zucker	1·80	0·295	16·4

b) Zufuhren
(Jahressummen)

	1937 in q	1946 in q	1946 in % von 1937
Kartoffeln	591.232	1.805.060	305·3
Obst	681.328	258.837	38·0
Gemüse	1.418.790	484.894	34·2

Abb. 3. Umsätze in Wien im Jahre 1946
(Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



¹⁾ Eine Vollperson im Jahre 1937 entspricht nicht ganz einem Normalverbraucher im Jahr 1946; es dürften daher nicht die Verbrauchsveränderungen einer einzelnen Warenart gegenüber 1937, sondern nur die relativen Verbrauchsveränderungen zwischen verschiedenen Warenarten verglichen werden.

²⁾ Mehl, Keks oder Teigwaren auf Brot umgerechnet.

³⁾ Speck, Butter, Margarine, umgerechnet auf Reinfett (Schmalz und Öl sind Reinfett).

⁴⁾ Fleisch und Wurstwaren sowie Trockenfleisch, umgerechnet auf Frischfleisch.

⁵⁾ Einschließlich Suppenpulver (Erbsen- oder Bohnenmehl).

Die Verbrauchsverschiebung zugunsten des Brot- und Kartoffelkonsums würde noch deutlicher hervortreten, wenn die zusätzlichen Versorgungsmöglichkeiten erfaßt werden könnten.

Landwirtschaft

Im Jahre 1937 konnte Österreich seinen Nahrungsmittelbedarf bei einem friedensmäßigen Ernährungsstandard zu 75% aus der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung decken. Schon während des Krieges ist jedoch die landwirtschaftliche Produktion stark zurückgegangen und im Jahre 1946 wurden nur etwa 50% des Nahrungsmittelverbrauchs der österreichischen Bevölkerung und 18% des Verbrauchs der Nichtselbstversorger durch die heimische landwirtschaftliche Produktion gedeckt.

Ernteergebnisse

Die Ernte des Jahres 1946 betrug nach der offiziellen Erntestatistik — berechnet zu den Preisen des Jahres 1937 — bei Getreide 47% und bei Hackfrüchten nur 42% der Ernte des Jahres 1937.

Ernteergebnisse wichtiger Feldfrüchte¹⁾ 2)

Fruchtart	1937		1946	
	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in 1000 q	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in 1000 q
Weizen	250·5	4.003·3	200·3	2.275·3
Roggen	358·2	4.766·8	228·9	2.444·4
Hafer	287·3	4.748·1	198·6	1.881·3
Gerste	167·1	2.881·4	114·9	1.124·0
Mais	69·9	2.063·4	52·1	853·5
Kartoffeln	215·6	36.117·5	156·1	15.328·3
Zuckerrüben	40·4	10.075·6	16·1	2.249·7

¹⁾ Nach der offiziellen Erntestatistik.

²⁾ Ein detaillierter Vergleich der Veränderung der Anbauflächen, der Ernte- und Hektarerträge der wichtigsten Feldfrüchte in Österreich im Durchschnitt der Jahre 1930/36 sowie in den Jahren 1944 und 1946 wurde bereits im Monatsbericht Nr. 7—9/1946, S. 143, angestellt.

Besonders nachteilig für die Versorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Brotgetreide wirkt sich der Umstand aus, daß gerade die Hauptanbauggebiete für Getreide im östlichen Österreich, die praktisch allein als Überschußgebiete für die Versorgung der städtischen Bevölkerung in Frage kommen, während die Ernten in den Alpengebieten vorwiegend nur den Bedarf der Selbstversorger decken, besonders unter den Kriegseinwirkungen gelitten haben und die größten Ernterückgänge aufweisen. So hat sich die Getreideernte einschließlich der Kartoffelernte mengenmäßig (bewertet zu den Preisen des Jahres 1937) in Ostösterreich (Wien, Niederösterreich und Burgenland)

um 57·2%, im übrigen Österreich dagegen nur um 51% vermindert.

Die *Anbauflächen* sind seit dem Jahre 1937 bei Brotgetreide um 29% und bei Hackfrüchten um 31% gesunken. Gegenüber dem starken Rückgang der Anbauflächen bei Feldfrüchten, die direkt der menschlichen Ernährung dienen, haben sich die Anbauflächen für typische Futtermittel (Futterrüben und Feldfutter) um 9% gegenüber der Vorkriegszeit vermehrt, doch war die Futtermittelernte infolge der anhaltenden Trockenheit äußerst schlecht. Stärker stieg die Anbaufläche (um 337%) ferner bei Raps- und Rüben als Folge der Anbaupolitik während des Krieges. Die Verringerung der gesamten Ackerfläche um 18% ist teilweise darauf zurückzuführen, daß der Landwirtschaft während des Krieges bedeutende Bodenflächen oft bester Qualität für rein militärische Zwecke (Flugplätze, Truppenübungsplätze, Schutzwallbauten sowie zur Errichtung von Industrieanlagen) entzogen wurden, und teilweise darauf, daß besonders aus Mangel an Arbeitskräften zu extensiver Wirtschaft (Vergrößerung der Grünlandflächen) übergegangen wurde.

Neben dem Rückgang der Anbauflächen wirkte sich das starke *Absinken der Hektarerträge* ungünstig auf die Ernteergebnisse aus. Die Hektarerträge sind gegenüber 1937 bei Brotgetreide von 14·4 auf 11·0, bei Kartoffeln von 167·6 auf 98·2 und bei Zuckerrüben sogar von 249·6 auf 139·8 zurückgegangen. Die Ursachen hierfür sind mannigfacher Art. Während des Krieges wurde durch ungenügende Düngung Raubbau am Boden betrieben. Der Mangel an Kunstdünger machte sich umso stärker bemerkbar, als auch die Erzeugung von Naturdünger durch den verminderten Viehbestand zurückgegangen ist, für eine intensive Bodenbearbeitung vielfach die notwendigen Arbeitskräfte und sachlichen Betriebsmittel fehlten. Teilweise mußte beim Anbau auch minderwertiges Saatgut verwendet werden. Gegenüber den schlechten Ernteergebnissen im Feldfruchtanbau wurde im Obstbau eine gute Durchschnittsernte und im Weinbau, begünstigt durch das bis in den Herbst andauernde hochsommerliche Wetter, sogar eine Spitzenernte erzielt.

Weinernernte.

	1936	1946	in % v. 1936
Im Ertrag stehende Rebfläche in 1000 ha	30·7	33·8	106·8
Gesamte Weinernte in 1000 hl	983·5	1.265·8	128·7
Weinernernte je ha ertragsfähige Fläche in hl	32·0	38·7	120·9

Viehbestand und Produktion tierischer Erzeugnisse

Der *Viehbestand*, der durch die Kriegsereignisse vor allem in den Ostgebieten vermindert wurde, hat sich im Laufe des Jahres 1946 bei fast allen Arten erhöht und betrug Ende 1946 in Großvieheinheiten gerechnet 84,5 % des Jahres 1938.

Viehart	Viehbestand		
	1938	1945 in 1000 Stück	1946
Pferde	246,6	263,6	274,4
Rinder	2.578,8	2.186,9	2.206,0
Schweine	2.868,1	1.030,0	1.490,4
Ziegen u. Schafe	664,3	638,6	670,7

Am stärksten hat sich, infolge der Schnellwüchsigkeit und großen Fruchtbarkeit, der Schweinebestand erhöht. Trotz der Vermehrung um 460.000 Stück gegenüber dem Jahre 1945 ist der Schweinebestand aber noch immer nur halb so hoch wie im Jahre 1938.

Die Vergrößerung des Viehbestandes ist vor allem deshalb auffallend, weil im Jahre 1946 eine außerordentliche Futterknappheit herrschte, die eine ausreichende Fütterung unmöglich machte. Die Heuernte war infolge der langen Trockenheit des Sommers sehr gering und die Einfuhr von Futtermitteln betrug im Jahre 1946 (einschließlich der UNRRA-Lieferungen), berechnet zu den Einfuhrdurchschnittspreisen 1937, nur 0,9 Mill. S gegenüber 31 Mill. S im Jahre 1937.

Die Marktproduktion an tierischen Nahrungsmitteln hat sich durch die qualitätsmäßige Verschlechterung des Viehbestandes bedeutend stärker vermindert als der Viehbestand selbst. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß durch eine Verschlechterung der Produktion die Marktleistung überproportional zurückgeht, weil der Eigenbedarf der Selbstversorger vorweg gedeckt wird und nur die verbleibenden Überschüsse dem Markt zugeführt werden. Für die Zahl der Schlachtungen ist nur ein Vergleich mit der Kriegszeit möglich, da vor dem Krieg die privaten Schlachtungen nicht erfaßt wurden.

Anteil der Schlachtungen am Viehbestand

Viehart	1939/1940 ¹⁾	1945/1946 ¹⁾
Rinder (einschl. Kälber)	39,5	29,5
Schweine	38,1	65,2
Pferde	10,7	4,5
Schafe	17,7	12,2

¹⁾ Viehbestand Anfang Dezember, Schlachtungen Summe Jänner bis Dezember.

Die Zahl der *Schlachtungen* im Vergleich zum Viehbestand ist bei sämtlichen Vieharten, mit Aus-

nahme der Schweine, zurückgegangen. Die auffällige Steigerung bei den Schweinen ist darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1940 hauptsächlich Fettschweine mit einer längeren Mastzeit und im Jahre 1946 vorwiegend Fleischschweine geschlachtet wurden.

Von größerer Bedeutung als der Rückgang der Zahl der Schlachtungen ist jedoch, daß die Schlachtgewichte der Tiere und damit die Fleischproduktion stark zurückgegangen ist. Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Schlachtgewichte (nach Angaben des Viehwirtschaftsverbandes) betrug die Fleischproduktion im Jahre 1946 nur 104.800 t.

Fleischproduktion im Jahre 1946

Schlachtungen	Viehart	Schlachtgewicht (Fleisch) in kg je St.	Fleischaufl. t
253.002	Rinder	178	45.034
392.133	Kälber	30	11.764
672.007	Schweine	70	47.040
47.751	Schafe	20	955
Insgesamt			104.793

Demgegenüber wurden im Jahre 1937 rund 257.800 t, also um 146 % mehr Fleisch im Inland produziert.

Ebenso ist die *Milchproduktion* stark gesunken. Der Bestand an Milchkühen hat gegenüber 1937 um rund 90.700 Stück oder um 7,5 % abgenommen. Die jährliche Milchproduktion je Kuh wurde im Jahre 1946 auf nur 1.270 l geschätzt, gegenüber 2.100 l im Jahre 1937. Die Milchproduktion hat sich demnach um 44 % vermindert.

Hauptprobleme der Landwirtschaft

Die vorkriegsmäßige Produktivität der Landwirtschaft kann infolge der unmittelbaren Kriegsschäden und der Substanzeinbußen während der Kriegsjahre (die Kriegsschäden durch direkte Feindeinwirkungen werden allein auf 2½ Mrd. S geschätzt) nicht innerhalb kurzer Zeit wieder hergestellt werden. Nach dem ersten Weltkrieg dauerte es fünf Jahre, bis in der Landwirtschaft wieder friedensmäßige Erträge erreicht werden konnten. Eine relativ rasche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hängt davon ab, daß der Landwirtschaft ausreichend Arbeitskräfte und sachliche Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Ein bedeutender Teil der Kriegsverluste an Menschen entfällt auf die Landwirtschaft und der *Mangel an geschulten Arbeitskräften* wirkte sich auch auf die Ernteerträge ungünstig aus. Abgesehen von einem Mangel an geschulten Saisonarbeitern besteht ein ungedeckter Bedarf von 50.000 bis

70.000 landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Die Zahl der krankenversicherten landwirtschaftlichen Arbeiter ist zwar bereits annähernd so groß wie vor dem Kriege, reicht aber nicht aus, um den Ausfall an selbständigen Landwirten und mithelfenden Familienmitgliedern auszugleichen. Da der Landwirtschaft vielfach nur mangelhaft geschulte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, so sind die Leistungen der Landarbeiter auch im Durchschnitt stark zurückgegangen.

Trotz der Kriegsschäden war die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen im Jahre 1946 zum Teil erheblich größer als vor dem Kriege. Vergleichbare Ziffern über den Landmaschinenbestand gegenüber der Vorkriegszeit liegen jedoch nur für einige wenige Maschinengattungen vor.

Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen

Maschinengattung	1930 ¹⁾	1939 ²⁾ in Stück	1946 ²⁾
Elektromotoren	50.384	88.051	142.526
Verbrennungsmotoren	19.336	38.892	44.237
Traktoren	753	1.782	7.465
Sämaschinen	26.535	40.724	53.892
Bindemäher	24.866	1.955	8.564
Andere Mähmaschinen		39.547	49.659
Kartoffelerntemaschinen	—	6.193	35.564

¹⁾ Landwirtschaftliche Betriebszählung.

²⁾ Landmaschinenzählung.

Diese Vergleichsziffern lassen zwar keinen Schluß auf die Bestandsveränderungen der übrigen landwirtschaftlichen Maschinen zu; sie zeigen jedoch deutlich die zunehmende *Tendenz zur Mechanisierung der Landwirtschaft*, die insbesondere in den Kriegsjahren durch den Mangel an Arbeitskräften gefördert wurde. Wenn trotzdem ein ungedeckter Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten besteht, so liegt dies daran, daß der Mangel an Arbeitskräften eine stärkere Verwendung von Maschinen erforderlich machte und daß nur ein Teil der Maschinen tatsächlich einsatzbereit war. Es fehlte an Treibstoff, viele notwendige Reparaturen konnten nicht durchgeführt werden und vor allem war die Nachschaffung von Ersatzteilen für Maschinen deutscher Herkunft nicht möglich. Außerdem wirkte sich die ungleichmäßige regionale Verteilung dieser Maschinen produktionshemmend aus. Während in Ostösterreich ein empfindlicher Mangel an Zugvieh und motorischen Betriebsmitteln herrschte, war im Westen ein nicht ausgenützter Überschuß an Zugmitteln vorhanden, da sich in diesen Gebieten sowohl der Pferdebestand als auch der Stand an motorischen Zugmitteln vergrößerte.

Weiters muß berücksichtigt werden, daß schon in den letzten Kriegsjahren eine Nachschaffung von landwirtschaftlichen Geräten mit einer relativ kurzen Lebensdauer nicht möglich war und daher ein großer Nachholungsbedarf besteht, dessen Deckung besonders dringlich ist.

Die österreichische Landmaschinenindustrie konnte im abgelaufenen Jahr infolge mannigfacher Produktionshemmnisse nur einen geringen Teil des laufenden Bedarfes der Landwirtschaft befriedigen.

Andererseits wurden der Landwirtschaft durch die UNRRA größere Mengen an Maschinen und Geräten zur Verfügung gestellt. Vom Gesamtbetrag der Landwirtschaftshilfe der UNRRA von 12 Mill. Dollar entfielen 2,3 Mill. Dollar, das sind 19%, auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräte.

Von besonderer Bedeutung ist die *zukünftige Produktionsausrichtung* der österreichischen Landwirtschaft. Auf lange Sicht wird der gemischtwirtschaftliche Betriebstypus und eine stärkere Intensivierung der Viehzucht und der Veredlungswirtschaft den natürlichen Produktionsgegebenheiten der österreichischen Landwirtschaft am ehesten entsprechen. Für die unmittelbare Zukunft ist aber aus den verschiedensten Gründen, die auch ein rein auf Viehzucht abgestelltes Land wie die Schweiz zu einer Ausdehnung der Ackerflächen auf Kosten der Viehwirtschaft veranlaßt haben, eine Schwergewichtsverlagerung zugunsten der Getreidewirtschaft zu erwägen. Einmal sind die pro Hektar erzeugbaren Nährwerteinheiten bei pflanzlichen Nahrungsmitteln bedeutend höher als bei tierischen Produkten. Unter friedensmäßigen Produktionsverhältnissen lassen sich je Hektar beim Brotgetreideanbau um rund 220% und beim Zuckerrübenanbau sogar um 1200% mehr Kalorien erzeugen als bei der Aufzucht von Schweinen.

Weiters ist zu berücksichtigen, daß sich die relativen Preise für Nahrungsmittel am Weltmarkt stark zugunsten des Getreides verschoben haben, so daß es zunächst verhältnismäßig günstiger ist, möglichst viel Getreide anzubauen und tierische Nahrungsmittel einzuführen als umgekehrt.

Preisrelationen für je eine Tonne Nahrungsmittel im Dezember 1946

	Weltmarkt fob New York (Weizenpreis = 100)	Inland (Großhandelspreise)
Fleisch ¹⁾	850	955
Fett ¹⁾	500	836

¹⁾ Durchschnittspreis.

Andererseits ist zu bedenken, daß die zur Zeit überhöhten Getreidepreise auf dem Weltmarkt vor-

aussichtlich in einigen Jahren wieder rückläufig sein werden. Es könnte daher sein, daß die stärkere Bevorzugung des Getreidebaues sich erst in einem Zeitpunkt auswirken würde, in dem sich die Preisrelationen zwischen pflanzlichen und tierischen Produkten bereits wiederum zugunsten der letzteren verschoben haben werden.

Eine stärkere Intensivierung des österreichischen Getreidebaues in der unmittelbaren Zukunft wird aber nicht allein durch einen Anbauzwang erreicht werden können, sondern muß auch von der Preisseite her gefördert werden. Die *landwirtschaftlichen Erzeugerpreise* haben sich jedoch gegenüber dem Jahre 1937 im allgemeinen zugunsten der tierischen Produkte verschoben.

Erzeugerpreise im Jahre 1946 im Vergleich zum Jahre 1937

(Erzeugerpreis 1937 = 100)

Weizen	129	Milch	185
Gerste	137	Eier	225
Roggen	158	Fleischschweine .	189
Zuckerrüben . . .	255	Schlachtrinder .	186
Kartoffeln	180	Butter	221

Selbst unter Berücksichtigung, daß das Jahr 1937 als Vergleichsbasis nur eingeschränkt geeignet ist, da gerade in diesem Jahr eine Preisschere zuungunsten der tierischen Produkte festzustellen war, sind die Preise der tierischen Produkte im Vergleich zu den Preisrelationen der Vorkriegszeit überhöht. Eine Förderung des Getreidebaues auf Kosten der Viehwirtschaft verlangt jedoch umgekehrt eine verhältnismäßig stärkere Erhöhung der Preise der pflanzlichen Nahrungsmittel gegenüber den Preisen der tierischen Erzeugnisse.

Arbeitslage

Bevölkerung und Arbeitskräftepotential

Durch den Krieg haben sich sowohl die Gesamtzahl als auch der Altersaufbau und die Berufsstruktur der Bevölkerung stark verändert, so daß ein zuverlässiger Überblick über die der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte erst durch eine neue Volks- und Berufszählung gewonnen werden kann. Obwohl die durch den Krieg ausgelöste Bevölkerungsbewegung noch nicht abgeschlossen ist, lassen sich immerhin aus einzelnen statistischen Angaben die wichtigsten Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit zumindest in groben Zügen erkennen. Nach offiziellen Angaben betragen die Kriegsverluste Österreichs bis Anfang 1944 rund 105.000 Gefallene und 80.000 Vermißte. Diese Zahlen liegen jedoch weit unter dem tatsäch-

lichen Stand der Kriegsverluste, weil in ihnen nur die bis zu diesem Zeitpunkt unmittelbar im Zuge der Kampfhandlungen Gefallenen und Vermißten enthalten sind. Unter Berücksichtigung der bis Kriegsende gefallenen und in Kriegsgefangenschaft gestorbenen Wehrmichtsangehörigen, der Verluste der Zivilbevölkerung durch Bombenangriffe, der Opfer der Konzentrationslager und der abgewanderten jüdischen Bevölkerung muß mit einem *außerordentlichen Bevölkerungsverlust* von mindestens 400.000 Personen gerade der leistungsfähigsten Jahrgänge gerechnet werden. Dieser Verlust wird nur zum Teil durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs (Geburten minus zivile Sterbefälle) von rund 130.000 Personen von 1939 bis Ende 1946 ausgeglichen. Da bis Ende 1946 noch immer schätzungsweise 200.000 Kriegsgefangene¹⁾ nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt waren, müßte ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegung die Bevölkerung Österreichs Ende 1946 um rund 470.000 Personen kleiner sein als im Jahre 1939 und rund 6,180.000 Personen gegenüber rund 6,650.000 Personen im Jahre 1939 betragen. Demgegenüber weist die Kartenstellenstatistik eine Bevölkerung von 7,208.000 Personen für Anfang 1946 und von 6,972.000 Personen für Ende 1946 aus. Diese Ziffern enthalten jedoch neben Doppelzählungen vor allem auch die derzeit in Österreich befindlichen Ausländer, deren Zahl freilich nicht genau erfaßt werden kann. Allein die als „Displaced Persons“ registrierten Ausländer wurden Ende 1946 noch immer mit rund 550.000 Personen²⁾ angegeben, von denen rund 100.000 in der österreichischen Wirtschaft beschäftigt sind.

Die Verminderung der Lebensmittelkarten beziehenden Bevölkerung im Jahre 1946 um etwa 200.000 ist auf die Repatriierung von DP sowie auf die Auflösung von auf österreichischem Boden befindlichen Kriegsgefangenenlagern zurückzuführen, wodurch der Bevölkerungszuwachs durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen überkompensiert wurde.

Die Aufgliederung der Bevölkerung nach Bundesländern zeigt eine starke Verlagerung der Bevölkerung nach dem Westen, die zum Großteil auf die Anwesenheit der DP, aber auch auf die Verschiebung des Wirtschaftspotentials nach dem Westen und auf die noch nicht zurückgekehrten Flüchtlinge aus Ostösterreich zurückzuführen ist.

¹⁾ Diese Zahl dürfte etwas zu hoch sein und außer den noch lebenden Kriegsgefangenen auch Vermißte enthalten.

²⁾ Zu den registrierten „Displaced Persons“ dürften noch weitere 100.000 versetzte Personen zu zählen sein, die sich bisher einer Erfassung entzogen haben.

Die Bevölkerung Österreichs

Bundesland	1939	1946	
	V. 1) in 1000 Personen	18. II. 2)	8. XII. 2)
Wien	1.767	1.440	1.548
Niederösterreich . . .	1.458	1.743	1.465
Burgenland	289	285	263
Oberösterreich	938	1.167	1.139
Salzburg	257	348	346
Steiermark	1.005	1.100	1.104
Kärnten	450	543	531
Tirol	331	405	394
Vorarlberg	158	178	182
Österreich insgesamt	6.653	7.208	6.972

1) Auf Grund der Volkszählung im Jahre 1939.

2) Anwesende Bevölkerung auf Grund der ausgegebenen Lebensmittelkarten.

Neben der Größe der Bevölkerung ist für das Arbeitskräftepotential der Altersaufbau der Bevölkerung entscheidend. Die Bevölkerungsverluste während des Krieges haben in erster Linie die leistungsfähigsten Jahrgänge betroffen, so daß der Anteil der Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung stark zurückgegangen sein muß. Besonders deutlich zeigt sich die Überalterung in Wien, das bereits vor dem Kriege eine äußerst ungünstige Bevölkerungsstruktur aufwies.

Altersaufbau der Wiener Bevölkerung

Alter in Jahren	1934		1946	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
0—18	8:58	8:43	8:02	7:78
18—60	31:17	38:48	26:49	38:28
über 60	5:42	7:92	7:46	11:97
Insgesamt	45:17	54:83	41:97	58:03

Wie weit der Ausfall der erwerbsfähigen inländischen Bevölkerung durch die in Österreich lebenden Ausländer im Jahre 1946 kompensiert wurde, läßt sich mangels geeigneter Unterlagen nicht feststellen. Auf Grund der hohen Beschäftigtenzahlen ist jedoch anzunehmen, daß über die in der österreichischen Wirtschaft eingesetzten 100.000 DP hinaus noch weitere, nicht in Österreich sesshafte Arbeitskräfte beschäftigt wurden und daher nicht nur die Zahl der potentiellen, sondern auch der effektiv Beschäftigten größer war, als auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Kriegsverluste zu erwarten gewesen wäre.

Bei der Beurteilung des österreichischen Arbeitskräftepotentials muß jedoch auch eine Reihe qualitativer Faktoren berücksichtigt werden. Durch die Unterbrechung der Berufsausbildung und die mangelnden Ausbildungsmöglichkeiten während des Krieges haben die fachlichen Qualitäten der Er-

werbsfähigen, insbesondere bei spezialisierten Berufen, stark gelitten. Weiters wird das Arbeitskräftepotential durch die außerordentlich große Zahl von Kriegsverehrten ungünstig beeinflusst. Nach den bisherigen Angaben sind etwa 170.000 Personen kriegsverehrt, d. h. rund 10% der erwerbsfähigen männlichen Bevölkerung sind nicht voll arbeitsfähig. Darüber hinaus wirkt sich der Umstand besonders schwerwiegend aus, daß die im staatlichen und wirtschaftlichen Leben führenden Schichten innerhalb von acht Jahren zweimal wechselten. Nach der Okkupation Österreichs im Jahre 1938 wurden die einflußreichen Positionen mit Nationalsozialisten besetzt bzw. die Träger dieser Stellen in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Partei gebracht. Durch die Ausschaltung der Nationalsozialisten aus allen Stellen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens entstanden gerade in den leitenden Stellen große Lücken, die zunächst vielfach nur unvollkommen durch fachlich weniger qualifizierte Kräfte geschlossen werden konnten. Durch das Nationalsozialistengesetz, das die Beschäftigungsmöglichkeit für belastete Personen stark einschränkt, werden rund 540.000 registrierte Nationalsozialisten betroffen. Ein erheblicher Teil dieser Personen darf ihren früheren Beruf nicht mehr ausüben. Die dadurch in erheblichem Umfange hervorgerufene Berufsumschichtung belastet den an sich unorganisch aufgebauten Arbeitsmarkt zusätzlich und erschwert die Wiederherstellung einer ausgeglichenen Beschäftigtenstruktur.

Stand und Entwicklung der Beschäftigten

Die Gesamtzahl der Krankenversicherten stieg im Jahre 1946 von 1.504.000 auf 1.823.000 (ohne Gemeindeangestellte) und liegt damit um fast $\frac{1}{2}$ Mill. höher als im Jahre 1937. Allerdings ist die Zahl der Krankenversicherten Ende 1946, die etwa der potentiellen Beschäftigtenziffer (Beschäftigte plus Arbeitslose) des Jahres 1937 entspricht, nicht ganz mit dem Jahre 1937 vergleichbar, da in ihr u. a. Doppelzählungen und Scheinarbeitsverhältnisse enthalten sind.

Auffallend ist, daß allein in der Landwirtschaft der ausgewiesene Stand der Krankenversicherten niedriger war als im Jahre 1937 (der Jahresdurchschnitt 1946 liegt um 6% tiefer als im Jahre 1937). Selbst die unzureichenden Ernährungsverhältnisse in den Städten konnten also keinen wirksamen Anreiz zu einer, wenn auch nur vorübergehenden Berufsumschichtung zugunsten der Landwirtschaft ausüben. Dagegen ist die Zahl der Krankenversicherten in der gewerblichen Wirtschaft im Jahre

Stand der Krankenversicherten

Berufsgruppe	1937 ¹⁾	1945 ¹⁾ in 1000 Personen	1946 ¹⁾
Land- und Forstwirtschaft . . .	285.6	260.8	268.5
Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handel	897.1	991.8	1.377.5
Staatseisenbahnen . . .	73.8	94.8	92.2
Bundesangestellte . . .	76.3 ²⁾	118.0	89.0 ³⁾
Zusammen . . .	1.332.8	1.465.4	1.827.2

¹⁾ Dezember.

²⁾ Schätzung.

³⁾ Die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten zählt jene (22.000) Mitglieder, deren Versicherungspflicht nicht zuverlässig feststeht, nicht mehr mit.

1946 um 480.500 oder um 54 % gestiegen. Dabei war die Erhöhung des Beschäftigtenstandes je nach den Beschäftigungsmöglichkeiten und den verfügbaren Arbeitskräftereserven in den einzelnen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft stark verschieden (siehe Abb. 4). Am meisten hat die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in Steinen und Erden, im Baugewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie und in der chemischen Industrie zugenommen, wogegen die Textilindustrie und der Handel nur eine geringe Erhöhung des Beschäftigtenstandes aufweisen. Die Abnahme des Standes der Beschäftigten bei den Staatseisenbahnen sowie der Bundesangestellten ist vorwiegend auf den Personalabbau im öffentlichen Dienst zurückzuführen.

Auf das Mißverhältnis zwischen dem hohen Beschäftigtenstand und den geringen Produktionsleistungen wurde schon wiederholt hingewiesen. Angaben über die Produktivitätsverminderung in den einzelnen Wirtschaftszweigen stehen allerdings nur für den Kohlenbergbau zur Verfügung. Die Förderleistung pro Kopf ist im Steinkohlenbergbau auf rund 58% und im Braunkohlenbergbau auf rund 61% der Leistungen des Jahres 1937 gesunken.

Produktivität im Kohlenbergbau

	1937	1946	1946 in % von 1937
Braunkohle			
Jahresproduktion			
1000 t	3.241.8	2.402.1	74.1
Beschäftigte Ø	9.520	11.532	121.1
Jahresproduktion pro Beschäftigten in t	340.5	208.3	61.2
Steinkohle			
Jahresproduktion			
1000 t	230.2	108.3	47.1
Beschäftigte Ø	1.318	1.071	81.3
Jahresproduktion pro Beschäftigten in t	174.7	101.2	57.9

Die Ursachen für die außerordentlich geringe Produktivität liegen ganz allgemein in der ver-

minderten physischen Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters (Überalterung, mangelnde Berufsschulung, schlechte Ernährung), dem fehlenden Arbeitsanreiz infolge ungeordneter Währungsverhältnisse, der schlechten Ausrüstung mit sachlichen Produktionsmitteln sowie den vielen Hemmnissen, die einer geregelten Produktion entgegenstehen. So konnten die beschäftigten Arbeitskräfte vielfach nicht voll ausgenutzt werden, wie aus den verminderten Arbeitszeiten in den einzelnen Industriezweigen ersichtlich ist.

Wöchentliche Arbeitszeit in Industrie und Bergbau

Arbeitszeit	Ø 1937	Ø 1946
	Von 100 Arbeitern hatten nebenstehende Arbeitszeit	
Unter 48 Stunden	11.29	23.02
48 Stunden	81.33	67.93
Über 48 Stunden	7.38	9.05
Insgesamt	100.00	100.00

Die Struktur der Beschäftigten

Die große Nachfrage nach Arbeitskräften sowie der Ausfall der leistungsfähigsten Jahrgänge durch die Kriegseignisse haben zu einer verstärkten Heranziehung älterer und vielfach schon pensionsreifer Jahrgänge geführt. Nur dadurch war es möglich, trotz der Verminderung der potentiell Erwerbsfähigen (Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren) die hohe Beschäftigtenziffer zu erreichen. Besonders groß ist die Überalterung der Beschäftigten in Wien.

Altersaufbau der Beschäftigten in Wien

Altersgruppe	1939 ¹⁾		1946 ²⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in %			
Arbeiter				
bis 40 Jahre	60.8	62.7	42.8	52.3
41 bis 50 „	20.1	18.5	27.0	23.0
51 bis 60 „	14.7	13.6	18.4	16.9
über 60 „	4.4	5.2	11.8	7.8
Insgesamt	100.0	100.0	100.0	100.0
Angestellte				
bis 40 Jahre	57.9	73.7	41.4	64.0
41 bis 50 „	24.3	17.4	28.8	22.8
51 bis 60 „	14.2	7.1	20.9	10.8
über 60 „	3.6	1.8	8.9	2.4
Insgesamt	100.0	100.0	100.0	100.0

¹⁾ Nach der Volkszählung am 17. Mai 1939.

²⁾ Nach der Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse für den 30. Juni 1946.

Neben der Überalterung der Beschäftigten ist gegenüber 1937 auch der relativ hohe Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten auffallend. Nicht nur der Beamtenapparat der öffent-

lichen Körperschaften wurde stark vergrößert, sondern auch in der gewerblichen Wirtschaft und in der Land- und Forstwirtschaft nahm der Anteil der Angestellten an der Zahl aller Beschäftigten zu.

Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten¹⁾

	Ø 1937	Dezember	
		1945	1946
Arbeiter	82,9	78,6	79,6
Angestellte	17,1	21,4	20,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

¹⁾ In Land- und Forstwirtschaft sowie in Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel.

Über die Veränderungen in der *berufsmäßigen Zusammensetzung* der Beschäftigten liegen vergleichbare Angaben nur für die gewerbliche Wirtschaft in Wien vor.

Berufsmäßige Gliederung der Arbeiter in Wien²⁾

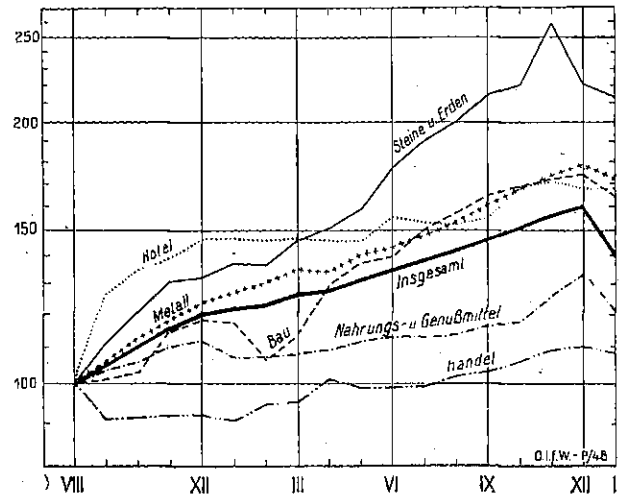
Industriezweig	30. Juni 1937	30. Juni 1946	1946 in % von 1937
Eisen- u. Metallind.	42.201	59.815	141,7
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	24.939	15.421	61,8
Bekleidungsindustrie	24.482	24.730	101,0
Gast- u. Schankgewerbe	18.915	9.784	51,7
Handel	16.650	10.133	60,9
Baugewerbe	20.030	35.423	176,8
Textilindustrie	12.345	8.780	71,1
Holzindustrie	9.509	9.893	104,0
Graphische Industrie	8.826	8.416	95,4
Papierindustrie	5.239	4.617	88,1
Chemische Industrie	5.125	8.510	166,0

²⁾ Statistik der Krankenversicherten der Wiener Gebietskrankenkasse.

Diese Ziffern zeigen deutlich jene strukturellen Veränderungen, die auf Grund der Kriegs- und Nachkriegsereignisse zu erwarten waren. Der Beschäftigtenstand hat sich in jenen Wirtschaftszweigen stärker erhöht, die entweder in der Kriegswirtschaft ausgebaut wurden und auch im Kriege ihren Arbeiterstock weitgehend erhalten konnten, wie die chemische Industrie, die Eisen- und Metallindustrie, oder denen unmittelbar nach Kriegsende beim Wiederaufbau besondere Bedeutung zukam, wie das Bau- und Bauhilfsgewerbe. Dagegen ist der Beschäftigtenstand in jenen Wirtschaftszweigen geringer, die während des Krieges stark eingeschränkt wurden, wie die Textil- und Bekleidungsindustrie oder der Handel.

Die durch die Arbeitsämter der westlichen Bundesländer erhobenen Beschäftigtenzahlen lassen gegenüber 1937 eine starke Zunahme erkennen.

Abb. 4. Entwicklung der Beschäftigung in 1203 gewerblichen Betrieben von August 1945 bis Dezember 1946 (Logarithmischer Maßstab; August 1945 = 100)



Dieser Zug nach dem Westen entspricht der allgemeinen innerösterreichischen Bevölkerungsbewegung im Zusammenhang mit den Kriegsergebnissen. Einwandfreie Vergleichsziffern über die Veränderungen der regionalen Gliederung der in der Industrie und im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten liegen allerdings zur Zeit nicht vor, da die bisherigen statistischen Erhebungen der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft noch zu wenig repräsentativ sind. (Nach dieser Erhebung würden in Ostösterreich im Jänner 1936 rund 62%, im November 1946 dagegen nur noch rund 50% aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten tätig gewesen sein.)

Bemerkenswert ist, daß trotz des starken Rückganges der erwerbsfähigen männlichen Bevölkerung das *Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten* gegenüber der Vorkriegszeit fast unverändert geblieben ist. Sowohl im Dezember 1937 als auch im Dezember 1946 waren ungefähr 26% der in der gewerblichen Wirtschaft Österreichs beschäftigten Arbeitskräfte Frauen. Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen ergeben sich allerdings stärkere Verschiebungen. So hat vor allem die Frauenarbeit in der Papierindustrie stark zugenommen, während sie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie in der Leder- und Schuhindustrie bedeutend zurückgegangen ist. Die Beschäftigung der Frauen hat im Laufe des Jahres 1945 stark abgenommen, nachdem während des Krieges der Anteil der Frauenarbeit weit über das Friedensniveau hinausgewachsen war. Unter dem Einfluß steigender Lebenshaltungskosten ergab sich im Laufe des Jahres 1946 allerdings für viele Frauen die

Notwendigkeit, sich wiederum in den Arbeitsprozeß einzuschalten, so daß sich die Zunahme der Beschäftigung im Jahre 1946 fast in gleicher Weise auf die männlichen und weiblichen Berufsträger bezog.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war im Jahre 1946 durch eine sehr *starke Nachfrage* nach Arbeitskräften gekennzeichnet, die nur zum Teil befriedigt werden konnte. Die Zahl der bei den Landesarbeitsämtern vorgemerkten Stellensuchenden betrug anfangs 1946 nur 62% und Ende 1946 nur 64% der offenen Stellen. Die Zahl der unfreiwillig Arbeitslosen verminderte sich im Laufe des Jahres von 80.300 auf 61.200 Personen. Demgegenüber waren im Jahre 1937, einschließlich der nicht unterstützten Arbeitslosen, rund 600.000 Personen beschäftigungslos. Die große Nachfrage nach Arbeitskräften ist besonders bemerkenswert, da der Beschäftigtenstand, zumindest in der gewerblichen Produktion, weit höher war als im Jahre 1937 und die Produktion durch eine Reihe anderer Engpässe gehemmt wurde. Die Befürchtung, daß durch den Abtransport von Maschinen die komplementären Produktionsfaktoren für eine ausreichende Beschäftigung der Arbeiterschaft fehlen würden, hat sich als unbegründet erwiesen. Es zeigte sich vielmehr, daß in den meisten Industriezweigen Arbeit und Kapital gegenseitig vertretbar waren und die Verminderung der Kapitalausrüstung zu einer erhöhten Verwendung von Arbeitskräften führte. Die Ursache für die große ungedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften liegt nicht nur in der Ersetzung von maschineller Arbeit durch Handarbeit, in der verminderten Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft und in der großen Güternachfrage als Folge des aufgestauten Bedarfs, sondern vor allem auch in den ungeordneten Währungsverhältnissen und den niedrigen Reallöhnen. Für viele Arbeiter bestand kein ausreichender Anreiz zur Arbeit, weil das Entgelt für die Arbeit nur einen Bruchteil dessen ausmachte, was er gegebenenfalls bei Tauschgeschäften verdienen konnte. Auf der anderen Seite bewirkte die Geldflüssigkeit, daß viele Unternehmer ihre Arbeiter auch dann behielten, wenn sie diese nicht ausreichend beschäftigen konnten, wodurch wiederum ein sinnvoller Arbeitskräfteausgleich behindert wurde.

Wie aus den Angaben über die in den einzelnen Industriezweigen fehlenden Arbeitskräfte hervorgeht, sind die Unternehmer in Bezug auf den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften sehr optimistisch. Selbst unter den Einwirkungen der Energie-

krise dieses Winters wurden nur in bescheidenem Ausmaß Arbeitskräfte freigesetzt und die Betriebe hielten ihren Arbeiterstand, so lange sie noch über liquide Horte verfügten, die sie zur Ausbezahlung von Löhnen verwenden konnten. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß alle diese Erwartungen nach Ordnung der Währungsverhältnisse erfüllt werden. Die ungeordneten Währungsverhältnisse verhinderten somit jenen Arbeitskräfteausgleich von weniger wichtigen in dringlichere Produktionszweige, der früher oder später doch erfolgen muß.

Neben dem allgemeinen Arbeitskräftemangel ist besonders die *strukturelle Unausgeglichenheit* des Arbeitsmarktes auffallend. Während bei den Arbeitern nur ein Bruchteil des Arbeitskräftebedarfes gedeckt wurde, überstieg die Zahl der stellensuchenden Angestellten die der angebotenen Stellen ziemlich unverändert während des ganzen Jahres um das Zehn- bis Zwölfwache. Der dauernde Überschuß von 20.000 bis 25.000 Angestellten, der durch den zu erwartenden Personalabbau der öffentlichen Körperschaften noch verstärkt werden wird, stellt ein schwer zu lösendes Problem dar, da ein Berufswechsel vom Angestellten zum Arbeiter auf große soziale Widerstände stößt.

Trotz des allgemeinen Mangels an Arbeitern war die Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr verschieden. Aus den Meldungen der Landesarbeitsämter geht hervor, daß in jenen Wirtschaftszweigen, die von den Nachkriegsverhältnissen am meisten betroffen wurden, wie z. B. das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das Hotelgewerbe und zum Teil auch der Verkehr, das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage überstieg. Andererseits bestand in jenen Berufen ein großer Mangel an Arbeitskräften, die entweder schwere körperliche Arbeit erfordern oder einen großen Verschleiß an Kleidern und Schuhen haben, wie der Bergbau und das Baugewerbe, oder die auf Grund der Mangellage und der Kriegszerstörungen besonders dringlich sind, wie die Land- und Forstwirtschaft, oder schließlich die in der Kriegswirtschaft stark vernachlässigt wurden, wie die Textil- und die Bekleidungsindustrie. Charakteristisch für die unausgeglichene Struktur des Arbeitsmarktes ist, daß in vielen Berufszweigen gleichzeitig eine ungedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften und ein Überangebot an Arbeitskräften herrschte, ohne daß infolge regionaler Unterschiede bzw. fachlicher Spezialisierung ein Ausgleich erzielt werden konnte.

Einen besseren Überblick über den Arbeitskräftebedarf als die von vielen Zufälligkeiten beeinflussten Statistiken der Landesarbeitsämter gibt für

die Industrie eine Statistik der Industrieverbände. Diese umfaßt zwar nur einen Teil der Betriebe, so daß die absoluten Zahlen über die benötigten Arbeitskräfte untypisch sind, gibt dafür aber wertvolle Aufschlüsse über das Verhältnis zwischen Beschäftigtenzahl und ungedecktem Arbeitskräftebedarf.

Der Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie im November 1946¹⁾

(nach Angaben der Betriebe)

	Fehlende Arbeitskräfte in % der beschäftigten Arbeiter
Industrie insgesamt	34.6
darunter:	
Nahrungsmittelindustrie	62.9
Bekleidungsindustrie	61.8
Textilindustrie	59.9
Gießereiindustrie	52.9
Eisen- und Metallwarenindustrie	33.7
Maschinenindustrie	23.4
Chemische Industrie	24.8
Berg- und Hüttenwerke	16.2

¹⁾ Statistik der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Probleme der Arbeitskräfte lenkung

Der Ausgleich der unorganischen Beschäftigtenstruktur ist eine besonders dringliche Aufgabe, die insbesondere in den wichtigen Schlüsselindustrien und in jenen Wirtschaftszweigen gelöst werden muß, in denen, wie etwa in der Forstwirtschaft oder in der Textilindustrie, der Arbeitskräftemangel das einzige oder zumindest das ausschlaggebende Hemmnis für eine rasche Produktionssteigerung ist. Theoretisch bestehen drei Möglichkeiten, um die Arbeitskräfte in die vordringlichen Bereiche zu lenken bzw. die Arbeitsleistungen in jenen Wirtschaftszweigen zu steigern:

Erstens durch eine stärkere Einkommensdifferenzierung zugunsten der Mangelberufe. Das ist im wesentlichen das marktwirtschaftliche Prinzip, dem unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen etwa ein Prämiensystem für bestimmte Berufe und Leistungen entspräche,

zweitens durch staatlichen Arbeitszwang und

drittens, allerdings nur ergänzend, durch eine aufklärende Propaganda für bestimmte Berufe, in Verbindung mit einer entsprechenden Umschulung.

Praktisch konnte im Jahre 1946 keine dieser Methoden in ausreichendem Umfang angewendet werden. Wohl trat im Laufe des Jahres eine leichte Besserung der strukturellen Unausgeglichenheit innerhalb der Arbeiterberufe ein (dies ist daraus ersichtlich, daß sich die Zahl der offenen Stellen und der Stellensuchenden zusammen von 210.400

anfangs Jänner auf 156.500 Ende Dezember verminderte), jedoch konnte keines der grundlegenden Probleme des Arbeitsmarktes gelöst werden. Das Arbeitsdienstpflichtgesetz wurde nur in wenigen Fällen angewendet und hat auf die Beschäftigtenstruktur und die Arbeitsleistungen keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt. Die Bindung der Ausgabe der Lebensmittelkarten an den Arbeitsnachweis dürfte sich allerdings vielfach in einer Erhöhung des Arbeiterangebotes ausgewirkt haben, ohne daß direkte Zwangsmaßnahmen notwendig gewesen wären. Ein erster größerer Erfolg in den Bemühungen um eine Hebung der Leistungen der Arbeiterschaft bzw. um die Beseitigung des Arbeitskräftemangels wurde um die Jahreswende im Kohlenbergbau durch bevorzugte Zuteilung von Bedarfsgegenständen und durch Leistungsprämien an die Bergarbeiter erzielt.

Energiewirtschaft

Die Leistungen der wichtigsten Energieträger

Durch den Ausbau der Wasserkraftwerke sowie durch die Erschließung der Erdölquellen hat sich das Leistungsvermögen der Energiewirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend erhöht.

Die Ausbauleistung der *Elektrizitätswerke* war im Jahre 1946 mit rund 1.8 Mill. KW (darunter rund 1.3 Mill. KW Wasserkraft) um 56% größer als im Jahre 1937. Außer den ausgebauten Wasserkraften mit einem Jahresarbeitsvermögen von rund 3.9 Mrd. kWh (1937 2.4 Mrd. kWh) sind weitere Wasserkraftwerke mit einem Arbeitsvermögen von rund 2 Mrd. kWh im Bau.

Ausbauleistung der österreichischen Elektrizitätswerke

	1937 Mill. Watt	1946	1946 in % von 1937
Wasserkraftwerke	744	1.263	169.8
Kalorische Werke	431	572 ¹⁾	132.7
Insgesamt	1.175	1.835	156.2

¹⁾ Schätzung unter Berücksichtigung der Demontagen und Kriegsverluste.

Der Wert der neu zugewachsenen Wasserkraftwerke wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß bei ihrem Bau die spezifisch österreichischen Bedürfnisse nicht berücksichtigt wurden. Rund 62% der im Krieg neu erbauten Wasserkraftanlagen liegen in Tirol und Vorarlberg außerhalb des innerösterreichischen Verbundnetzes. Im Jahre 1947 sollen zwar die Vorarlberger Wasserkraftwerke an das österreichische Verbundnetz durch eine 110 kV-Leitung über den Arlberg angeschlossen werden.

Über die Wirtschaftlichkeit dieses Vorhabens sind jedoch die Meinungen geteilt. Da in den vergangenen Jahren die hydraulisch erzeugte Sommerenergie viel stärker zugenommen hat als die Winterenergie, muß der erhöhte Stromverbrauch in den Wintermonaten zu einem größeren Teil durch kalorische Werke gedeckt werden.

Die Förderung von Erdöl betrug im Jahre 1946 schätzungsweise rund 800.000 t gegenüber rund 33.000 t im Jahre 1937. Die Förderung ging in den letzten Jahren weit über eine wirtschaftlich optimale Ausbeute hinaus — die bisherige Höchstziffer wurde im Jahre 1944 mit rund 1,200.000 t erreicht — und sollte nach Ansicht von Fachleuten nach dem derzeitigen Erschließungsstand der Vorkommen von Zistersdorf nicht mehr als 600.000 t jährlich betragen. Eine volle Deckung des Inlandsbedarfes an Erdöl und Erdölprodukten wäre bei einer Jahresförderung von 600.000 t allerdings erst nach Errichtung ausreichender Krackanlagen möglich. Zur Zeit sind die Eigentumsverhältnisse in der Erdölwirtschaft ungeklärt und es ist unbestimmt, in welchem Umfange die Erdölquellen als österreichisches Aktivum gewertet werden dürfen.

Im Kohlenbergbau hat die Steinkohlegewinnung (Grünbach), die für die Gesamtversorgung allerdings nicht stark ins Gewicht fällt, durch Kriegseinwirkungen einen schweren Rückschlag erlitten. Dagegen erreichten die Leistungen im Braunkohlenbergbau bereits ungefähr drei Viertel der friedensmäßigen Produktion und dürften bei besserer Ausrüstung mit Betriebsmitteln und bei verstärktem Einsatz von Arbeitskräften noch weiter steigerungsfähig sein. In einzelnen Revieren haben sich die abbauwürdigen Vorräte allerdings stark vermindert.

Infolge Mangels an Kohle und Strom war im Jahre 1946 der Brennholzverbrauch überaus hoch. Während die für 1946 veranschlagte, gegenüber 1937 stark verminderte Nutzholzaufbringung bis zum letzten Viertel des Forstwirtschaftsjahres nur zu rund 70% erfüllt wurde, war die im Jahre 1946 als Brennholz verwendete Holzmenge eher größer als vor dem Kriege. Dies ist umso bedenklicher, als durch Überschlägerungen während des Krieges der Holzanfall auf Jahre hinaus vermindert ist und die verfeuerten Holzmassen für andere Zwecke viel wirtschaftlicher verwendet werden könnten.

Die Energieversorgung

Die Energieversorgung im Jahre 1946 litt vor allem unter dem Mangel an Kohle. Dazu kam das Absinken der Leistungsfähigkeit der Wasserkraftwerke infolge der langanhaltenden Trockenheit.

a) Kohle

Die Gesamtversorgung der österreichischen Wirtschaft mit Kohle erreichte im Jahre 1946 nur 69% (auf Steinkohlenbasis) des Jahres 1937. Die Inlandsförderung von Braunkohle betrug 74% und von Steinkohle 47%, während die Kohleneinfuhren auf 66% (auf Steinkohlenbasis) des Jahres 1937 zurückgingen.

Gesamtversorgung mit mineralischen Brennstoffen¹⁾

	1937 in 1000 t	1946	1946 in % von 1937
Inland	1.705	1.330	74,1
Ausland	3.300	2.185	66,2
Insgesamt	5.095	3.515	69,0

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis gerechnet, 1 t Steinkohle = 1 t Koks = 2 t Braunkohle.

Die im Jahre 1937 importierte Kohle stammte hauptsächlich aus Polen und der Tschechoslowakei, während im Jahre 1946 Deutschland an erster Stelle stand. Diese Verschiebung der Kohlenimporte ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Österreich weder über Devisen noch in ausreichendem Umfange über Kompensationsgüter verfügte, um Kohlenimporte bezahlen zu können. Aus Polen setzten erst nach Abschluß des polnischen Handelsvertrages im Spätherbst 1946 etwas höhere Kohleneinfuhren ein und die Tschechoslowakei lieferte nur geringe Mengen Braunkohle, da sie selbst keine nennenswerten Kohlenüberschüsse verfügbar hatte. Österreich war daher auf die deutschen Kohlenlieferungen, die von den Alliierten vorläufig gestundet wurden, angewiesen. Obwohl die Kohlenlieferungen aus Deutschland um 231% höher waren als im Jahre 1937, konnten sie den Ausfall der anderen Bezugsländer nur zum Teil wettmachen.

Kohleneinfuhr nach Herkunftsländern (auf Steinkohlenbasis)

	1937 in 1000 t	1946	1946 in % von 1937
Deutsches Reich	806	1.863	231,1
Polen	915	167	18,2
CSR	1.527	143	9,4
Sonstige	52	12	23,4
Insgesamt	3.300	2.185	66,2

Bei der Verteilung der knappen Kohlenvorräte waren als neuer Bedarfsträger die Besatzungstruppen und die Hütte Linz sowie der erhöhte Kohlenverbrauch für die Erzeugung elektrischer Energie zu berücksichtigen, so daß die Kohlenzuteilungen an die übrigen Verbrauchergruppen stärker eingeschränkt werden mußte, als dem Rückgang der Gesamtlieferung entsprach.

Kohlenbelieferung der einzelnen Verbrauchergruppen in 1000 t (auf Steinkohlenbasis)

	1937	1946	1946 in % von 1937
Bahnen	1.122	677	60
Stromerzeugung	136	168	123
Gas	767	389	51
Industrie	1.985	1.135	57
Kokerei Linz	—	119	—
Hausbrand	1.274	852	67
Besatzungsgruppen	—	82	—

Obwohl die Industrie im Jahresdurchschnitt mit 57% des Verbrauchs von 1937 beliefert wurde, erreichte die Kapazitätsausnutzung nur 30 bis 35% des Jahres 1937. Bei größerer Kohlenbelieferung hätte die Industrie bedeutend höhere Leistungen erzielen können. Das auffallende Mißverhältnis zwischen Kapazitätsausnutzung und Produktionsleistung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Energiebedarf bei Verminderung der Produktion nicht in gleichem Maße eingeschränkt werden kann. Außerdem ergaben sich in der Kohlenbewirtschaftung, insbesondere infolge des Fehlens einer zuverlässigen Produktionsstatistik, Schwierigkeiten, so daß nicht immer die rationellste Auswertung der knapp verfügbaren Kohlenvorräte gewährleistet war.

b) Elektrische Energie

Die Elektrifizierung der österreichischen Wirtschaft hat gegenüber der Vorkriegszeit bedeutende Fortschritte gemacht. Neue energieintensive Industrien (z. B. Aluminiumerzeugung) wurden erbaut und die Produktionsverfahren in bestehenden Betrieben auf die Verwendung von elektrischem Strom umgestellt. Besonders das Gewerbe, die Haushalte und zum Teil die Landwirtschaft verwenden im stärkeren Ausmaße als früher elektrische Energie. Der erhöhte Strombedarf hätte, selbst bei dem geringen Produktionsvolumen, nur durch eine wesentlich vergrößerte Stromerzeugung befriedigt werden können.

Die gesamte Stromerzeugung war im Jahre 1946, vor allem infolge des Ausbaues der Wasserkraftwerke, um rund 24% höher als im Jahre 1937 und ermöglichte, trotz hoher Exporte und relativ großer Übertragungsverluste, eine Steigerung des Gesamtverbrauches um 7%. Besonders stark erhöhte sich der Stromverbrauch in den Haushalten, in der Landwirtschaft sowie im Gewerbe. Die Industrie und die Bahnen dagegen bezogen weniger Strom als im Jahre 1937.

Erzeugung und Verbrauch von elektrischer Energie

	1937 Mill. kWh	1946 Mill. kWh	1946 in % von 1937
Öffentliche Elektrizitäts- versorgungsunterneh- mungen	1.819	2.973	163,5
Industrielle Eigenanlagen	928	400 ¹⁾	43,1
Bahnkraftwerke	145	203	140,0
Erzeugung insgesamt	2.892	3.576¹⁾	123,7
+ Import	—	154	—
— Export	413	759	183,8
— Verluste	280	620 ¹⁾	221,5
Verbrauch insgesamt	2.199	2.351¹⁾	106,9
davon:			
Industrie	1.530	1.040 ²⁾	68,0
Bahnen	242	170	70,3
Haushalt	280	428	151,8
Sonstige ²⁾	147	563	383,0
Besatzungsmächte	—	150	—

¹⁾ Neue, z. T. verbesserte Schätzungen.

²⁾ Gewerbe, Landwirtschaft, Straßen- und Kleinbahnen, öffentliche Beleuchtung.

Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke erreichte 1946 im Juli mit 323 Mill. kWh den Höchststand und sank bis Dezember auf die Hälfte (161 Mill. kWh). Die jahreszeitlich bedingte Verminderung des Wasserkraftstromes wurde durch die außergewöhnliche Trockenheit im Jahre 1946 wesentlich erhöht. Das Energiewirtschaftskomitee bezifferte den Stromausfall infolge Trockenheit im Jahre 1946 mit 254 Mill. kWh. Mangels Kohle konnte der Ausfall an hydraulischem Strom nicht wettgemacht werden. Wohl wurde die Erzeugung kalorischen Stromes in den öffentlichen Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen von 5 Mill. kWh im Juli auf 64 Mill. kWh im Dezember gesteigert und die Stromeinfuhr aus Bayern von 1 Mill. kWh auf 30 Mill. kWh erhöht. Dennoch reichte dieser Zuwachs von 94 Mill. kWh nicht aus, innerhalb des Verbundnetzes auch nur den dringendsten Bedarf in den Wintermonaten zu decken. Bereits im Frühherbst mußten Stromsparmaßnahmen getroffen werden und in der Folgezeit führte die Verschärfung der Energielage wiederholt zum Zusammenbruch des Verbundnetzes. Um Weihnachten wurde fast die gesamte Industrie stillgelegt.

Rund ein Drittel der erzeugten Strommenge (759 Mill. kWh) wurde im Jahre 1946 exportiert. Tirol und Vorarlberg führten auch in den Monaten November und Dezember je 44 Mill. kWh elektrischer Energie aus, als im übrigen Österreich die Wirtschaft aus Mangel an Strom weitgehend gelähmt war.³⁾

³⁾ Siehe „Die gegenwärtige Lage in der Energieversorgung. Ein Beitrag zum Verständnis der Kohlen- und Stromkrise“, in Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XIX. Jg., Heft Nr. 10—12, 1946.

Gewerbliche Produktion

Unorganische Industriestruktur

Die Industriestruktur Österreichs hat sich gegenüber der Vorkriegszeit stark verändert. Während des Krieges wurde eine Reihe neuer Betriebe und Industrien aufgebaut, die aber vorwiegend der Rüstungswirtschaft dienten und dem deutschen Wirtschaftsraum angepaßt waren. Andererseits wurden bereits während des Krieges Ersatzinvestitionen in nicht kriegswichtigen Industrien aufgeschoben. In weiterer Folge erlitt die österreichische Industrie, insbesondere in Ostösterreich, durch Kriegsschäden und Plünderungen sowie durch Beschlagnahmen und Demontagen der Besatzungstruppen, die sich nicht nur auf reine Rüstungskapazitäten erstreckten, schwere Verluste an Einrichtungen, Maschinen, Roh- und Halbfabrikaten, wodurch der gesamte Produktionsaufbau äußerst unharmonisch wurde. Die Wiedergewinnung einer organischen Industriestruktur, die den Bedürfnissen der Friedenswirtschaft entspricht, erfordert jedoch erhebliche Investitionen. Eine generelle Aussage über die gegenwärtige Industriekapazität im Vergleich zur Vorkriegskapazität ist nicht möglich und erst Strukturuntersuchungen über einzelne Wirtschaftszweige werden ein zuverlässiges Bild über die gegenwärtige Kapazität der verschiedenen Industrien, ihre technische Ausrüstung und ihre Verwertbarkeit in der Friedenswirtschaft vermitteln. In einigen Industriezweigen, wie in der Eisengewinnung und in der Aluminium-Elektrolyse, sind Überkapazitäten vorhanden, die in der Friedenswirtschaft unmittelbar kaum jemals zur Gänze ausgenutzt werden können, während in anderen Produktionszweigen große Lücken entstanden sind und eine Reihe an sich wertvoller Maschinenausrüstungen und Betriebe nicht ausgewertet werden kann, weil die vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen ausgefallen sind oder einzelne Maschinen oder Maschinenbestandteile fehlen.

Besonders die Produktionsmittelindustrien, wie der Maschinenbau, der Stahl- und Eisenbau und die Elektroindustrie, haben schwere Verluste an Werkzeugmaschinen erlitten, die weit über den Maschinenzuwachs während des Krieges hinausgehen.

Diese Teilverluste wiegen umso schwerer, als die fehlenden Maschinen und Anlagen zurzeit weder im Inland erzeugt noch aus dem Ausland nachgeschafft werden können. Österreich war bereits vor dem Krieg in erheblichem Umfang auf die Einfuhr von Maschinen und Maschinenteilen, insbesondere aus Deutschland, angewiesen. Deutschland fällt zumindest vorläufig als Lieferant aus und zur

Nachschaffung von Maschinen aus anderen leistungsfähigen Ländern fehlen Österreich gegenwärtig die erforderlichen Devisen oder Kredite.

Bestand an Werkzeugmaschinen

Industrie	Dezember 1937	April 1945 in Stück	Jänner 1946
Elektroindustrie . .	12.038	19.327	7.896
Fahrzeugindustrie .	13.508	21.043	8.777
Maschinenbau . . .	8.868	18.096	7.276
Eisen- und Metall- warenindustrie . .	23.693	29.471	23.681
Eisen- und Stahlbau .	2.624	4.296	1.981

Der Vergleich mit der Zahl der Werkzeugmaschinen vor dem Krieg gibt allerdings nur ein unvollkommenes Bild über die Verminderung der Leistungsfähigkeit dieser Industriezweige, weil die verminderte Qualität der Maschinen nicht berücksichtigt wird.

Die Kapazität der österreichischen *Hüttenindustrie* wurde während des Krieges stark vergrößert. In Linz wurden ein riesiger Hüttenkomplex und im Anschluß daran einige Industrieanlagen geschaffen, deren Einbau in ein harmonisches Wirtschaftsgefüge große Schwierigkeiten bereitet. Die Kapazität der Anlagen geht weit über den selbst bei optimistischer Einschätzung in Zukunft zu erwartenden Inlandsbedarf und die Ausfuhrmöglichkeiten hinaus. Die vorhandenen Anlagen ermöglichen eine *Roheisenerzeugung* von etwa 1,6 Mill. t, für die selbst die Erzbasis des Erzberges auf die Dauer nicht ausreichen würde. Darüber hinaus fehlen jedoch die Verarbeitungsmöglichkeiten für eine derartige Roheisenerzeugung. Dagegen wurde durch den Abtransport der modernen Walzstrecke in Donawitz und sonstige Demontagen die Walzwerkskapazität auf 180.000 bis 200.000 t herabgesetzt. Es ist vorläufig noch ein Problem, wie gegebenenfalls die Erzeugung von zwei oder drei Hochöfen verarbeitet werden soll. Ein besonderer Mangel besteht an Blechwalzwerken, während Rohre überhaupt nicht erzeugt werden können. Auch die Kapazität der Edeltahlerzeugung hat durch Demontagen größere Einbußen erlitten. So besteht also zwischen der überdimensionierten Roheisenkapazität einerseits und der Walzwerkskapazität andererseits ein starkes Mißverhältnis. Eine teilweise Ausnützung der Kapazität in beiden Großanlagen, etwa durch den Betrieb von einem Hochofen in Linz und einem in Donawitz, wie sie zur Zeit geplant ist, stellt nur eine Notlösung da. Die Lösung dieses schwierigen Problems muß auf der Basis gesamtwirtschaftlicher Überlegungen gefunden werden, wenn die österrei-

chische Eisenindustrie nicht mit strukturellen Nachteilen belastet werden soll, die ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nach Eintritt normaler Verhältnisse beschränkt.

Eine weitere Überkapazität besteht in der *Aluminiumerzeugung*. Die derzeitige Kapazität beträgt etwa 69.000 t jährlich, gegenüber 9.000 t im Jahre 1937. Die während des Krieges neu errichtete riesige Anlage in Ranshofen kann infolge ihres ungünstigen Standortes (Österreich muß Tonerde importieren und den Strom für Ranshofen aus Bayern beziehen), in der österreichischen Friedenswirtschaft nicht voll ausgenützt werden. Gegenüber der großen Aluminiumerzeugungskapazität fehlen die Weiterverarbeitungsmöglichkeiten, da fast alle Buntmetallwalzwerke nach Kriegsende abmontiert wurden. Aluminium muß daher derzeit auf Eisenstrecken gewalzt werden, wodurch die Qualität der Aluminiumerzeugnisse stark leidet und außerdem ein Teil der ohnehin zu geringen Eisenwalzkapazität verloren geht.

Auch in der *chemischen Industrie* haben sich starke Kapazitätsveränderungen ergeben. Die chemische Industrie Österreichs war bereits vor dem Jahre 1938 unorganisch aufgebaut und stark vom Ausland abhängig. Durch die Kriegereignisse wurden vor allem die Erzeugungskapazitäten von Schwefelsäure und von Gummi stark vermindert und damit schwer zu überbrückende Engpässe geschaffen. Durch den Ausfall des Werkes Moosbierbaum z. B. ist die Erzeugung von Schwefelsäure nur in der Anlage in Liesing möglich, deren Kapazität nicht einmal ausreicht, um den Bedarf der Zellwollefabrik Lenzing zu decken. Andererseits wurde durch die Errichtung der Stickstoffwerke in Linz die Kapazität der Stickstoffherzeugung stark vergrößert. Aber auch hier bestehen Zweifel, ob die Anlage, deren Erzeugungsmöglichkeit über den Inlandsbedarf hinausgeht, unter normalen Wirtschaftsverhältnissen ausgenützt werden kann.

Geschätzte Kapazität der chemischen Industrie

Produkt	1937 Jährl. Erzeugungsmöglichkeit in Tonnen	1946 Erzeugungsmöglichkeit
Schwefelsäure	58.000	14.700
Soda	98.000	98.000
Kalziumkarbid	6.000	7.000
Gummi	30.000	2.400
Wasserstoffsuperoxyd	5.600	5.600
Superphosphate	54.000	27.000
Stickstoff	1.500*	61.500

Gegenüber den schweren Kapazitätseinbußen und starken Disproportionalitäten in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der chemischen Industrie

hat die Kapazität der *Textilindustrie*, der *Bekleidungsindustrie* sowie der *Papierindustrie* unter den Kriegsfolgen relativ weniger gelitten. Ein zuverlässiger Überblick der Erzeugungsmöglichkeiten liegt jedoch insbesondere in der Textilindustrie noch nicht vor. Jedenfalls bietet sich durch die während des Krieges errichtete Zellwollefabrik Lenzing mit einer geschätzten Jahreskapazität von 22.000 t die Möglichkeit, einen erheblichen Teil des Spinnstoffbedarfes durch heimische Rohstoffquellen zu decken.

Die Produktion im Jahre 1946

Im Laufe des Jahres konnte in fast allen wichtigen Industriezweigen die Produktion wieder aufgenommen werden. Eine Reihe von wichtigen Betrieben wurde wieder instand gesetzt und einige strukturelle Engpässe wurden überwunden. Dieser neuen Realkapitalbildung steht aber in vielen Zweigen ein weiterer Substanzverzehr gegenüber, da der Ersatz von veralteten Maschinen meist nicht möglich war und viele Betriebe noch von alten Lagerbeständen zehrten. Darüber hinaus machte sich ein zunehmender Mangel an Ersatzteilen, die früher meist aus Deutschland bezogen wurden, bemerkbar, so daß neue Produktionshemmnisse entstanden.

Der *zentrale Engpaß* der österreichischen Industrie, der auch gegen Ende des Jahres den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft herbeiführte, war neben dem Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen vor allem die ungenügende Versorgung mit Kohle. Die Elektrizitätswirtschaft wäre bei genügender Belieferung mit Brennstoffen in der Lage gewesen, den Mangel an Wasserkraftstrom durch die Erzeugung kalorischer Elektrizität auszugleichen, da die Kapazitäten hierzu ausreichen.

Energieversorgung der Industrie

	1937	1946	in % ¹⁹⁴⁶ v. 1937
Kohle (Steinkohlenbasis) in 1000 t	1.985	1.135	57,2
Elektrische Energie Mill. kWh	1.530	1.040	68,0

1) Ohne Hütte Linz.

Besonders hemmend für die Entwicklung der Produktion wirkte sich weiters der Umstand aus, daß in Ost-Österreich mehr als 200 Betriebe unter dem Titel „*Deutsches Eigentum*“ beschlagnahmt wurden, darunter die gesamte Erdölindustrie, ein Großteil der Elektroindustrie, der chemischen Industrie sowie der Eisen- und Metallindustrie. Dadurch wurde nicht nur ein im einzelnen nicht feststellbarer Teil der Produktion dieser Betriebe der

österreichischen Wirtschaft entzogen, sondern auch die Koordinierung der Produktion der österreichischen Wirtschaft unmöglich gemacht, da diese Betriebe sich nicht an die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der österreichischen Regierung gebunden fühlen.

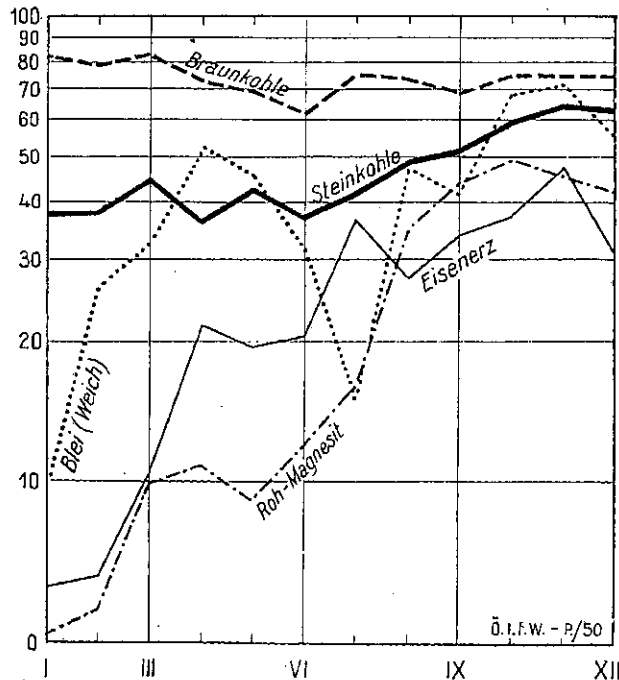
Zuverlässige statistische Daten über die *Produktionsentwicklung* liegen nur für wenige Industrien vor. Insbesondere über die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie läßt sich kein umfassendes Bild gewinnen. Im Durchschnitt dürfte jedoch die Industrieproduktion im Jahre 1946 nur etwa ein Drittel der Produktion des Jahres 1937 betragen haben.

Im *Bergbau* konnten im Jahre 1946 in den meisten Zweigen wegen Arbeitermangel und geringer Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter infolge schlechter Ernährung und Ausrüstung die friedensmäßigen Förderungsziffern bei weitem nicht erreicht werden. Lediglich die Salzerzeugung war fast so hoch wie im Jahre 1937.

Förderleistungen im Bergbau

Produkt	1937	1946	in % v. 1937
	in 1000 t.		
Braunkohle	3.241,8	2.402,1	74,1
Steinkohle	230,2	108,3	47,0
Eisenerz	1.884,7	460,1	24,4
Blei-Zinkerz	112,8	34,0	30,1
Salz-Sole in 1000 m ³	537,4	526,1	97,9
Rohmagnesit	397,9	91,5	23,0
Graphit	18,2	0,3	1,6

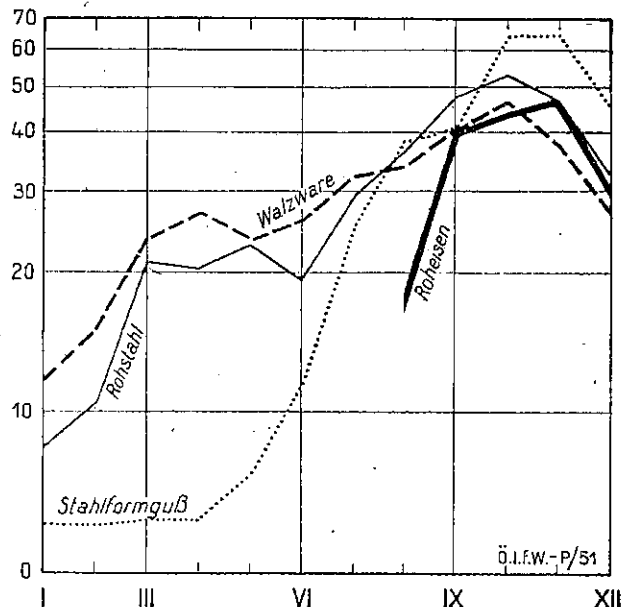
Abb. 5. Der Bergbau im Jahre 1946
(Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



Als typische Folge der Mangellage zeigt sich die Tendenz, den Abbau auch in qualitativ schlechteren Revieren, die vor dem Krieg infolge Unrentabilität stillgelegt waren, wieder aufzunehmen. So ist z. B. der *Kupfererzbergbau* in Österreich unter normalen Verhältnissen unrentabel, da die Kupfererzvorkommen zwar mengenmäßig nicht unbedeutend, aber qualitativ minderwertig sind. Der österreichische Kupfererzbergbau konnte deshalb schon vor dem Krieg den Weltmarktpreisen nicht standhalten und wurde bis auf zwei kleinere Betriebe in Tirol eingestellt. Im Jahre 1937 wurden nur noch 7.200 t Roherz mit einem Kupfergehalt von 117 t gefördert, während zum Teil aus eingeführten Erzen in der Hütte Brixlegg 2.074 t Kupfer erzeugt und außerdem rund 19.000 t Kupfer importiert wurden. Im Laufe des Jahres 1946 wurde nun der Kupfererzbergbau in Mitterberg (Salzburg), der seit der Wirtschaftskrise eingestellt war, wieder aufgenommen. Bis Jahresende wurden 5.523 t Kupfererz gefördert.

In der *Eisenindustrie* konnte die Roheisenherzeugung infolge Kohlenmangels erst im August 1946 in einem Hochofen in Donawitz und im Oktober in einem kleinen Holzkohlenhochofen in Sulzau bei Werfen aufgenommen werden; bis Jahresende wurden 57.867 t Roheisen erzeugt. Demgegenüber waren im Jahre 1937 außer dem Holzkohlenhochofen drei Hochöfen in der Steiermark in Betrieb. Die Produktion von Rohstahl und Walzwerkswaren erreichte im Jahre 1946 etwa 30% des Jahres 1937.

Abb. 6. Die Eisenproduktion im Jahre 1946
(Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



Eisenerzeugung

Produkt	1937	1946	1946 in % v. 1937
	in 1000 t		
Roheisen	389·1	57·9	14·9
Rohstahl	649·7	187·0	28·8
Walzwerkwaren	427·2	122·2	28·6
Stahlformguß	7·4	1·9	25·9

Die *Aluminiumerzeugung* wurde ebenfalls im August aufgenommen, mußte jedoch bereits im Oktober wieder wegen Strommangel eingestellt werden. Da die Vorräte an Tonerde gering waren, konnte die riesige Kapazität nur etwa zu 6% ausgenutzt werden. Insgesamt wurden in den drei Monaten 1.035 t Aluminium erzeugt, gegenüber rund 4.000 t im Jahre 1937.

Die für den Außenhandel wichtige *Magnesitindustrie* produzierte im Durchschnitt 20 bis 45% der Vorkriegsleistungen.

Magnesiterzeugung

Produkt	1937	1946	1946 in % v. 1937
	in 1000 t		
Rohmagnesit	397·9	91·5	23·0
Sinter-Magnesit	109·5	26·2	23·9
Kaustisch gebr. Magnesit	47·1	20·7	43·9
Magnesit-Ziegel und -Platten	60·5	25·9	42·8

Insgesamt wurden rund 32.000 t Magnesitprodukte im Werte von 23 Mill. S. exportiert. Mengennmäßig hat damit die Ausfuhr erst 18%, wertmäßig dagegen, auf Grund der Preissteigerungen auf dem Weltmarkt, bereits 66% des Jahres 1937 erreicht.

Die *Baustoffindustrie* hatte vor allen an Kohlen- und Arbeitermangel zu leiden und konnte ihre Kapazität nur zum Teil ausnützen. Insbesondere die Zementindustrie war trotz relativ hoher Erzeugung gegenüber der Vorkriegszeit nur etwa zu einem Drittel ausgenutzt.

Baustofferzeugung

Produkt	1937	1946	1946 in % v. 1937
Zement 1000 t	429·0	366·6	85·5
Mauerziegel, Mill. St.	648·0	157·0	24·2
Dachziegel, Mill. St.	128·0	41·4	32·3
Flachglas 1000 m ²	1.596·0 ¹⁾	2.697·9	169·0

1) 1936.

Das größte Hemmnis für die Entwicklung der *Papiererzeugung* war die Verringerung des Holzaufkommens, während mit der gegenwärtigen Kapazität der Produktionsumfang des Jahres 1937 erreicht werden könnte. Im abgelaufenen Jahr waren

für die Papierindustrie nur etwa 40% der Schleifholzanteile des Jahres 1937 vorgesehen, doch auch diese Ziffer konnte nicht voll erfüllt werden, so daß die Papierproduktion stark hinter den friedensmäßigen Leistungen zurückblieb.

Erzeugung der Papierindustrie

Produkt	1937	1946	1946 in % v. 1937
	in 1000 t		
Holzschliff	110	32	29·1
Zellulose	304	40	13·2
Papier	232	95	40·9
Pappe	64	21	32·8

Die Kapazitätsausnützung in der *Textilindustrie* betrug durchschnittlich 30 bis 50%. Eine Erhöhung der Kapazitätsausnützung scheiterte am Mangel an Facharbeitern. Nur etwa 40% des Arbeitskräftebedarfes konnten gedeckt werden, während die Rohstoffversorgung, in erster Linie durch den Abschluß von Veredlungsgeschäften, im allgemeinen ausreichend war. Von der Gesamtproduktion diente nur ein geringer Teil zur Versorgung des Inlandsmarktes, so daß insbesondere für Ost-Österreich die Versorgung der Bevölkerung mit Textilien nicht einmal den dringendsten Bedarf decken konnte.

Erzeugung der Textilindustrie

Produkt	1937	1946	1946 in % v. 1937
Baumwollspinnerei 1000 t	32·5	12·2	37·5
Wollspinnerei 1000 t	8·4	2·9	34·5
Baumwollweberei Mill. m	108·5	38·4	35·4
Wollweberei Mill. m	12·3	3·0	24·4

Da das inländische Häuteaufkommen gegenüber dem Jahre 1937 um 60% gesunken ist und zusätzliche Einfuhren an Rohhäuten, die im Jahre 1937 etwa 6.000 t betragen, nicht möglich waren, wurde die Kapazität der *Lederindustrie* und die aller nachgelagerten Produktionsstufen nur zu einem Bruchteil ausgenutzt. Im Jahre 1946 wurden etwa 850.000 Paar Schuhe erzeugt, die zum überwiegenden Teil im Inland abgesetzt wurden, während selbst im Jahre 1937, das infolge der hohen Arbeitslosigkeit keineswegs einen Normalverbrauch aufweist, etwa 4·5 Mill. Paar Schuhe verkauft wurden.

Verkehr

Die Beanspruchung der Verkehrseinrichtungen ist im Jahre 1946 nicht, wie auf Grund des eingeschränkten Produktionsvolumens hätte erwartet werden können, gesunken, sondern im Gegenteil durch die außerordentliche Inanspruchnahme von Verkehrsleistungen durch die Besatzungstruppen,

weilers durch Flüchtlingstransporte und Rückführungen von Verlagerungsgut erheblich gestiegen. Die Deckung des erhöhten Verkehrsbedarfes war jedoch aus verschiedenen Gründen stark behindert, so daß wiederholt auftretende Transportschwierigkeiten die Entwicklung der Wirtschaft hemmten.

Das Schwergewicht des Transportes lag auf dem Landwege, während die Binnenschifffahrt, vor allem durch die ungeklärten Rechtsverhältnisse der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, nur eine untergeordnete Rolle spielte. Ein beschränkter Flugpostverkehr erfolgte ausschließlich durch alliierte Flugzeuge.

Das Haupthindernis im Landtransport war der Mangel an Betriebsstoffen. Sowohl im Eisenbahnverkehr als auch im Kraftfahrzeugverkehr hätten die Verkehrsleistungen bei besserer Kohlen- und Treibstoffversorgung bedeutend gesteigert werden können, da sowohl der Zustand der Verkehrswege als auch die Zahl der Fahrbetriebsmittel im allgemeinen für ein größeres Verkehrsvolumen ausgereicht hätten.

Die Unterschiede zwischen West- und Ostösterreich traten im Verkehr noch stärker hervor als in anderen Wirtschaftszweigen. In den westlichen Bundesländern herrschten zeitweise fast friedensmäßige Verkehrsverhältnisse, während in Ostösterreich selbst in den Sommermonaten, in denen zumindest der Eisenbahnverkehr seinen Höchststand erreichte, kaum der dringendste Verkehrsbedarf befriedigt werden konnte. Die unterschiedliche Entwicklung des Verkehrs bei der Eisenbahn ist vor allem auf die Elektrifizierung der Bahnen in Westösterreich und auf die bessere Kohlenversorgung zurückzuführen. Im Kraftwagenverkehr standen infolge der Verlagerungen von Kraftfahrzeugen im Westen erheblich mehr Verkehrsmittel zur Verfügung als in Ostösterreich.

Eisenbahnverkehr

Von dem etwa 6.000 km umfassenden Betriebsnetz der Österreichischen Staatseisenbahnen wurde mehr als ein Drittel aller Strecken und von rund 6.000 Brücken wurden 373, darunter mehrere große Donaubrücken, durch die Kriegsereignisse zerstört. In intensiver Arbeit konnte bis Ende 1946 das gesamte Betriebsnetz, mit Ausnahme von 44 Brücken, wieder hergestellt werden. Stark verkehrshemmend wirkte sich vor allem die Zerstörung der Donaubrücken aus, von denen nur die Nordwestbahnbrücke in Wien wieder notdürftig hergestellt wurde. Dadurch wurde nicht nur der nördlich der Donau gelegene Teil Österreichs verkehrsmäßig weitgehend vom übrigen Österreich abgeschnitten, sondern auch der Waren-

austausch mit den nördlichen Staaten und der Durchzugsverkehr in der Nordsüdrichtung gehemmt.

Nach Kriegsende befanden sich auf österreichischem Staatsgebiet eine große Zahl von Zugsförderungsmitteln aus verschiedenen Staaten, ohne daß es möglich war, die früheren Eigentümer des rollenden Materials eindeutig festzustellen¹⁾. Ein Großteil der Fahrzeuge war reparaturbedürftig. Die rasche Wiederherstellung des beschädigten Fuhrparkes scheiterte vor allem am Mangel an Reparaturwerkstätten, die durch den Krieg große Kapazitätseinbußen erlitten haben. Der fahrbereite Fuhrpark war daher mit Ausnahme der Güterwagen kleiner als im Jahre 1937 und in äußerst schlechtem Zustand.

Fahrbereiter Fuhrpark der Österreichischen Staatseisenbahnen

	1937 in Stück	1946 ¹⁾	1946 in % von 1937
Lokomotiven	2.237	1.111	49,7
Güterwagen	32.990	60.000	181,9
Personenwagen	6.000	3.937	65,6

¹⁾ Schätzungen unter Berücksichtigung des Fuhrparkes, dessen Besitzverhältnisse noch ungeklärt sind.

Die Verkehrsleistungen der Eisenbahnen erreichten im Jahre 1946 rund 80% des Jahres 1937.

Verkehrsleistungen der Österreichischen Staatseisenbahnen

	1937 Millionen	1946	1946 in % von 1937
Personenzüge	412,8	477,6	115,7
Güterzüge	3.784,8	2.864,4	75,7
Insgesamt	4.197,6	3.342,0	79,6

Die Leistungen in den einzelnen Monaten wichen jedoch je nach der Kohlenbelieferung stark vom Jahresdurchschnitt ab. Insbesondere im ersten Vierteljahr wurden monatlich nur etwa 46% der Nutzlasttonnenkilometer des Monatsdurchschnittes im Jahre 1937 zurückgelegt. Mit Einbruch der Energiekrise im Winter 1946/47 mußte zu neuen, starken Verkehrseinschränkungen gegriffen werden, die allerdings erst im Jänner 1947 voll zur Auswirkung gelangten.

Die hohe Nutzlasttonnenkilometerleistung im Personenverkehr bei stark eingeschränktem Zugverkehr ist darauf zurückzuführen, daß die Züge äußerst stark überfüllt waren.

¹⁾ Erst im Frühjahr 1947 wurde vom Alliierten Rat der Schaffung eines eigenen österreichischen Fuhrparkes aus den auf österreichischem Boden befindlichen Zugförderungsmitteln etwa im gleichen Umfange wie im Jahre 1937 zugestimmt.

Die Leistungen im Güterverkehr enthalten auch Gütertransporte für die Besatzungsmächte und kamen daher nur zum Teil der österreichischen Wirtschaft zugute. Die Wagengestellung betrug im Jahre 1946 nur 30% des Jahres 1937 und ist bedeutend stärker zurückgegangen als die Nutzlasttonnenkilometerleistung im Güterverkehr. Da das durchschnittliche Ladegewicht nur um etwa 10% zugenommen hat, müssen sich die Beförderungswege gegenüber der Vorkriegszeit stark verlängert haben. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich der Güterverkehr in erster Linie auf längere Transporte für Besatzungstruppen und für UNRRA-Lieferungen erstreckte.

Das finanzielle Ergebnis der Staatseisenbahnen war durch das geringe Verkehrsvolumen, durch die hohen Betriebsausgaben infolge der Überalterung und qualitativen Verschlechterung des Fuhrparks sowie durch die hohen Aufwendungen für den Wiederaufbau äußerst ungünstig. Das Defizit betrug im Jahre 1946 270 Mill. S.

Gebarungsergebnis der Österreichischen Staatseisenbahnen im Jahre 1946

	in 1000 S
Betriebsausgaben	586.975
Außerordentlicher Aufwand für den Wiederaufbau	126.360
Gesamtausgaben	713.335
Betriebseinnahmen:	
Reise- und Gepäckverkehr	271.049
Güterverkehr	147.639
Sonstiges	24.106
Kassamäßiger Abgang	270.541

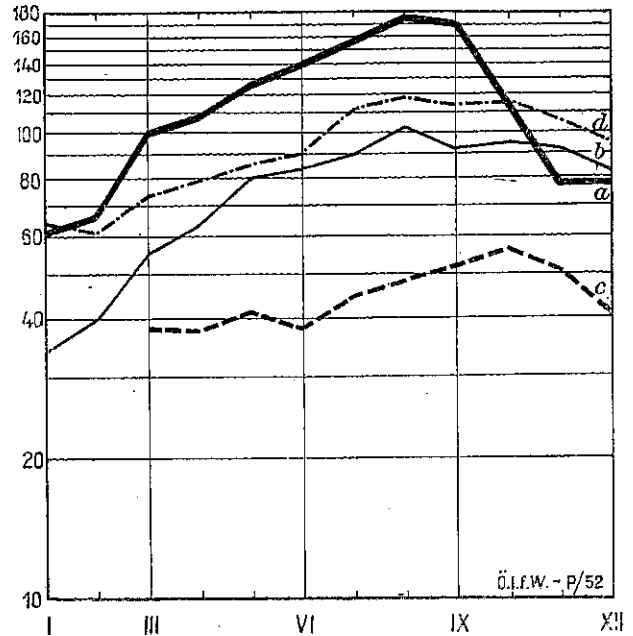
Die Einnahmen im Reise- und Gepäckverkehr waren doppelt so hoch wie im Güterverkehr, während im Jahre 1937 das Verhältnis gerade umgekehrt war. Die Verschiebung der Einnahmerelation zugunsten des Personenverkehrs ist darauf zurückzuführen, daß die Verkehrsleistungen im Reiseverkehr relativ größer waren als im Güterverkehr und daß die Tarife im Personenverkehr im Sommer 1946 um rund 80% erhöht wurden, während die Tarife für den Güterverkehr unverändert blieben. Durch die Erhöhung der Tarife für den Transitverkehr sowie den inländischen Güterverkehr werden allerdings die Einnahmen aus dem Güterverkehr im Jahre 1947 wieder relativ stärker ansteigen.

Straßenverkehr

Durch die Kriegereignisse wurden in Ostösterreich viele Kraftfahrzeuge zerstört, beschädigt oder beschlagnahmt, während im Westen zahlreiche

Abb. 7. Der Verkehr im Jahre 1946
(Logarithmischer Maßstab)

- a Nutzlasttonnenkilometer im Personenverkehr der Staatseisenbahnen; Ø 1937 = 100.
- b Nutzlasttonnenkilometer im Güterverkehr der Staatseisenbahnen; Ø 1937 = 100.
- c Wagengestellung im Güterverkehr der Staatseisenbahnen; Ø 1937 = 100.
- d Betriebskilometer im öffentlichen Kraftwagenverkehr (KÖB + Post); Ø 1936 = 100.



Fahrzeuge der kapitulierenden deutschen Armee, insbesondere Lastkraftwagen, Spezialfahrzeuge und Anhänger, zugewachsen sind. Durch die Reparaturen von Kraftfahrzeugen sowie durch die Lieferungen der UNRRA und die Übergabe von Beutefahrzeugen durch die Alliierten wurde im Laufe des Jahres 1946 der fahrbereite Kraftfahrzeugbestand laufend vermehrt. Im November 1946 betrug der Stand der einsatzbereiten Kraftfahrzeuge bereits 92.000. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich der Bestand an Lastkraftwagen, Spezialfahrzeugen und Anhängern bedeutend vergrößert, während die Zahl der Personenkraftwagen, Omnibusse und Motorräder stark zurückgegangen ist.

Fahrbereite Kraftfahrzeuge

	30. IX. 1936 in Stück	1. XI. 1946	1946 in % von 1936
Personenkraftwagen	30.088	17.596	58,5
Omnibusse	2.494	865	34,7
Lastkraftwagen	13.599	20.554	151,1
Motorräder	60.261	41.707	69,2

Seit November 1946 hat sich die Zahl der Kraftfahrzeuge weiter erhöht und im Februar 1947 waren bereits rund 95.800 Kraftfahrzeuge aller Art als fahrbereit registriert, gegenüber rund 110.600 im

Jahre 1936. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich allerdings die Qualität der Fahrzeuge stark verschlechtert, viele sind überaltert oder nur notdürftig repariert und daher wenig leistungsfähig. Bei den Lastkraftwagen muß außerdem berücksichtigt werden, daß die Tragfähigkeit im Jahre 1946 durchschnittlich nur $1\frac{1}{2} t$ betrug gegenüber durchschnittlich $3 t$ im Jahre 1936, sodaß das Transportvolumen trotz erhöhter Zahl der Lastkraftwagen zurückgegangen ist. Darüber hinaus hemmte die ungleichmäßige Verteilung auf die einzelnen Besatzungszonen eine rationelle Ausnützung des Kraftfahrzeugbestandes. In Westösterreich war der Kraftfahrzeugbestand bei allen Typen mit Ausnahme der Autobusse größer, in Ostösterreich bei allen Typen mit Ausnahme der Zugmaschinen zum Teil bedeutend geringer als vor dem Kriege. Während im Jahre 1936 rund 63% des Kraftfahrzeugbestandes auf Ostösterreich entfielen, waren es im November 1946 nur rund 35% (im Februar 1947 rund 37%).

In dem Maße, als sich der Kraftfahrzeugbestand vermehrte, machte sich der Mangel an Treibstoffen (die Österreich zur Verfügung gestellten monatlichen Benzinmengen aus Zistersdorf reichen kaum zur Aufrechterhaltung des dringendsten Kraftwagenverkehrs aus) sowie der Mangel an Ersatzteilen und vor allem an Reifen bemerkbar.

Im öffentlichen *Omnibuslinienverkehr* wurden im Jahre 1946 bereits 90% der Betriebskilometer des Jahres 1936 zurückgelegt, obwohl die Zahl der fahrbereiten Omnibusse fast auf ein Drittel gesunken ist. Die einzelnen Fahrzeuge wurden dadurch stark überbeansprucht. (Die durchschnittliche Kilometerleistung je Wagen war z. B. bei der KÖB¹⁾ mit 3276 km um 40% größer als im Jahre 1937.)

Verkehrsleistungen der Omnibuslinien

	Fahrkilometer 1936 in 1000	1946	1946 in % von 1936
KÖB	7.404	2.604	35,2
Post	7.860	11.184	142,3
Zusammen . . .	15.264	13.788	90,3

Stadtverkehr

Die erhöhte Beanspruchung der Verkehrsmittel durch den Personenverkehr, die bereits im Reiseverkehr der Staatseisenbahnen festgestellt wurde, zeigte sich noch deutlicher im *Lokalverkehr* in den einzelnen Städten, wo der Steigerung der Verkehrsleistungen in der Regel weniger technische Schwierigkeiten entgegenstanden als im Eisenbahnverkehr. Die Zahl der auf der *Straßenbahn* beförderten Per-

sonen war in allen Städten, zum Teil sogar um ein Vielfaches, höher als vor dem Krieg.

Verkehrsleistungen der Straßenbahnen

	Beförderte Personen 1937 in Millionen	1946	1946 in % von 1937
Wien ¹⁾	472,8	615,6	130,2
St. Pölten	0,3	1,3	433,3
Linz	8,0	33,8	422,5
Innsbruck	3,0	19,8	66,0
Klagenfurt	4,0	14,2	355,0
Graz	59,0	.

¹⁾ einschließlich Stadtbahn.

Die Zunahme der Zahl der beförderten Personen stellte insbesondere in Wien, wo die Zahl der betriebsfähigen Wagen durch die Kriegseinwirkungen stark abgenommen hat, große Anforderungen an die Straßenbahnen, denen nur unvollkommen entsprochen werden konnte. Im Jahre 1946 waren im Durchschnitt um 37% weniger Wagen in Betrieb als im Jahre 1938, sodaß pro Wagen monatlich 33.400 Personen befördert wurden gegenüber 16.900 Personen im Jahre 1938.

Der Straßenbahnverkehr gibt allerdings kein vollständiges Bild über das zunehmende Verkehrsbedürfnis in den Städten. Während in Wien die Erhöhung des Straßenbahnverkehrs zum Teil auf die Einschränkung des Autobusverkehrs zurückzuführen ist, wurden in den westlichen Bundeshauptstädten neue Obuslinien eingerichtet, deren Betriebsnetz zum Beispiel in Linz bereits das der Straßenbahnen übersteigt. In diesen Städten ist der Lokalverkehr bedeutend stärker gestiegen als die Zunahme der beförderten Personen auf der Straßenbahn.

Außenhandel

Der kommerzielle Außenhandel

Nach den Meldungen der Zollämter²⁾ wurden im Jahre 1946 24,1 Mill. q Waren im Werte von 250,9 Mill. S eingeführt und 5,4 Mill. q im Werte von 219,3 Mill. S ausgeführt. Der Einfuhrüberschuß von 31,5 Mill. S ist hauptsächlich auf die Kohlenlieferungen aus Deutschland (1,86 Mill. t auf Steinkohlenbasis) zurückzuführen, deren endgültige Verrechnung bisher noch ungeklärt ist.

Der durch die Zollämter erfaßte reguläre Außenhandel betrug wertmäßig nur etwa 18% und unter Berücksichtigung der Preissteigerungen real nur etwa 8% des Außenhandelsvolumens im Jahre

²⁾ Die Zollämter erfassen nur entgeltliche Warenlieferungen im Sinne der handelsstatistischen Grundsätze, nicht aber Lieferungen der UNRRA, der Alliierten und die Liebesgabensendungen.

¹⁾ Kraftwagenbetrieb der Österreichischen Bundesbahnen.

Der kommerzielle Außenhandel

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge in 1000 q	Wert in Mill. S	Menge in 1000 q	Wert in Mill. S
1937 ¹⁾	61.798	1.453,7	38.087	1.216,9
1946 ²⁾	24.068	250,9	5.382	219,3
1946 in % v. 1937 . .	39,0	17,3	14,1	18,0

¹⁾ Ohne Gold und Silber.

²⁾ Einschließlich der Kohlenlieferungen aus Deutschland, vorläufig bewertet zu den deutschen Stoppreisen von rund 30 S je t (Weltmarktpreis rund 100 S je t).

1937. Der Außenhandel ist damit im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen am weitesten hinter dem Vorkriegsumfang zurückgeblieben, obwohl infolge des Preisgefälles zwischen Inland und Ausland ein starker Exportanreiz gegeben war. Das bescheidene Volumen des kommerziellen Außenhandels ergab sich vor allem aus der stark verminderten Leistungsfähigkeit der Industrie, die im Jahre 1946 erst in geringem Umfange Austauschprodukte bereitstellen konnte. Dazu kam, daß während des Krieges und während der Besatzungszeit wertvolle Verbindungen mit den ausländischen Handelspartnern verloren gegangen sind und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der meisten früheren Bezugsländer ebenfalls durch den Krieg geschwächt wurde, so daß sie gerade in jenen Gütern, die Österreich am dringendsten brauchte, keinen Exportüberschuß verfügbar hatten. Darüber hinaus erschwerten die ungeordnete Währungslage, unsichere Rechtsverhältnisse, das komplizierte Genehmigungsverfahren so-

wie die mangelhaft funktionierende Nachrichtenübermittlung zusätzlich den Abschluß von Außenhandelsgeschäften.

Der Außenhandel wickelte sich in den ersten Monaten des Jahres 1946 noch überwiegend in der Form primitiver Kompensationsgeschäfte ab. Im Laufe des Jahres 1946 konnte vor allem durch den Abschluß von Handels- und Zahlungsabkommen mit einer Reihe europäischer Staaten, wie Italien, Schweiz, Großbritannien, Frankreich und Polen, das Außenhandelsvolumen bedeutend erweitert werden. Die Kompensationsgeschäfte wurden immer mehr eingeschränkt und dafür Außenhandelsgeschäfte im Clearingverkehr bzw. gegen freie Devisen abgewickelt. Von besonderer Bedeutung war ferner der Veredelungsverkehr, der insbesondere in der Textilindustrie die Versorgung mit Rohstoffen ermöglichte.

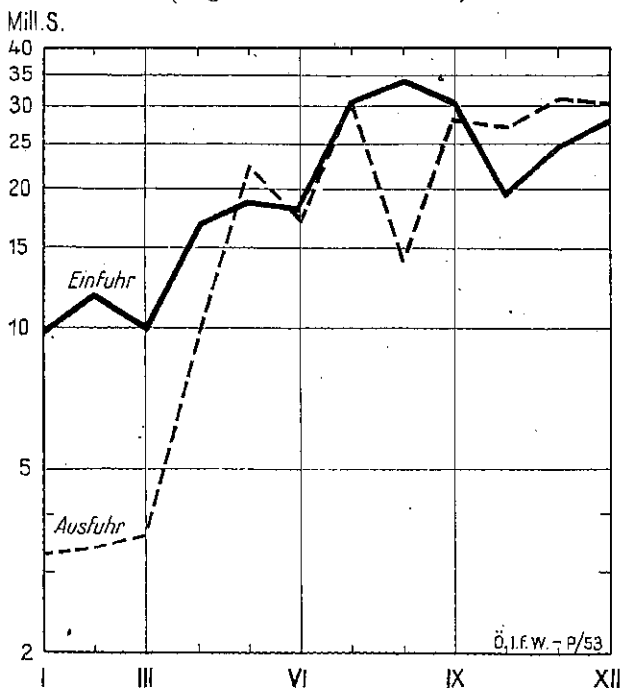
Veredlungsgeschäfte im Jahre 1946¹⁾

	Einfuhr in 1000 S	Ausfuhr in 1000 S	Arbeitslohn
Abgeschlossene Geschäfte . .	78.493	78.763	39.593
Durchgeführte Lieferungen . .	21.040	5.885	

¹⁾ Nach Meldungen des Warenverkehrsbüros. —

Der Außenhandel wurde überwiegend mit den unmittelbaren Nachbarstaaten getätigt. Allein der Handelsverkehr mit der Schweiz, der ČSR und mit Italien umfaßte im Jahre 1946 rund 64% des kommerziellen Außenhandels (gegenüber 23% im Jahre 1937); auf überseeische Staaten entfielen nur 7% (gegenüber 17% im Jahre 1937).

Abb. 8. Der kommerzielle Außenhandel im Jahre 1946 (Logarithmischer Maßstab)



Der kommerzielle Außenhandel nach Ländern

Gebiet	1937		1946	
	Einfuhr	Ausfuhr in %	Einfuhr	Ausfuhr
Europa				
Nord- und Westeuropa . .	13,2	15,8	6,7	9,9
Deutschland	16,1	14,8	23,8	2,1
Sonstige Nachbarstaaten .	36,7	41,1	60,1	78,2
Ost- und Südosteuropa . .	13,9	14,4	3,9	1,8
Europa zus.	79,9	86,1	94,5	92,0
Übersee	20,1	13,9	5,5	8,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Diese Umschichtung im Außenhandel ist darauf zurückzuführen, daß die Handelsbeziehungen mit den Nachbarstaaten verhältnismäßig leichter wieder angeknüpft werden konnten als mit den transportungünstiger gelegenen Ländern, und darf nicht als ein Zeichen für einen dauernden Strukturwandel im österreichischen Außenhandel gewertet werden. Ausfuhrüberschüsse wurden hauptsächlich im Handelsverkehr mit Italien (18,4 Mill. S), den USA (5,6 Mill. S), Frankreich (4,7 Mill. S), Jugoslawien

(3.5 Mill. S), der Schweiz (2.8 Mill. S) und Schweden (2.3 Mill. S) erzielt. Dagegen überwog die Einfuhr im Verkehr mit Deutschland (55.2 Mill. S), Polen (4.4 Mill. S), den Niederlanden (3.7 Mill. S), Ungarn (3.3 Mill. S) und Brasilien (2.3 Mill. S).

Auch die *warenmäßige Zusammensetzung* des kommerziellen Außenhandels weist gegenüber 1937 einige Veränderungen auf.

Der kommerzielle Außenhandel im letzten Quartal der Jahre 1937 und 1946 nach Warengruppen

Gruppe	Oktober bis Dezember 1937		Oktober bis Dezember 1946	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr in %	Ausfuhr
Lebende Tiere . . .	6.4	1.5	0.6	1.9
Nahrungsmittel und Getränke . . .	22.4	3.5	13.0	1.7
Rohstoffe und halb- fertige Waren . . .	41.0	28.4	58.1	20.9
Fertige Waren . . .	30.2	66.6	28.3	75.5
Insgesamt . . .	100.0	100.0	100.0	100.0

Wie die vorstehende Übersicht für das letzte Quartal 1946 (eine Aufgliederung für das gesamte Jahr liegt nicht vor) zeigt, waren die Bemühungen des Einfuhrhandels verhältnismäßig noch stärker als vor dem Kriege auf die Einfuhr der fehlenden Rohstoffe und halbfertigen Waren konzentriert. Die im Jahre 1946 im normalen Handelsverkehr eingeführten Lebensmittel im Werte von rund 21 Mill. S (13% der Gesamteinfuhr) deckten nur etwa 1% des Nahrungsmittelverbrauches.

Außenhandelsbilanz

Bei der Beurteilung der vorliegenden Außenhandelsziffern darf nicht übersehen werden, daß der kommerzielle Außenhandel im Jahre 1946 nur einen Bruchteil des gesamten, über die österreichischen Staatsgrenzen gegangenen Warenverkehrs umfaßte. Der weitaus größere Teil der Aus- und Einfuhr wickelte sich in anderen Formen ab, und zwar auf der Einfuhrseite durch die Lieferungen der UNRRA und der alliierten Mächte sowie durch sonstige Hilfssendungen ausländischer Staaten, auf der Ausfuhrseite in Form direkter oder indirekter Exporte der Besatzungsmächte.

Die Gesamteinfuhr Österreichs im Jahre 1946 kann etwa auf 173 Mill. Dollar (Wert 1946) geschätzt werden. Dies entspricht nicht ganz der Hälfte der Einfuhr des Jahres 1937.

Auf die kommerzielle Einfuhr (ohne die Kohlenlieferungen aus Deutschland) entfielen demnach nur rund 11% der Gesamteinfuhr. Die Lebensmittelimporte betragen rund 125 Mill. Dollar oder 70% der Gesamteinfuhr. Demgegenüber war der Anteil

Die gesamte Einfuhr im Jahre 1946

Bezeichnung	Mill. \$ (Wert 1946)	%
„Reguläre“ Einfuhr ¹⁾	19.8	11.4
Kohlenlieferungen aus Deutschland ²⁾	16.0	9.2
Nahrungsmittellieferungen der Militärregierungen (Jänner—März)	35.0	20.2
UNRRA-Lieferungen (April—Dezember, einschließlich vergüteter Militärlieferungen) ⁴⁾	90.9	52.4
Internationale Lebensmittelhilfslieferungen ³⁾	10.0	5.8
Ankauf von USFA-Demobilisierungsgütern ⁵⁾	1.7	1.0
Insgesamt	173.4	100.0

¹⁾ Ohne Kohlenlieferungen aus Deutschland; umgerechnet zum offiziellen Dollar-Kurs.

²⁾ Kohle (auf Steinkohlenbasis) bewertet zu Weltmarktpreisen (1 t = 10 Dollar).

³⁾ Schätzungen.

⁴⁾ Nach Angaben des UNRRA-Büros.

⁵⁾ Im Jahre 1946 beanspruchter Teil des 10-Mill.-Dollar-kredits der USA zum Ankauf von Demobilisierungsgütern.

der importierten Nahrungsmittel und lebenden Tiere an der Gesamteinfuhr im Jahre 1937 nur rund 28%. Obwohl die Nahrungsmittelleinfuhren im Jahre 1946 mengenmäßig fast so groß waren wie im Jahre 1937, konnten den Nichtselbstversorgern infolge der unzureichenden Eigenaufbringung nur völlig unzureichende Lebensmittelrationen gesichert werden.

Auch auf der Ausfuhrseite umfassen die kommerziellen Ausfuhren, wie sie von den Zollämtern erfaßt wurden, nur einen Teil der Leistungen, die von der österreichischen Volkswirtschaft direkt oder indirekt an das Ausland erbracht wurden und daher für die heimische Bevölkerung nicht verfügbar waren. Vor allem konnten die Leistungen an die Besatzungstruppen nicht berücksichtigt werden. Der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommene Teil des österreichischen Sozialproduktes läßt sich nur ungefähr abschätzen. Allein für direkte Besatzungskosten wurden im abgelaufenen Jahr einschließlich der den Alliierten bei Einführung der Schillingwährung zur Verfügung gestellten Beträge 2.792 Mill. S ausgegeben. Wieviel von dieser Summe tatsächlich zum Ankauf österreichischer Güter und Dienstleistungen verwendet wurde, ist nicht genau bekannt.¹⁾ Außerdem wurden über die direkten Be-

¹⁾ Nimmt man an, daß von den Besatzungskosten nur 1.8 Mrd. S zu etwa doppelten Preisen gegenüber dem Jahre 1937 realisiert wurden (diese Annahme erscheint dadurch einigermaßen begründet, daß nur ein Teil der erworbenen Güter und Dienstleistungen zu offiziellen Inlandspreisen bezahlt wurde, während viele Waren zu stark überhöhten Preisen gekauft wurden), so entspricht dies rund 270 Mill. Dollar. Dieser Betrag ist doppelt so hoch wie die gesamten UNRRA-Lieferungen, einschließlich der Nahrungsmittelleinfuhren der Militärbehörden und der internationalen

satzungskosten hinaus der österreichischen Wirtschaft noch weitere Teile des Volkseinkommens entzogen, während andererseits Österreich durch die Besatzungstruppen, abgesehen von den Lebensmittellieferungen, die bei der Einfuhr in Rechnung gestellt wurden, auch wertvolle Hilfe geleistet wurde.

Preisniveauunterschiede im Außenhandel

Die Parität des Schilling gegenüber dem Dollar wurde mit 10 S und gegenüber den übrigen Währungen entsprechend deren Dollarkurs festgelegt. Dadurch wurde der Schilling, gemessen an den inländischen offiziellen Preisen, stark unterbewertet. Da das amerikanische Preisniveau gegenüber der Vorkriegszeit um rund 50% gestiegen ist und der Wechselkurs des Jahres 1937 (1 Dollar = 5.34 S) ungefähr verdoppelt wurde (1 Dollar = 10 S), müßte das derzeitige österreichische Preisniveau (bei der Annahme von 1 alter S = 1 neuer S) heute um rund 200% höher liegen als im Jahre 1937, um die Kaufkraftparität zwischen Dollar und Schilling wieder herzustellen. Durch die erfolgte Umrechnung 3 alte S = 2 neue S ergäbe sich demnach eine Erhöhung des Preisniveaus um rund 350%. Da die offiziellen inländischen Großhandelspreise bis Jahresende im groben Durchschnitt jedoch nur um etwa 100 bis 150% gegenüber jenen im Jahre 1937 gestiegen sind, bestanden gegenüber den Auslandspreisen zum Teil erhebliche Preisdifferenzen. Die niedrigen Inlandspreise gaben den österreichischen Exporteuren eine Exportprämie, erschwerten aber andererseits, insbesondere bei spezialisierten Fertigwaren, für die keine einheitlichen Weltmarktpreise feststellbar sind, die Preiserstellung. Dem österreichischen Exporteur, der über die Preisverhältnisse in den Abnehmerstaaten nur unvollkommen informiert war, fehlte eine zuverlässige Kalkulationsgrundlage.

Bei normalem Außenhandelsverkehr würde infolge der starken Auslandsabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft über die hohen Importpreise das inländische Preis- und Kostenniveau in relativ kurzer Zeit an die Weltmarktpreise herangeführt worden sein. Diese Angleichung wurde im Jahre

Lebensmittelhilfslieferungen. Das bedeutet allerdings nicht, daß Österreich in der Lage gewesen wäre, bei Wegfall der Besatzungskosten um 270 Mill. Dollar mehr zu exportieren, da nur ein kleiner Teil der Besatzungskosten zum Ankauf von Exportwaren, wie etwa Papier und Textilien, verwendet wurde. Nichtsdestoweniger beeinträchtigen die Ausgaben der Besatzungstruppen, z. B. für Verkehrsleistungen und zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Angehörigen der Besatzungsmächte, den Konsum der österreichischen Bevölkerung bzw. den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft (siehe S. 5 ff.).

1946 jedoch dadurch hinausgeschoben, daß der überwiegende Teil der Einfuhr von der UNRRA bestritten wurde und die inländischen Verkaufspreise für UNRRA-Waren autonom nach inländischen preispolitischen Gesichtspunkten festgesetzt wurden. Der Versuch, die Preisdifferenzen durch eine *Ausgleichskasse*, die einen Teil der Exportgewinne zur Verbilligung der Importe abschöpfen sollte, zu überbrücken, hat keinen Erfolg gezeitigt. Bemerkenswert ist, daß Ende 1946 infolge der inländischen Preis- und Kostenerhöhungen in vielen Exportzweigen, wie z. B. in der Bekleidungsindustrie, bereits das Weltmarktpreisniveau erreicht wurde und die im Export erzielbaren Preise kaum mehr die Erzeugungskosten decken. Wenn auch bei einigen Exportwaren noch Exportgewinne erzielt werden konnten, so zeigte sich doch im allgemeinen, daß die Spanne zwischen inländischen Kostenpreisen und erzielbaren Exportpreisen bedeutend geringer war als die Spanne zwischen Importpreisen und Inlandspreisen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die realen Austauschverhältnisse im österreichischen Außenhandel zu Ungunsten Österreichs verschoben haben. So sind die Preise für Nahrungsmittel und insbesondere für Getreide in jenen Ländern, die als Bezugsquellen in nächster Zeit in Frage kommen, bedeutend stärker gestiegen als die Preise für industrielle Erzeugnisse. In den Vereinigten Staaten z. B. haben sich die Großhandelspreise für Nahrungsmittel von 1937 bis Ende Dezember 1946 um 86% erhöht, während die Preise der übrigen Warengruppen nur um 45% gestiegen sind. Dazu kommt ferner, daß die Frachtkosten ebenfalls überproportional gestiegen sind und daher insbesondere die Getreideeinfuhrpreise zusätzlich belastet werden. Im gewogenen Durchschnitt lagen im Dezember 1946 die Lebensmittelimportpreise etwa um 200% höher als die inländischen Großhandelspreise.

Überhöhung der Lebensmittelimportpreise

Warenart	Bedarf in der 24. Kart. Periode (3. 2. — 2. 3. 1947)	Wert Ende 1946, gerechnet auf Grund der inländischen Weltmarktpreise einschl. Fracht u. Großhandels- Nebenspesen 1)	
		preise 1000 S	
Getreide . . .	1) 50.658	17.864	78.760
Fleisch . . .	6.219	19.901	58.400
Fett	3.876	10.853	22.085
Hülsenfrüchte	2.659	2.180	7.296
Zucker . . .	2.807	4.491	9.476
Insgesamt . . .		55.289	176.026
%		100.0	318.4

1) Preise franko New-York + Fracht + Nationalbankabgabe + Ausgleichsteuer.

2) Mehl, d. i. bei 95% Ausmahlung 53.324 t Getreide.

Die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse wird zur vollen Auswirkung gelangen, sobald die Lebensmittelhilfslieferungen zu Ende gehen und Österreich seinen Nahrungsmittelimportbedarf zu Weltmarktpreisen decken muß. Wenn nicht durch Subventionen bzw. durch verbilligte Abgabe von kreditierten Nahrungsmitteln die Preise für importierte Nahrungsmittel tief gehalten werden, müssen sich die inländischen Preise an die Relationen auf dem Weltmarkt anpassen. Dieser Anpassungsprozeß würde eine starke Verschiebung einzelner Teilpreiseniveaus, vor allem eine starke Erhöhung der Lebensmittelpreise erfordern. Die damit verbundene Erhöhung der Lebenshaltungskosten würde wiederum einen starken Druck auf die Löhne ausüben.

Unter diesen Aspekten erscheint eine wenigstens teilweise Verwendung der Erlöse für die kreditierten Nahrungsmittelimporte zur vorübergehenden Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten und Löhne keineswegs abwegig, weil dadurch die österreichische Industrie die Chance erhielte, innerhalb einer angemessenen Frist ihre Produktivität wesentlich zu steigern und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erlangen.

Ausblick auf das Jahr 1947

Die Energiekrise im Winter 1946/47 hat zu einem neuen Rückschlag auf allen wirtschaftlichen Gebieten geführt, der die wirtschaftliche Entwicklung bis tief in das Jahr 1947 hinein entscheidend hemmen wird. Aller Voraussicht nach werden auch im Jahre 1947 in den meisten Wirtschaftszweigen nicht die Produktionsleistungen der Vorkriegszeit erzielt werden, da die Produktivität nach wie vor äußerst gering ist und eine Reihe von Engpässen, die innerhalb relativ kurzer Zeit nicht überwunden werden können, die volle Ausnützung der verfügbaren wirtschaftlichen Kräfte verhindert. Die Leistungen der österreichischen Volkswirtschaft werden daher nicht ausreichen, der heimischen Bevölkerung aus eigener Kraft das Existenzminimum zu sichern. Durch die Herabsetzung der direkten Besatzungskosten von 2.792 Mill. S im Jahre 1946¹⁾ auf rund 525 Mill. S im Jahre 1947 verringert sich zwar der Teil des Sozialproduktes, der dem österreichischen Volk durch die Besatzungstruppen entzogen wird, erheblich, ohne daß jedoch dadurch, wie bereits erwähnt (siehe S. 38), eine wesentliche Steigerung der für den Export verfügbaren Waren erwartet werden dürfte.

¹⁾ Einschließlich des den Alliierten bei Einführung der Schillingwährung zur Verfügung gestellten Betrages von 1.980 Mill. S.

Österreich ist daher im Jahre 1947 und wahrscheinlich auch noch im Jahre 1948 auf *ausländische Hilfe* angewiesen. Es braucht Lebensmittel, um seine Bevölkerung ausreichend ernähren zu können, ausländische Rohstoffe und vor allem Kohle, um seine Industrie wieder in Gang zu setzen, sowie Maschinen, um seine Produktionskapazität zu verbessern und zu vervollständigen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren wird daher weitgehend davon abhängen, in welchem Umfang Österreich bei der Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten durch ausländische Kredite geholfen wird.

Die bisher Österreich für das Jahr 1947 gewährten längerfristigen Kredite und unentgeltlichen Hilfslieferungen sowie die zur Zeit bestehenden Kreditaussichten betragen rund 175 Mill. Dollar und gliedern sich wie folgt:

	Mill. Dollar
UNRRA-Lieferungen (Rest 1946 und zusätzliche Hilfe für 1947)	47.40
8½-Mill.-Pfund-Kredit von Großbritannien	34.—
Voraussichtliche USA-Hilfe (Hoover-Programm) ¹⁾	92.50
Sonstige Kredite (Norwegen)	1.20
	175.10

Von diesen Krediten entfallen voraussichtlich 120 Mill. Dollar, d. s. rund 69% auf Lebensmittel, 30 Mill. Dollar auf landwirtschaftliche Bedarfsgüter (Saatgut, Futtermittel, landwirtschaftliche Maschinen und Kunstdünger) und nur ein völlig unzureichender Betrag von etwa 21 Mill. Dollar auf Güter für den industriellen Bedarf (Rohstoffe, Maschinen), einschließlich Brennstoffe. Wenn Österreich nicht zusätzlich Industrie- und Wiederaufbaukredite erhält, ist unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Energiekrise im Jahre 1947 höchstens ein Export von etwa 60 Mill. Dollar zu erwarten. Selbst unter der Annahme, daß der gesamte Devisenerlös aus dem Export für Industriezwecke verwendet wird, könnten zusammen mit den bisher gesicherten Industriekrediten im Jahre 1947 nur industrielle Rohstoffe, Maschinen und Kohle im Werte von rund 80 Mill. Dollar eingeführt werden, während im Jahre 1947 für den gleichen Zweck ohne Maschinen (berechnet auf Dollar-Wertbasis 1947) mehr als das Doppelte aufgewendet wurde. Diese geringen Einfuhren würden nicht ausreichen, die stark auslandsabhängige österreichische Industrie voll zu beschäftigen. Außerdem wäre es unmöglich, auch nur einige der empfindlichsten Lücken in der maschinellen Ausrüstung der Industrie, die durch die willkürlichen Demontagen entstanden sind, zu schließen. Der Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft würde damit stark verzögert

¹⁾ Nach den bisherigen Meldungen sind für Österreich Zuwendungen von 155 Mill. Dollar vorgesehen. Davon sollen 30 Mill. Dollar bis Mitte 1947 und die restlichen 125 Mill. Dollar von Mitte 1947 bis Mitte 1948 gewährt werden. Von der zweiten Rate wurde die Hälfte (62.5 Mill. Dollar) als Zuwendung für das Jahr 1947 gerechnet.

und Österreich wäre auch noch im Jahre 1948 in erheblichem Umfange auf ausländische Hilfe angewiesen¹⁾.

Unabhängig von der Höhe der Auslandshilfe muß Österreich jedoch trachten, sobald als möglich wieder wirtschaftlich lebensfähig zu werden und seine Leistungsfähigkeit so weit zu steigern, daß es ohne ausländische Hilfe seiner Bevölkerung einen ausreichenden Lebensstandard sichern kann. Es darf nicht damit gerechnet werden, daß die Alliierten Österreich auf die Dauer mit Krediten und Hilfslieferungen aushelfen. Der in absehbarer Zeit zu erwartende Ausfall ausländischer Kredite muß Österreich in eine Wirtschaftskatastrophe führen, wenn nicht rechtzeitig Anstrengungen unternommen werden, den *Export* soweit zu steigern, daß damit die lebensnotwendigen Einfuhren bezahlt werden können. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz wird zusätzlich dadurch erschwert, daß der Fremdenverkehr, dessen Erträge vor dem Kriege einen Großteil des Handelsbilanzpassivums deckte, in unmittelbarer Zukunft infolge der großen Schäden im Fremdenverkehrsgewerbe und der schlechten Lebensbedingungen in Österreich kaum eine große Rolle spielen wird. Auch die Einnahmen aus dem Transitverkehr und Transithandel, die vor 1938 ungefähr in gleicher Höhe wie der Fremdenverkehr die österreichische Zahlungsbilanz entlasteten, werden im Jahre 1947 voraussichtlich gering sein.

Die Wiederherstellung des Außenhandelsgleichgewichtes setzt voraus, daß sich einerseits die Zusammensetzung der *Einfuhr* grundlegend ändert und andererseits alle im Inland irgendwie entbehrlichen Güter exportiert werden. Solange Österreich seine Exporterlöse bzw. die ihm gewährten Kredite zum überwiegenden Teil für Nahrungsmittelimporte verwendet, kann der zur Vollbeschäftigung der Industrie und zu ihrer Leistungssteigerung notwendige Importbedarf an Rohstoffen und Maschinen nicht gedeckt werden.

Die Wiederbelebung der Industrie steht daher in engem Zusammenhang mit einer Leistungssteigerung der heimischen Landwirtschaft und einer wirksamen Erfassung sowie zweckmäßigen Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die gewerblich-industriell tätige Bevölkerung. Die Voraussetzungen für eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion sind zur Zeit insofern gün-

¹⁾ Der Einfuhrbedarf der Industrie einschließlich der Brennstoffeinfuhren wird in verschiedenen Wirtschaftsplänen für das Jahr 1947 auf 120 bis 147 Mill. Dollar geschätzt, wobei nur ein sehr bescheidenes Produktionsprogramm zugrunde gelegt wurde.

stig, als sich die Preisrelationen auf dem Weltmarkt stark zugunsten der landwirtschaftlichen Produkte verschoben haben und die Grenzproduktivität des in der Landwirtschaft investierten Kapitals erheblich gestiegen ist.

Neben der Verbesserung der landwirtschaftlichen Eigenaufbringung muß vor allem der Export, der im Jahre 1946 nur etwa 8% des Jahres 1937 betragen hat und auch im Jahre 1947 voraussichtlich kaum 20% der Vorkriegszeit überschreiten wird, bedeutend gesteigert werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern dürfte nur soweit ausgedehnt werden, als dies zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Gesundheit der Bevölkerung unerlässlich ist. Alle übrigen Bedürfnisse müssen vorläufig noch zugunsten der notwendigen produktiven Wiederaufbauarbeiten und zugunsten des Exportes zurückgestellt werden.

Viele wirtschaftliche Probleme konnten im Jahre 1946 nicht gelöst werden und es ist schwierig abzusehen, ob und in welcher Weise das Schicksal der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947 eine entscheidende Wendung erfahren wird. Die Unsicherheit der staatsrechtlichen Verhältnisse und die noch immer weitgehende Beschränkung der Souveränität der österreichischen Regierung erschwerten oder verunmöglichten die Durchsetzung wichtiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Die Klärung und Entscheidung in den für Österreichs Zukunft schicksalhaft bedeutsamen Fragen des „deutschen Eigentums“, der Reparationsforderungen und Wiedergutmachungsansprüche an Österreich, der Last der „Displaced Persons“, der Aufhebung der Besetzung — sogar über die Grenzen des österreichischen Staats- und Wirtschaftsraumes ist noch nicht endgültig entschieden — hängen vom *Staatsvertrag* ab. Die Ungeklärtheit dieser entscheidenden Fragen macht es verständlich, daß von der österreichischen Regierung viele, längst überfällige wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie insbesondere die Ordnung der Währungsverhältnisse, bisher auf den Zeitpunkt des Abschlusses des Staatsvertrages bzw. auf die Zeit nach Abzug der Besatzungstruppen aufgeschoben wurden. Durch das Scheitern der Moskauer Konferenz hat der Abschluß des Staatsvertrages eine weitere Verzögerung erfahren und die Regierung muß nun unabweisbar gewordene wirtschaftspolitische Entscheidungen rasch treffen. So müssen insbesondere auf dem Gebiete der Preise, der Löhne und der Währung konstruktive Wege beschritten werden, soll die Wirtschaft im Jahre 1947 nur einigermaßen befriedigend funktionieren.